

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

1 · 2009

THEMA

Glücksspielgesetz-Novelle 2008: Warum sie der Gemeindebund ablehnt ▶ 14

PRAXIS

Sanierung: Thermische Renovierung bringt 12.000 Jobs ▶ 40

CHRONIK

Neujahrsempfänge: Niederösterreichs GVs begrüßen das Jahr 2009 ▶ 54



DVR: 0930 423

THEMA

Punktlandung am Kulm: Neue Kooperation ist Zukunftschance für Gemeinden

Gemeindebund und Genossenschaftsverband beschließen im Schatten des Kulm wegweisende Kooperation – bewährtes Genossenschafts-Modell kann Musterbeispiel für Gemeinden sein

SEITE 8



„Mit uns auf der sicheren Seite.“



Sicherheits-Zusatzschloss

K9000



Schließsystem

3KSplus



Sicherheitsbeschlag

SB88

3x

geschützt:
umfassende
Absicherung
für Ihre Tür

www.evva.com



KOMFORT | ORGANISATION | SICHERHEIT

FÜR ECHE PROFIS.



7. Int. Baumaschinen- & Baufahrzeuge-Demonstrationsschau

MAWEV-SHOW 09

25.-28. März 2009

Kottingbrunn / NÖ

www.mawev-show.at

ASPOTEC
INGENIEURBÜRO : SPORTECHNIK

**Herstellerunabhängige
Prüfung:**

- Spielplätze
- Turnhallen
- Trennvorhänge
- Garagentore
- Wassersportgeräte
- Schultafeln

nach ÖNORM B 2609, ÖNORM EN 1176, usw.
(de facto verpflichtet. jährliche Hauptinspektionen)

kompetente Prüfung und Beratung, dadurch
garantiert kostengünstigste und beste Lösung für
Sie, durch Unabhängigkeit von Geräteherstellern
österreichweit Referenzen!

office@aspotec.at

www.aspotec.at

Tel + Fax 02243 / 31522 - mobil 0676 / 531 93 62

Den Gemeinden steht ein schwieriges Jahr 2009 bevor

Nicht zu Tode fürchten!

Ein altes Sprichwort sagt: „Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben“. Wenn man die täglichen Horrormeldungen über die wirtschaftliche Entwicklung hört, muss man sich wirklich fürchten. Und die Pessimisten sehen sich darin bestätigt und legen dann vielfach noch ein Schäuflein nach. Aber kein ernst zu nehmender Experte wird zurzeit sagen können, wie sich die internationale Krise tatsächlich auf Österreich auswirkt und wie lange sie dauern wird. Und so gibt es auch keine wirkliche Antwort auf die in den vergangenen Tagen und Wochen gestellte Frage „Wie wird es den Gemeinden in diesem Jahr gehen?“.

Eines steht allerdings jetzt schon fest: Einfacher wird es nicht, und die fetten zwei Jahre mit Steigerungen bei den Bundesertragsanteilen zwischen fünf und neun Prozent sind mit Sicherheit vorbei. Denn die öffentliche Hand hat gerade in schwierigen Zeiten die Aufgabe, einerseits durch Konjunkturpakete die Wirtschaft anzukurbeln, andererseits die Bürger zu entlasten und sie zu unterstützen. Und beides ist mit Geld verbunden. Jedes Konjunkturpaket, das jetzt geschnürt wird, trifft natürlich auch die Gemeinden mit einem Anteil von 11,7 Prozent, und jede Entlastung der Bürger kostet uns denselben Anteil. Das bedeutet, dass diese Mehrausgaben des Bundes zu diesem Prozentsatz von den Gemeinden mitfinanziert werden. Und allein deshalb werden die Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen nicht steigen. Aber andererseits setzen sich die Einnahmen für die Bundesertragsanteile aus jenen Steuern zusammen, die nur dann fließen, wenn der Wirtschaftsmotor läuft. Und dazu werden auch die Gemeinden, die nach wie vor die größten öffentlichen Investoren sind, auch einen entsprechenden Beitrag leisten. Rund zwei Milliarden Euro sind es, die die Gemeinden neben dem laufenden Aufwand für Investitionen jähr-

lich in die Hand nehmen. Damit werden rund 150.000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Und das vor allem in der regionalen und klein strukturierten Wirtschaft, weil 80 Prozent der Aufträge für Gemeindeinvestitionen an Klein- und Mittelbetriebe in der jeweiligen Region gehen. Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahren als einzige Gebietskörperschaft den Stabilitätspakt eingehalten und jeweils sogar Überschüsse erwirtschaftet.

In Abwandlung eines heiß diskutierten Spruches von Dr. Kreisky sollte man darüber nachdenken, ob es nicht klüger ist, in einem schwierigen Jahr mit ein paar Zehntelprozentpunkten im Minus zu sein und dafür die Wirtschaft anzukurbeln. Die Gemeinden haben nämlich auch eine Vorbildrolle für die Bürgerinnen und Bürger, die genau darauf achten, wie sich ihre Gemeinde verhält. Das erfordert aber auch, dass die Gemeinden von anderen Belastungen möglichst frei gehalten werden. So wird es nicht mehr möglich sein, die Gemeinden ständig mit neuen Aufgaben einzudecken. Konkret geht es dabei um die Themen Kinderbetreuung, Spitalsfinanzierung und Sozialwesen, bei denen die Kommunen in den vergangenen Jahren weit mehr zur Kasse gebeten wurden, als sie eingenommen haben.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Die eierlegende Wollmilchsau, die alles kann, gibt es auch im Gemeindestall nicht und deshalb erwarten wir von unseren Partnern auf Landes- und Bundesebene jene Vernunft, die es uns ermöglicht, mit Mut und Zuversicht die Herausforderungen eines schwierigen Jahres zu meistern.



THEMEN

Gemeindebund

- 8 Überflieger trafen auf Gemeinde-Chefs: Gemeindebund feierte mit neuer Kooperation am Klum
- 9 Gemeindebund und Genossenschaften: Wichtige Form kommunaler Bürgerbeteiligung
- 12 Gemeindebund-Arbeitsprogramm 2009: „Mission impossible“ für Österreichs Gemeinden?
- 16 72 von 183 Abgeordneten mit kommunalen Background: Nationalrat fast schon „Kommunalrat“

Recht & Verwaltung

- 14 Glücksspielgesetz-Novelle: Begutachtet und abgelehnt! Novelle produziert Verlierergemeinden

Finanzen

- 10 Investieren gegen die Krise: Wie die Gemeinden die Wirtschaftskrise bekämpfen

Europapolitik

- 19 Aus dem EU-Parlament: Bestandsgarantie für Gemeinden und Familienentlastung kommt
- 20 4. Österreichisch-Tschechisches Bürgermeister-treffen: Geschichte lebendiger Zusammenarbeit
- 26 Gemeinde-Partnerschaften: Neuer Programmleitfaden soll Unklarheiten beseitigen



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Walter Zipmer

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
Mag. Helmut Reindl - DW 15
Natalie Pillwatsch - DW 37
Tel.: 01/ 532 23 88
E-Mail: redaktion@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Gerhard Klodner - DW 14
gerhard.klodner@kommunal.at
Patrizia Poropatits - DW 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath,
grafik@kommunal.at
Fotos: www.bilderbox.at
www.bilder.services.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen
Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Jürgen Beilein (BM für
Gesundheit, Familien und Jugend)
Mag. Martin Brandstötter
(BM für Inneres)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft)

Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des
GVV der VP-NÖ)

Mag. Petra Hafner (BM für
Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr. Robert Hink (Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes),

Dr. Clemes Hüffel (BM für
Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des
Österreichischen Gemeindebundes)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft & Arbeit)
Eduard Olbrich (BM für Soziales
und Konsumentenschutz)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des
Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Walter Reichel (Bundeskanzleramt)

Univ. Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes Kepler-Universität Linz)

Walter Zipmer (Geschäftsführer)

Cornelia Zoppoth
(Bundeskanzleramt)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Persönlich gezeichnete Artikel
fallen unter die Verantwortlichkeit
des Autors und müssen sich nicht
unbedingt mit der Meinung von
KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter
der Bezeichnung „Service“ laufende
Artikel sind bezahlte Informationen
und fallen nicht in die Verantwortlich-
keit der Redaktion.



Druckauflage: 34.106
(Jahrsdurchschnitt 2007)

Teilen dieser Ausgabe liegen Informa-
tionen der ARGE Forum mineralische
Rohstoffe bei.

PRAXIS

Renovierung – Sanierung – Neubau

- 32 Neue vereinheitlichte bautechnische Vorschriften: Sparen wird leichter
- 40 Kommunen als Impulsgeber der Wirtschaft: Thermisches Sanieren sichert 12.000 Jobs

Schulen & Spielplätze

- 52 KfV: Neue Normen legen neue Sicherheitsstandards für Spielplatzgeräte fest

CHRONIK

- 54 Neujahrsempfang NÖ-GVV-VP: Gemeinden sind gut gewappnet für die Krisenzeit
- 55: Neujahrsempfang NÖ-GVV-SP: SP-Gemeinden investieren rund 340 Mio. Euro
- 56 Aus den Bundesländern
- 60 Info-Mix
- 62 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der aktuelle Gemeindefinanzbericht stellt klar, dass unsere 2357 Gemeinden mit einem Investitionsvolumen von knapp zwei Milliarden Euro im Jahr nach wie vor die mit Abstand größten öffentlichen Investoren sind. Unsere Gemeinden investieren mehr als der Bund und alle Bundesländer gemeinsam. Österreichs Kommunen stehen gut da: die Einnahmen konnten gesteigert werden, die Finanzschuld ist kaum angestiegen und in den Gemeindestuben wird ordentlich gewirtschaftet. Mit jährlichen Ausgaben von mehr als 16 Milliarden Euro sind die Gemeinden auch wichtiger Auftraggeber für die



Walter Zimper
Geschäftsführer

Wirtschaft: weil die Kommunen nicht alle Aufgaben selbst erledigen können, sind leistungsstarke Partner aus der Wirtschaft gefragt. KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes, versteht sich dabei als Bindeglied zwischen den Auftragnehmern aus der Wirtschaft und den Auftraggebern in den Gemeinden.

Angesichts der aktuellen Krisenstimmung gewinnen öffentliche Investitionen immer mehr an Bedeutung. Die Gemeinden sind der wichtigste Wachstumsmotor und haben durch ihre Investiti-

onstätigkeit eine tragende Rolle bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen vor allem im ländlichen Raum. Dabei hilft und beruhigt es natürlich, dass in Österreichs Gemeinden verantwortungsvolle Kommunalpolitiker und Bedienstete sitzen und keine abgehobenen Spekulanten und Wunderwuzzis, wie wir sie in der jüngsten Krise kennenlernen mussten. Am Boden bleiben und an die Bürgerinnen und Bürger denken – wenn unsere Gemeinden das auch weiterhin praktizieren, kann keine Krise der Welt diese wichtigste Zelle unseres Staates in Turbulenzen bringen!

W. Zimper

Wahljahr 2009: Finanzielle Entlastung für (fast) alle

Siebenmal müssen die Bürger 2009 zur Urne

Etliche Urnengänge, finanzielle Erleichterungen für Steuerzahler, Studenten und Familien sowie Erschwernisse für Raucher bringt das neue Jahr 2009. Insgesamt siebenmal wird 2009 zur Urne gerufen. Neben Wahlen in den Bundesländern und Gemeinden findet Anfang Juni die Europa-Wahl statt, im Frühjahr bereits Arbeiterkammer- und ÖH-Wahlen. Den Auftakt zum Superwahljahr machen die Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in

Salzburg und Kärnten am 1. März 2009, im September folgen voraussichtlich Vorarlberg und Oberösterreich. Anfang Juni wird auch das EU-Parlament neu gewählt. Und rund um Ostern darf man auf die angekündigte Steuerreform hoffen. Die geplante Steuerreform, die erst beschlossen werden muss, soll rückwirkend mit 1. Jänner 2009 wirksam werden. Hauptprofiteure sollen Personen mit einem Jahreseinkommen zwischen 15.000 und 50.000 Euro



Den Auftakt zum Wahljahr 2009 machen die Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Salzburg und Kärnten.

brutto sein. Für Familien mit Kindern werden 2009 zusätzlich 500 Millionen Euro locker gemacht. Zusätzliche Mittel wird es auch für die Pflege geben. Das Pflegegeld wird gestuft zwischen vier und sechs Prozent erhöht. Gleichzeitig werden Demenzkranke so-

wie schwerbehinderte Kinder und Jugendliche höher eingestuft. Auch für die Studenten bringt das neue Jahr finanzielle Erleichterungen, ab dem Sommersemester 2009 gelten die deutlich ausgeweiteten Ausnahmeregelungen für die Studiengebühren.

Sicherheit: Vielen Kommunen reichen die Leistungen der Exekutive nicht aus

Gemeinden setzen auf Privatsheriffs



Der private Sicherheitsdienst stärkt vielerorts das Sicherheitsgefühl der Bürger.

In größeren Gemeinden wie Freistadt, Wels oder Grieskirchen vertraut man längst auf ihn: den privaten Sicherheitsdienst. Allein in OÖ nehmen 25 Gemeinden die Leistungen des Österreichischen Wachdienstes (ÖWD) in Anspruch. So können die Kommunen Vandalismusakten oder nächtlichen Ruhestörungen effizient vorbeugen. Die Sicherheitsleute dürfen vermeintliche Täter auch anhalten und „ange-

messene Gewalt“ anwenden, bis die Polizei eintrifft. Noch zu wenig für Bad Ischl: Dort kämpft man für eine Aufstockung der Stadtwache, um Förderung wurde beim Land schon angesucht. In Salzburg hingegen kämpft man für eine „Tierpolizei“. Der Verein „Österreichische Tierrettung“ wirft der Exekutive nämlich vor, zu wenig gegen den organisierten illegalen Tierhandel zu unternehmen.

Deponieverordnung

Elektronische Deponiemeldung über „EDM“

Mit der neuen Deponieverordnung 2008 wurden auch die sogenannten Deponiebilanzen auf das Elektronische Datenmanagement (kurz EDM) umgestellt. Mit einer kostenlosen Schulungs-Veranstaltung am **20. Februar in der TU Wien, 1. Obergeschoß im Boeckl-Saal** will das BMLFUW eine umfassende Information über das EDM geben und gleichzeitig die Möglichkeit, direkt vor Ort entsprechende Einträge und Meldungen im Register vorzunehmen, bieten. TeilnehmerInnen, die einen eigenen Laptop (mit WLAN) mitbringen, können die gezeigten Funktionalitäten bereits vor Ort testen bzw. eigene Deponieaufzeichnungen im xls-Format einspielen. **Anmeldung** der Kommunen bis spätestens **10. Februar 2009** an monika.kutalek@lebensministerium.at oder Fax 01/51522/7432

Reisepass: Gemeinden im Flachgau bereiten sich vor

Erste Reisepässe mit Fingerabdruck

In Salzburg können sich die Flachgauer als erste ab April auch auf der Gemeinde den Reisepass ausstellen lassen. Denn mit der Einführung der Chip-Reisepässe mit Pflicht-Fingerabdruck bekommen die Gemeindeämter entsprechende Lesegeräte. EU-weit müssen ab Sommer in je-

dem neu ausgestellten Pass die persönlichen Daten des Inhabers, sein Foto und die Fingerabdrücke zweier Finger in einem maschinenlesbaren Funkchip im Pass gespeichert sein. Um lange Schlangen vor den Passämtern zu vermeiden, sollen nun auch Landgemeinden die neuen Pässe ausstellen.

Tirol: Kritischer Spielfilm

Lawinendrama von Galtür verfilmt

Am 23. Februar ist der zehnte Jahrestag der Lawinenkatastrophe von Galtür. Aus diesem Anlass wurde der Spielfilm „Die Jahrhundertlawine“ produziert. Gedreht wurde dabei aber statt in Galtür in Vent im Ötztal.

Service: Umgebungslärmkarten und Teil-Aktionspläne online verfügbar

Die ersten Lärmkarten liegen vor

Mit der Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm hat die Europäische Union einen wichtigen Schritt zu einer umfassenden rechtlichen Regelung von Lärm in der Umwelt gesetzt. Ziel der Umgebungslärmrichtlinie ist es, die Lärmbelastung der Bevölkerung zu erfassen und Aktionspläne zur Vermeidung und Verminderung von Lärm zu entwickeln.

In einer ersten Phase wurde von den für die jeweilige Lärmquelle zuständigen Behörden die Lärmbelastung im Ballungsraum Wien sowie entlang der hochrangigen Verkehrsinfrastruktur in ganz Österreich erhoben. Lärmkarten und bereits vorliegende Teil-



Ziel der Umgebungslärmrichtlinie ist es, die Lärmbelastung der Bevölkerung zu erfassen und Aktionspläne zur Vermeidung und Verminderung von Lärm zu entwickeln.

aktionspläne werden ab 27. Jänner 2009 unter www.umgebungslaerm.at auf einer neuen Lärminfor-

mationsplattform des Lebensministeriums veröffentlicht.

„Urban Atlas“

Europas Auge im Weltraum

In diesem Jahr werden zum ersten Mal 185 Städte aus allen 27 Mitgliedstaaten der EU den „Urban Atlas“ nutzen können, einen Städte-Atlas, den die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten mit Hilfe der europäischen Raumfahrttechnik erstellt haben. Der aus Tausenden von Satellitenaufnahmen zusammengestellte Städte-Atlas „Urban Atlas“ macht detailreiche und kostengünstige digitale Karten verfügbar und garantiert damit, dass für Stadtplaner die aktuellsten und genauesten Daten über Flächennutzung und Bodenbedeckung bereitstehen. Im „Urban Atlas“ kartiert sind Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg und Wien.

Armutsbericht: Kluft zwischen Arm und Reich größer

Eine Million armutsgefährdet

In Österreich leben nach wie vor etwa eine Million Menschen unter der Armutsgefährdungsgrenze (893 Euro bei Einpersonenhaushalten). Gleichzeitig steigt der Reichtum. Steigend ist auch die Zahl der Menschen, die trotz eines Jobs armutsgefährdet sind: Sie beträgt rund 230.000

(plus 12 Prozent gegenüber 2003). Sozialwissenschaftler Emmerich Tálos kritisierte die Steuerpolitik, es gebe eine „Schieflage“ im Steueraufkommen: „Menschen mit weniger Einkommen zahlen die Umverteilung.“ Sozialminister versprach die rasche Umsetzung der Mindestsicherung.

Ausbildung: Steirer plant Kurzausbildung für Pfleger

Neue Idee: „Pflegeakademie“

„Pflegearbeit als Teilzeitjob“ – Das plant der Obersteirer Klaus Katzianka, in dem er eine neuartige Pflegeakademie in Österreich gründen möchte. In dieser Institution sollen vor allem ÖsterreicherInnen für Teilzeitpflege ausgebildet werden. Die Ausbildung soll maximal 25 Tage dauern, aber

effektiv sein, so Katzianka. Vor allem ältere Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, will der 47-Jährige für seine Pflegeakademie gewinnen. Katzianka ist zuversichtlich, noch in diesem Jahr ein Pilotprojekt für 30 Pflegekräfte in Graz starten zu können.

Wirtschaft: Kaufkraft steigt langsam, aber stetig

Gibt es Kaufkraftschwund?

Die von vielen befürchtete Krise wird nur wenig Auswirkungen auf die Kaufkraft haben. Das bestätigt eine Studie der RegioData Research GmbH. Wenn man die Kaufkraftentwicklung in den vergangenen Wirtschaftskrisen bzw. Rezessionsphasen betrachtet, hatten sie tatsächlich nur schwache Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bevölkerung. Im Durchschnitt hat die jeweilige Krise nicht mehr als 1,0 Prozent realen Kaufkraftverlust für maximal zwei Jahre bedeutet. Der langfristige Vergleich zeigt eine stabile Kaufkraftentwicklung – auch wenn Medienvertreter und Politiker von einer „sinkenden Kaufkraft“ sprechen. Die Kaufkraft der Einwohner steigt, zwar nicht rasch, und teilweise gestoppt durch Rezessionsphasen, aber dafür stetig. Die



stetig steigende Kaufkraft in Österreich ist ein statistischer Mittelwert, die konkrete Kaufkraftentwicklung der einzelnen Berufsgruppen ist jedoch deutlich differenzierter: Bei Pensionisten, Bauern und Beamten gab es in den letzten Jahren die höchste Kaufkraftsteigerung, Arbeiter und Angestellte der Privatwirtschaft nahmen sogar leichte Verluste hin.

Gemeindebund feiert am Kulm – 200 Gäste starten ins Neue Jahr

Überflieger trafen auf Gemeinde-Chefs

Mit rund 200 Ehrengästen läutete der Österreichische Gemeindebund am 9. Jänner das neue Jahr ein. Direkt am Auslauf der gewaltigen Ski-flugschanze am Kulm in Bad Mitterndorf (Steiermark) fand erstmals ein Neujahrsempfang des Gemeindebundes statt. Und bei dieser Gelegenheit wurde auch gleich eine Kooperation unterzeichnet, die gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten den Gemeinden helfen könnte. KOMMUNAL war dabei.

„Hubert Neuper kann sehr überzeugend sein“, schmunzelte Gemeindebund-General Robert Hink beim Neujahrsempfang des Österreichischen Gemeindebundes im steirischen Bad Mitterndorf/Tauplitz am Kulm. „Als er vor einigen Monaten bei mir war und vorschlug, dass der Gemeindebund seinen Neujahrsempfang an der Skiflug-Schanze am Kulm machen soll, waren

viele skeptisch. Heute sind all unsere Gäste schwer begeistert über die Atmosphäre an diesem Ort.“

Rund 250 Freunde und Partner des Gemeindebundes sowie dutzende Bürgermeister aus der Region waren der Einladung gefolgt und kamen am Vormittag des 9. Jänner 2009 ins VIP-Zelt am Auslauf der größten Naturflug-Schanze der Welt. Die Eh-

rengäste und Prominenten tummelten sich in der Red-Bull-Lounge, die der Gemeindebund für den Empfang angemietet hatte. Neben Organisator Hubert Neuper war u.a. auch der Nordische Direktor des ÖSV, Toni Innauer, zu Gast und sprach zu den Gemeindebund-Gästen.

Gesponsert wurde das Event von der ARA und dem Abfallentsorger AVE, beide Unternehmen sind langjährige und verlässliche Partner der österreichischen Gemeinden. ARA-Geschäftsführer Dr. Christoph Scharf: „Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, dass die Müllsammelsysteme verlässlich und kalkulierbar funktionieren. Die ARA ist stolzer Partner der Gemeinden.“ Auch AVE-Chef Leo Windtner, gleichzeitig Boss der Energie AG zeigte sich beeindruckt: „Die Atmosphäre hier ist einfach unglaublich. Noch dazu haben die heimischen Skispringer derzeit

Gemeindebund und Genossenschaften

Wichtige Form kommunaler Bürgerbeteiligung

„Wir sehen dieses Modell auch als eine wichtige Form der Bürgerbeteiligung an“, so Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink und ÖGV-Verbandsanwalt Dr. Hans Hofinger. „Gerade auf kommunaler Ebene ist es von großer Bedeutung, dass die Menschen ihre Gemeinde nicht als abstrakte Verwaltungseinheit sehen, sondern sich selbst als Teil dieser Gemeinschaft begreifen.“

Die aktuelle Wirtschaftslage, aber auch die ständig zunehmenden Aufgaben bringen viele Gemeinden unter Druck.

Die finanziellen Handlungsspielräume werden enger, deshalb sind neue Ideen und Modelle gefragt. „Die Palette genossenschaftlicher Möglichkeiten kann hier von sozialen Einrichtungen der Altenbetreuung bis hin zur Kinderbetreuung oder auch der Beteiligung an Freizeiteinrichtungen (Bäder, Freizeitzentren, etc.) reichen“, so Hink. Auch für derzeit ausgegliederte Unternehmungen von Gemeinden könne die Genossenschaftsidee eine sinnvolle Alternative sein. Hofinger: „Mit genossenschaftlichen Modellen können Eigeninitiative und Mitverantwortung in besonderer Weise gestärkt werden.“ Dabei, so Hink und Hofinger, gehe es auch darum, die Menschen dazu zu bringen, wieder Mitverantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. „Die Genossenschaftsidee ist in sehr vielen Bereichen ausgezeichnet anwendbar, sie för-

dert den solidarischen und sozialen Gedanken in einer Gemeinde.“ Im Rahmen dieser Kooperation werde man die Gemeinden dazu ermuntern, ihre Aufgabenbereiche sorgfältig zu überprüfen und zu überlegen, wo man die Bevölkerung stärker einbinden könne.

„Wir werden den Gemeinden das bewährte Modell der Genossenschaften noch besser und häufiger kommunizieren und den Gemeinden konkrete Anwendungsmöglichkeiten vorschlagen“, so Hofinger. „Bei Be-



Die Kooperationsvereinbarung wurde im Rahmen des Neujahrsempfanges des Gemeindebundes in Bad Mitterndorf von Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer (li.) und Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink (2.v.r.) sowie Prof. Dr. Hans Hofinger (2.v.l.) und Dr. Rainer Borns (re.; beide ÖGV) unterzeichnet.

darf bieten wir den Bürgermeistern Beratungsleistungen und Informationsveranstaltungen an.“ Hofinger weiter: „Unsere Initiativen in Form der Bürgergesellschaften können eine Antwort auf die neu aufflammenden Tendenzen staatlichen Handelns sein.“ Die regionalen Volksbanken können durch ihre Mitarbeiter und deren Nähe zu den Kunden, durch deren lokale Kontakte, als Meinungsbildner in den Regionen fungieren und konkrete Projekte in der Umsetzung begleiten und unterstützen. Mehr auf www.gemeindebund.at



Fotos: Horvath/Braun



Aus der schwindelerregenden Perspektive der Schispringer: Der Blick vom Kulm in die Auslaufzone. Großes Bild: Der Kulm, eine der weltgrößten Schiflughanglagen.

ja einen unglaublichen Erfolgslauf. Der Gemeindebund hätte keinen besseren Ort für seinen Start ins neue Jahr wählen können.“

Genossenschaftsmodell als Zukunftschance für Gemeinden

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Gemeindebund und dem Österreichischen Genossenschaftsverband (ÖGV) unterzeichnet. „Das Modell der Genossenschaften



Zeit für einen Tratsch war immer: KOMMUNAL-Geschäftsführer Walter Zimmer und Franz Steininger, Gemeindebundchef in OÖ.

kann in vielen Gemeinden ein Musterbeispiel für Bürgerbeteiligung sein“, so Generalsekretär Hink. „Viele Aufgaben könnten in Form dieses bewährten Modells erledigt werden.“ ÖGV-Vorstandsdirektor Dr. Hans Hofinger ergänzte: „Wir wollen den Gemeinden hier Beratung und Information zur Verfügung stellen und sind froh, den Gemeindebund dafür als Partner gewonnen zu haben.“

Höhepunkte des Neujahrsempfangs war einerseits die Schanzenföhrung für alle Gäste, die bis ganz hinauf an den Bakken föhrte, mit 185 Metern Höhenunterschied zum Auslauf. Unmittelbar danach begann das Qualifikationsspringen für den Skiflug-Weltcup, das erneut von Österreichern dominiert wurde. Sichtlich stolz war man dann auch im VIP-Zelt des Gemeindebundes, als die besten fünf Springer der Qualifikation den Gästen Rede und Antwort standen. Mit Sigi Amann, Wolfgang Loitzl, dem späteren Doppelsieger Gregor Schlierenzauer und

Eine gelungene Veranstaltung: Schladmings Bürgermeister Jürgen Winter, Organisator Hubert Neuper, Karl Kaniak, Bgm. von Bad Mitterndorf, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und seine Vizes Ernst Schmid (Bgl.) und Alfred Riedl (NÖ).



Ehrenpräsident Hermann Kröll ließ es sich nicht nehmen, die Gäste in „seinem Bundesland“ zu begrüßen. Hier mit Gemeindebundchef Helmut Mödlhammer und dem neuen Generaldirektor der Kommunalkredit, Alois Steinbichler.

dem deutschen Überflieger Martin Schmitt waren die Top-Athleten am Podium.

Werden Krise bewältigen

Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer: „Viele befürchten ja, dass die Gemeinden im neuen Jahr den Boden unter den Füßen verlieren werden. Ich kann heute schon sagen, dass wir am Boden bleiben werden, gerade in Krisenzeiten. Wir sind die größten öffentlichen Investoren und jene Verwaltungseinheit, die den Bürgern am nächsten ist. Wir sind uns der Verantwortung, die wir haben, voll bewusst und werden daher auch die Folgen der Wirtschaftskrise gut meistern“.



Daniel Kosak

„Der jüngst vorgestellte Gemeindefinanzbericht stellt den Gemeinden ein hervorragendes Zeugnis aus, enthält aber auch einige wichtige Warnungen“, so Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. Der Bericht beschreibt das Rechnungsjahr 2007 der Kommunen und basiert auf den Rechnungsabchlüssen der Gemeinden. „Das Jahr 2007 war ja von der Einnahmensituation noch hervorragend“, so Mödlhammer. „Auch im Jahr 2008 sind die Steuereinnahmen und damit die Ertragsanteile noch gesprudelt, die Gemeinden konnten kräftig investieren und damit wiederum zur guten Wirtschaftslage beitragen.“

Ganz anders seien die Prognosen für das Jahr 2009. „Die Ertragsanteile werden sinken“, hält Mödlhammer fest und nennt dafür zwei Hauptgründe: „Einerseits sind die Folgen der Wirtschaftskrise natürlich auch bei den Steuereinnahmen spürbar. Das Gesamtsteueraufkommen sinkt, damit sinken auch die Ertragsanteile für die Gemeinden. Zum zweiten wirkt sich seit Jahresbeginn erstmals aus, dass die Basis für die Zuteilung der Ertragsanteile die jährlich aus den Registern entnommene Bevölkerungszahl ist.“ Dies bedeute vor allem für Abwanderungsgemeinden teils herbe Verluste. Der Gemeinde-

Tab. 1.9: Mittelschlusssummen der Gemeinden (Stand: 31.12.2009)

	2003	2004	2005	2006	2007	Veränderung Gg. 2003 in %
Verwaltungskosten allg. Verwaltung	1.204	1.410	1.423	1.474	1.567	+ 30,2%
Veränderung zum Vorjahr	1,7%	1,8%	0,9%	3,5%	6,1%	+ 8,2%
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	229	270	234	221	211	+ 13,8%
Veränderung zum Vorjahr	17,5%	18,3%	-12,6%	-5,9%	-4,5%	+ 11,8%
Unterricht, Erziehung, Sport	1.000	1.151	1.201	1.209	1.200	+ 20,0%
Veränderung zum Vorjahr	15,0%	15,1%	4,3%	0,7%	-0,7%	+ 20,0%
Kultur, Kultur, Kultur	371	360	361	371	371	+ 0,0%
Veränderung zum Vorjahr	-2,7%	-2,8%	0,3%	2,7%	0,0%	+ 0,0%
Soziale Wohlfahrt	900	980	992	1.000	1.110	+ 23,2%
Veränderung zum Vorjahr	8,9%	8,2%	1,2%	0,8%	11,0%	+ 23,2%
Gesundheit	600	700	700	770	800	+ 33,3%
Veränderung zum Vorjahr	16,7%	16,7%	0,0%	9,1%	3,9%	+ 33,3%
Umwelt, Wasserbau, Verkehr	300	300	300	300	300	+ 0,0%
Veränderung zum Vorjahr	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	+ 0,0%
Wirtschaftsförderung	100	100	100	100	100	+ 0,0%
Veränderung zum Vorjahr	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	+ 0,0%
Investitionsausgaben	100	100	100	100	100	+ 0,0%
Veränderung zum Vorjahr	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	+ 0,0%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Austria, Stand: 31.12.2009

Gemeinden bekämpfen Wirtschaftskrise

Investieren gegen die Krise

Die finanziellen Spielräume für Gemeinden werden im Jahr 2009 erheblich enger. Um die Folgen der Wirtschaftskrise zu mildern, sollten aber gerade Gemeinden wichtige Investitionen in Infrastruktur und Versorgung nicht verschieben.

bund habe in den Verhandlungen zum Finanzausgleich mehrfach auf dieses Problem hingewiesen, sei aber nicht gehört worden. „Alle Bundesländer haben dem FAG in dieser Form zugestimmt und sind jetzt gefordert für entsprechende Ausgleichsmechanismen zu sorgen.

Pflege- und Gesundheitskosten steigen stark

Die Zahlen von 2007 (siehe Grafik oben) zeigen aber auch ausgabenseitig jene Probleme auf, mit denen die Gemeinden zu kämpfen haben. „Die Kosten für die soziale Wohlfahrt sind etwa seit 2003 um 27,2 Prozent gestiegen“, so Mödlhammer. Ähnlich hoch sind die Steigerungen bei den Dienstleistungen (plus 33,9 Prozent seit 2003) und im Gesundheitsbereich (plus 20,2

Mit vielen kleinen und größeren Investitionen können die Gemeinden mithelfen, dass die Rezession entweder gar nicht eintritt oder so gering als möglich ausfällt.



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

Prozent seit 2003). „Das zeigt deutlich, in welchen Sparten die Gemeinden in den letzten Jahren am meisten investieren mussten“, so Mödlhammer. Die Kosten für die allgemeine Verwaltung sind im gleichen Zeitraum übrigens um nur 8,2 Prozent gestiegen, ein Beleg dafür, wie effizient und sparsam die Gemeinden ihre Verwaltung gestalten.

Gemeinden sind wichtiger Faktor in der Krise

Trotz der sinkenden Einnahmen und der steigenden Kosten in

vielen Bereichen mahnt Mödlhammer die Verantwortung der Gemeinden bei der Bewältigung der Krise ein. „Wir sind nach wie vor die größten öffentlichen Investoren des Landes. Unsere Reaktion auf die Krise darf kein Sparprogramm, sondern muss ein Investitionsschub sein. Wir haben hier eine große Verantwortung, weil die Investitionen der Gemeinden äußerst arbeitsplatzwirksam sind. Wir dürfen notwendige Investitionen gerade jetzt nicht aufschieben. Die Menschen verlassen sich auf uns und hoffen, dass gerade wir unseren Beitrag leisten, um die Krise zu bewältigen“, so Mödlhammer.

Mit vielen kleinen und größeren Investitionen könnten die Gemeinden mithelfen, dass die Rezession entweder gar nicht eintritt oder so gering als möglich ausfällt. „Ich bin selbst Bürgermeister“, so Mödlhammer, „ich weiß genau, wie schwer es ist, den eigenen Gemeindehaushalt auszugleichen zu halten. Aber gerade jetzt sind wir gefragt. Der Verlust jedes einzelnen Arbeitsplatzes betrifft sehr konkrete menschliche Schicksale in jeder Gemeinde.“

Arbeitsschwerpunkte des Gemeindebundes

„Mission impossible“ für Österreichs Gemeinden 2009?

Das Jahr 2009 wird für die österreichischen Gemeinden ein schwieriges und herausforderndes. Dementsprechend ambitioniert ist das Arbeitsprogramm des Gemeindebundes für das neue Jahr.

Dr. Robert Hink

Mit dem tollen Neujahrsempfang des Österreichischen Gemeindebundes an der Skiflugschanze am Kulm hat das Jahr auf gesellschaftlicher Ebene begonnen. Die inhaltlichen Herausforderungen, denen sich die Gemeinden in diesem neuen Jahr zu stellen haben, sind weit aus schwieriger, als noch im Vorjahr.

Die Folgen der Finanzkrise setzen auch den Gemeinden stark zu, die so positive Entwicklung der Ertragsanteile und direkten Steuereinnahmen wird 2009 nicht anhalten.

Die Folgen der Finanzkrise setzen auch den Gemeinden stark zu, die so positive Entwicklung der Ertragsanteile und direkten Steuereinnahmen wird 2009 nicht anhalten. Dazu kommt, dass viele Gemeinden darüber hinaus noch mit sinkenden Ertragsanteilen, aufgrund der sinkenden Einwohnerzahl in ihrer Gemeinde rechnen müssen. Erstmals wird die Einwohnerzahl nicht aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 2001, sondern aufgrund der Register (Stichtag Oktober 2008) festgestellt, aus diesen Daten berechnet sich der Anteil an den Steuereinnahmen des Bundes. Diese Art der Berechnung der Ertragsanteile sorgt in vielen Gemeinden für große Sorge, weil die Einnahmen sich damit jährlich ändern werden. Darauf, dass vor allem die Gemeinden des ländli-



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

chen Raumes dadurch Geld verlieren, hat der Gemeindebund mehrfach hingewiesen, blieb aber ungehört.

Zu den Kernkompetenzen und -aufgaben des Gemeindebundes zählt auch weiterhin die sorgfältige Prüfung von Bundesgesetzen, die den Wirkungsbereich von Gemeinden betreffen. Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens von Gesetzen hat der Gemeindebund das Recht auf eine Stellungnahme, um auf etwaige Folgen für die Gemeinden hinzuweisen. Jedes Vorhaben wird von den Gemeindebund-Juristen – in Partnerschaft mit den Landesverbänden – genau geprüft. Bei übermäßiger finanzieller Belastung der Gemeinden kann der Gemeindebund auch den Konsultationsmechanismus auslösen und damit weitere Verhandlungsrunden mit Bund und Ländern erzwingen.

Schon davor ist der Gemeindebund vielfach sehr intensiv in die Verhandlungen zu neuen politischen Vorhaben eingebunden. Die Mitgliedschaft in unzähligen Gremien und Arbeitsgruppen sorgt dafür, dass der Gemeindebund frühzeitig an der Entstehung neuer Vorhaben mitwirken und den Standpunkt der Gemeinden einbringen kann. Die Erarbeitung und Koordination von Positionen und Standpunkten zählt daher ebenfalls zu den Hauptaufgaben des neuen Jahres. Selbstverständlich ist der Gemeindebund auch Mitglied in allen relevanten Arbeitsgruppen zum Finanzausgleich und zu den Inhalten und Vorhaben aus dem Regierungspro-

gramm.

Konkret äußert sich das auch in Projekten, die den Gemeinden helfen sollen, ihre Aufgaben noch besser und effizienter zu erledigen. Seit mehreren Monaten schon befasst sich der Gemeindebund etwa mit den Möglichkeiten, die das Genossenschaftsmodell für Gemeinden bieten kann. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie wird nun erhoben, für welche Themenfelder die Genossenschaft ein Ansatz sein kann. Um hier die beste verfügbare Kompetenz einzubringen wurde ein Kooperationsvertrag mit dem Österreichischen Genossenschaftsverband (ÖGV) geschlossen.

Tourismus bietet Chancen für Beschäftigung

Die Rolle der Gemeinden für den Tourismus war schon 2008 ein Schwerpunkt des Gemeindebundes und daher auch Hauptthema des Österreichischen Gemeindetages in Salzburg. Dieses Thema wird uns auch 2009 beschäftigen, es gibt einige Projekte, die länger als nur ein Jahr laufen, beispielsweise die Partnerschaft bei der Studie „Errichtung für Modellregionen“ des Freizeit- und Tourismusforschers Peter Zellmann. Der Tourismus ist einer der wenigen Bereiche, in dem permanenter Arbeitskräftemangel besteht. Gerade in Zeiten der Rezession liegt hier eine große Chance, Zuwächse bei der Beschäftigung zu erzielen.

Die demografische Entwicklung mit ihren Folgen, die Probleme bei der Betreuung und Pflege älterer Mitbürger, die endgültige Abwicklung der Getränkesteuer-Rückzahlung, die Schaffung aller notwendigen Einrichtungen der Kinderbetreuung, die Erstellung eines Masterplans für den



Die Rolle der Gemeinden für den Tourismus war schon 2008 ein Schwerpunkt des Gemeindebundes. Der Tourismus ist einer der wenigen Bereiche, in dem permanenter Arbeitskräftemangel besteht. Gerade in Zeiten der Rezession liegt hier eine große Chance, Zuwächse bei der Beschäftigung zu erzielen.

ländlichen Raum und nicht zuletzt auch die weiterhin offene soziale Absicherung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind weitere Felder, die der Gemeindebund 2009 bearbeiten wird.

Eine essentielle Rolle nimmt der Gemeindebund auch auf europäischer Ebene für die Gemeinden ein. Sehr viele Ent-

scheidungen mit großer Gemeinderelevanz fallen inzwischen in Brüssel, der Gemeindebund verfügt dort über ein eigenes Büro, um auch hier immer auf dem neuesten Stand zu sein. Führende Funktionäre des Gemeindebundes sind im Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten. Auch im Kongress der Gemeinden und Regionen Euro-

pas bringen wir unsere Standpunkte ein. Der Gemeindebund beabsichtigt auch, eine eigene Kommunikationsschiene für Gemeinden zu den wichtigsten und aktuellsten europäischen Themen einzurichten.

Die Ausrichtung und Unterstützung von Wettbewerben ist eine wichtige Aufgabe des Gemeindebundes. 2009 wird der Gemeindebund daher erneut den Wettbewerb zur „Klimaschutzgemeinde Österreichs“ ausrichten.

Die Ausrichtung und Unterstützung von Wettbewerben ist eine wichtige Aufgabe des Gemeindebundes. In so vielen Gemeinden werden höchst innovative Projekte verwirklicht, die es verdienen, vor den Vorhang geholt und der Öffentlichkeit präsentiert zu werden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt auch, welche Aufmerksamkeit derartige Wettbewerbe genießen und wie stark die teilnehmenden Gemeinden davon profitieren. 2009 wird der Gemeindebund daher erneut den Wettbewerb zur „Klimaschutzgemeinde Österreichs“ (gemeinsam mit Verbund und Lebensministerium) ausrichten. Der Verkehrssicherheitspreis und der Wissenschaftspreis „Preis der Kommunen“ sind inzwischen Fixpunkte und werden auch 2009 stattfinden. Neu ist, dass der Gemeindebund auch die Abwicklung des „Audit familienfreundliche Gemeinde“ übernehmen wird. Gerade das Familienthema ist für die Kommunen von so großer Bedeutung, dass wir diese Aufgabe vom Ministerium direkt übernommen haben, besonders familienfreundliche Gemeinden zu unterstützen und ihnen ein Qualitätssiegel zu verleihen. Unverändert wichtig sind die wissenschaftlichen Aktivitäten und Publikationen des Gemeindebundes, sie werden auch 2009 eine enorme Rolle spielen. Diese Arbeit ist deswegen von

großer Bedeutung, weil sie die Grundlage dafür schafft, in diesem Bereich weiterzuarbeiten und auf wissenschaftliche Daten und Erkenntnisse zuzugreifen. Oft ist sie auch die Basis für gute Öffentlichkeitsarbeit, die auf seriösen Zahlen und Annahmen beruht. Dass die Öffentlichkeitsarbeit ein essentieller Teil der Arbeit einer Interessensvertretung sein muss, steht für uns außer Frage. Der Gemeindebund wird seine vorhandenen Medienkanäle (Homepage, kommunalnet, KOMMUNAL, RFG, externe Pressearbeit) auch weiterhin für die Interessen der Gemeinden einsetzen.

Ausblick

Alles in allem wird 2009 also weder für die Gemeinden, noch für den Gemeindebund ein ruhiges Jahr werden. Im Gegenteil: Die Aufgaben und Anforderungen an die Kommunen nehmen immer weiter zu, die finanziel-

Aufgaben und Anforderungen an die Kommunen nehmen 2009 immer weiter zu, die finanziellen Rahmenbedingungen werden schwieriger.

len Rahmenbedingungen werden aber schwieriger. Es wird womöglich sogar notwendig sein, dass die Gemeinden nicht nur – wie in den Vorjahren üblich – Überschüsse erzielen, sondern zur Bewältigung der Wirtschaftskrise auch geringfügige Defizite in Kauf nehmen. Die Sicherung der Infrastruktur und die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung müssen weiterhin primäres Ziel der Kommunen sein, die dafür notwendigen Investitionen sollten trotz der bevorstehenden Wirtschaftskrise getätigt werden. Dieser Spagat ist schwer zu nehmen und erfordert von den Bürgermeistern und Gemeindevertretern höchsten Einsatz und höchste Konzentration. Der Gemeindebund ist dabei immer nur so stark, wie seine Landesverbände und die Gemeinden insgesamt. Nur mit ihrem Vertrauen und ihrer Unterstützung werden wir die Herausforderungen gemeinsam be-



Glücksspielgesetz-Novelle 2008 begutachtet

Novelle produziert Verlierergemeinden

Anfang November des vergangenen Jahres wurde dem Gemeindebund die Glücksspielgesetz-Novelle 2008 mit einer vierwöchigen Begutachtungsfrist übermittelt.

KOMMUNAL zeigt auf, warum der Entwurf in aller Schärfe abgelehnt wird.

Mag. Nicolaus Drimmel

Die Zielsetzungen der Glücksspielgesetz-Novelle 2008 sind laut Finanzressort ein verbesserter Jugend- und Spielerschutz, Rechtsklarheit, Sicherheit, ein effizientes Kontroll- und Verfahrenssystem, Wettbewerbsfairness und eine verantwortungsvolle Aufsicht. Laut Ausführungen des Bundes sollen die sich auf Grund der Novelle insgesamt ergebenden Mehreinnahmen gegenüber der derzeitigen Rechtslage nicht beabsichtigt sein, sondern sind ein durchaus „angenehmer Nebeneffekt“. Gerade im Hinblick auf die Tatsache, dass diese Novelle massiv in die Rechtslage jener Länder eingreift, die das so genannte „Kleine Glücksspiel“ mit begrenztem Einsatz und Höchstge-

winn landesgesetzlich geregelt haben (sogenannte Erlaubnisländer Wien, NÖ, Stmk, Ktn), ist aber die Frage einer genügend großen Ausgleichsmasse nicht nur ein Nebeneffekt sondern unerlässliche Bedingung einer Einigung in einem bundesstaatlichen Rechtsstaat. Aber auch die bisherigen Verbotsländer stehen dem Entwurf des Bundes zum größeren Teil skeptisch gegenüber, hier wird vor allem der Eingriff in die Landeskompetenz kritisiert. Durch die vorgesehene Eingliederung des kleinen Automaten-glücksspiels in das Glücksspielmonopol des Bundes ab Ende 2013 werden diesbezügliche landesrechtliche Regelungen (zum Beispiel Spielautomatengesetze) obsolet. Dadurch würden den Ländern und Gemein-



den Einnahmen aus Abgaben, die für das Aufstellen und den Betrieb von Glücksspielautomaten (zum Beispiel Glücksspielabgaben bzw. Lustbarkeitsabgaben) zu entrichten sind, entfallen. Diese Einnahmen unterliegen in den jeweiligen Ländern derzeit einer starken Dynamik und sind etwa in Niederösterreich gesetzlich für die Jugendförderung und das Sozialwesen zweckgewidmet.

Die generelle Linie der Länder vertrat den Standpunkt, dass der Entfall der Regelungskompetenz der Bundesländer für das „Kleine Glücksspiel“ einen Eingriff in die Kompetenzen der Länder und in ihre Besteuerungsrechte darstellt. Abgesehen von den grundsätzlichen föderalistischen Bedenken könne man überhaupt nur dann einer Diskussion näher treten, wenn ein mehr als kostenneutraler Ausgleich für die Länder und Gemeinden auf Basis des bisherigen und des zu erwartenden Abgabenerfolges vorgesehen wäre.

Von den Vertretern des Bundes wurde demgegenüber die Ansicht vertreten, dass aufgrund der technischen Entwicklung die Glücksspielautomaten außerhalb der Spielbanken de facto auch bereits jetzt dem Glücksspielmonopol unterliegen; die Neuregelung sei daher auch zur

Mit der neuen Konzessionsabgabe als gemeinschaftliche Bundesabgabe und ist eine neue Lotterieabgabe als ausschließliche Bundesabgabe vorgesehen.

Schaffung von Rechtsklarheit und -sicherheit erforderlich, bei einer alternativen „kleinen Lösung“ in Form einer Verordnung würden die bisherigen Einnahmen der Länder und Gemeinden ersatzlos entfallen, was auch aus Sicht des Bundes nicht wünschenswert wäre.

Tatsächlich sieht der Entwurf eine auf einen Einheitssatz abgesetzte Spielbankabgabe für umfassende Spielbankkonzessionen vor, eine Bundesautomatensteuer soll ebenfalls neu eingeführt werden. Schließlich ist mit der neuen Konzessionsabgabe als gemeinschaftliche Bundesabgabe und eine neue Lotterieabgabe als ausschließliche Bundesabgabe vorgesehen. Ein Freiraum für die bisher landesgesetzlich geregelten Konzessionen für das „Kleine Glücksspiel“ besteht da nicht. Dem Finanzressort war diese Problematik durchaus bewusst. Man lud die Finanzausgleichspartner zu mehreren Arbeitsgruppen, die allerdings alle nach der Begutachtungsfrist im Dezember 2008 statt fanden. Hierbei sollten Szenarien hinsichtlich der Aufteilung der konzipierten gemeinschaftlichen Bundesabgaben dargestellt und diskutiert werden.

Der Gemeindebund hat sich eine ausführliche Stellungnahme für jenen Zeitpunkt vorbehalten, an dem die Ergebnisse der Beratungen der Arbeitsgruppen vorliegen. Noch vor Weihnachten tagte eine vorerst letzte Beamerunde des Bundes der Länder und der Gemeinden.

Vor dem Hintergrund der gerade in den letzten Monaten manifest

Die Berechnungen in den Arbeitsgruppen hatten allerdings gezeigt, dass bei Konzeption als gemeinschaftliche Bundesabgaben, ... im Vergleich zur jetzigen Rechtslage Verlierergemeinden entstehen „(würden)“.

gewordenen Belastungen der Gemeindefinanzen, die mit der beabsichtigten Steuerreform ihre stärksten Auswirkungen entfalten werden, hat der Österreichische Gemeindebund gefordert, dass jedenfalls mit zu berücksichtigen ist, bei neuen bzw. abgeänderten Abgaben einen ausreichenden Anteil für die Gemeinden sicher zu stellen. Die Berechnungen in den Arbeitsgruppen hatten allerdings gezeigt, dass bei Konzeption als gemeinschaftliche Bundesabgaben, die nach dem allgemeinen Aufteilungsschlüssel auf die Gebietskörperschaften aufgeteilt werden, noch keinesfalls das Auslangen gefunden werden kann, um nicht im Vergleich zur jetzigen Rechtslage Verlierergemeinden entstehen zu lassen. Dieser Eindruck bestätigte sich auch in diversen anderen berechneten Szenarien, nach denen, trotz Heranziehung der Prognose der künftigen Einnahmen und diverser Ausgleichsmechanismen, die potenziellen Verluste nicht kompensiert werden konnten, nicht nur für die Gemeinden in den bisherigen Erlaubnisländern, sondern unbeschadet von deren Lage auch für die Casino-Standortgemeinden. Der Österreichische Gemeindebund hat den Entwurf daher aus grundsätzlichen und finanziellen Erwägungen scharf abgelehnt.



OReg.Rat Mag.
Nicolaus Drimmel
ist Jurist im
Österreichischen
Gemeindebund

72 von 183 Abgeordneten im Parlament haben kommunalen Background

Der neue Nationalrat ist schon fast ein „Kommunalrat“

Wer hätte das gedacht: Von den 183 Nationalrats-Abgeordneten waren beziehungsweise sind beachtliche 72 Mandatare auf Gemeindeebene aktiv. 26 von ihnen sind sogar amtierende Bürgermeister. KOMMUNAL hat sich den „Kommunalrat“ näher angesehen.

Natalie Pillwatsch

Rund 39 Prozent der Abgeordneten im neuen Parlament kommen aus dem kommunalen Sektor. Diese sind vor allem im Osten Österreichs beheimatet: Aus Oberösterreich kommen 18 der Mandatare, aus Niederösterreich 16. Zehn der Nationalräte, die sich auf Gemeindeebene engagieren bzw. engagiert haben, sind Steirer, acht sind Kärntner. Aus dem Ländle kommen sechs, Tiroler und Burgenländer haben jeweils fünf „kommunale Abgeordnete“. Das Schlusslicht bildet das Land Salzburg mit nur vier Abgeordneten.

Der „Parlaments-Bürgermeister“

Jakob Auer (ÖVP), Bürgermeister der Gemeinde Fischlham in Oberösterreich, bringt von allen

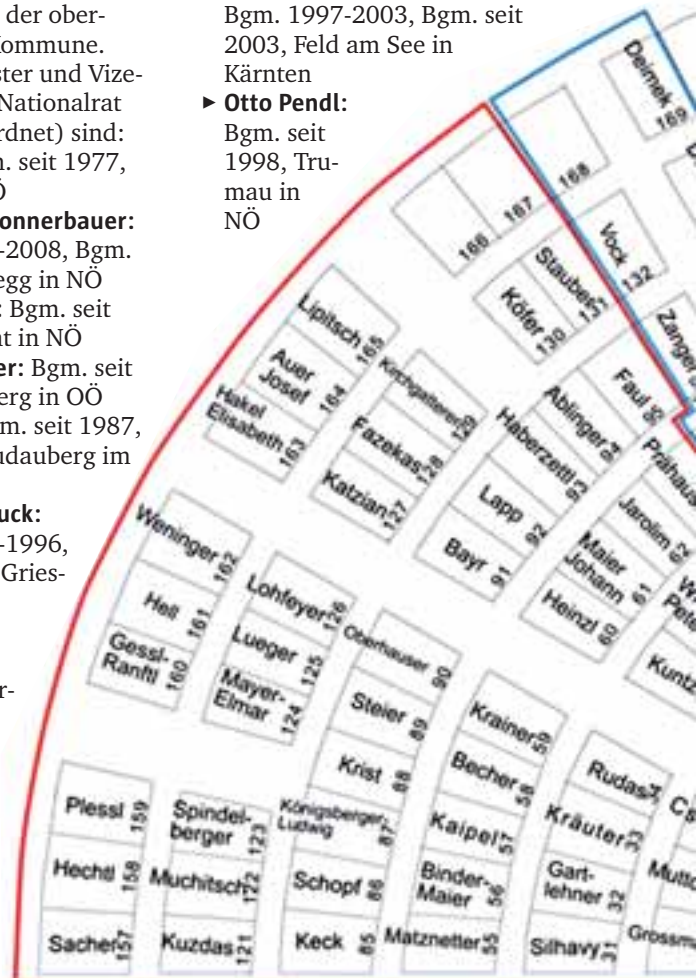
Der Großteil der Abgeordneten mit kommunalem Hintergrund stammt aus Oberösterreich und Niederösterreich. Salzburger sind so gut wie nicht vertreten.

Abgeordneten die längste Erfahrung auf kommunaler Ebene mit: Seit knapp 32 Jahren ist Auer als Gemeindechef und seit 35 Jahren im Gemeinderat von Fischlham tätig. Damit gilt Auer im Nationalrat als kommunaler Ansprechpartner Nummer eins. Ebenfalls lange dabei ist Mag. Kurt Gaßner (SPÖ), Bürgermeis-

ter der Gemeinde Schwertberg. Gaßner bekleidet seit 1985 das Bürgermeisteramt der oberösterreichischen Kommune. Aktive Bürgermeister und Vizebürgermeister im Nationalrat (alphabetisch geordnet) sind:

- ▶ **Jakob Auer:** Bgm. seit 1977, Fischlham in OÖ
- ▶ **Mag. Heribert Donnerbauer:** Vize-Bgm. 2005-2008, Bgm. seit 2008, Hardegg in NÖ
- ▶ **Hannes Fazekas:** Bgm. seit 2002, Schwechat in NÖ
- ▶ **Mag. Kurt Gaßner:** Bgm. seit 1985, Schwertberg in OÖ
- ▶ **Franz Glaser:** Bgm. seit 1987, Burgauberg-Neudauberg im Burgenland
- ▶ **Wolfgang Großruck:** Vize-Bgm. 1985-1996, Bgm. seit 1996, Grieskirchen in OÖ
- ▶ **Johann Hell:** Vize-Bgm. seit 2007, Böheimkirchen in NÖ
- ▶ **Johann Höfinger:** Vize-Bgm. 2000-2008, Bgm. seit 2008, Sieghartskirchen in NÖ
- ▶ **Franz Hörl:** Vize-Bgm. 1986-1992, Bgm. seit 1992, Gerlos in Tirol
- ▶ **Erwin Hornek:** Bgm. seit 1990, Kautzen in NÖ
- ▶ **Harald Jannach:** 2. Vize-Bgm., Frauenstein in Kärnten

- ▶ **Josef Jury:** Bgm. seit 2005, Gmünd in Kärnten
- ▶ **Ing. Erwin Kaipel:** Bgm. seit 1987, Riedlingsdorf im Burgenland
- ▶ **Gerhard Köfer:** Bgm. seit 1997, Spittal an der Drau in Kärnten
- ▶ **Hermann Krist:** Vize-Bgm. seit 1997, Pucking in OÖ
- ▶ **Maximilian Linder:** 2. Vize-Bgm. 1997-2003, Bgm. seit 2003, Feld am See in Kärnten
- ▶ **Otto Pendl:** Bgm. seit 1998, Trumau in NÖ



Anzahl der Plätze	
Präsidium	7
Regierungsbank	18
Beamtinnen/Beamte	16
Abgeordnete	192

Beamtinnen/Beamte

Ostermayer

Schieder

- ▶ **Rudolf Plessl:** Bgm. von Untersiebenbrunn in NÖ
- ▶ **Nikolaus Prinz:** Bgm. seit 2002, St. Nikola/Donau in OÖ
- ▶ **Johann Rädler:** Bgm. seit 2000, Bad Erlach in NÖ
- ▶ **Dorothea Schittenhelm:** Vize-Bgm. 1995-2000, Bgm. seit 2000, Bisamberg in NÖ
- ▶ **Rosemarie Schönpass:** Bgm. seit 1997, Ampflwang in OÖ
- ▶ **Johann Singer:** Bgm. seit 2008, Schiedlberg in OÖ
- ▶ **Peter Stauber:** Vize 1991-1997, Bgm. seit 1997, St. Andrä im Lavanttal in Kärnten
- ▶ **Gerhard Steier:** Vize-Bgm. 1994-1996, Bgm. seit 1996,

Siegingdorf im Burgenland
 ▶ **August Wöginger:** Vize-Bgm. seit 2008, Siegharting in OÖ

Als (Vize-)Bürgermeister nicht mehr im Amt sind:

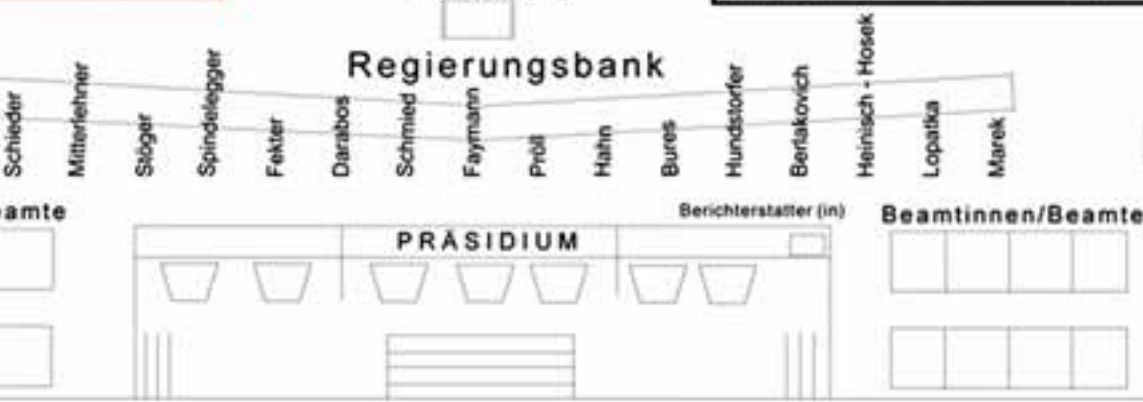
- ▶ **Mag. Josef Auer:** Stv. Bgm. 1998-2004, Radfeld in Tirol
- ▶ **Karl Donnabauer:** Bgm. 1970-1992, Dunkelsteinerwald in NÖ
- ▶ **Franz Ebl:** Vize-Bgm. 1989-1994, Tamsweg in Salzburg
- ▶ **Christian Faul:** Vize-Bgm. 1992-1999, Weiz in der Steiermark
- ▶ **Anna Franz:** Bgm. 1998-2003, Vize-Bgm. 2003-2005, Bezau in Vorarlberg

Nur neun Frauen sitzen in der „kommunalen Fraktion“ des Nationalrates. Insgesamt gibt es aber satte 72 Abgeordnete, die mit Gemeindeagenden vertraut sind.

- ▶ **Stefan Prähauser:** Vize-Bgm. 1989-1990, Vize-Bgm. 1994-1997, Wals-Siezenheim in Salzburg
- ▶ **Michael Praßl:** Vize-Bgm. 1985-1990, Lödersdorf in der Steiermark
- ▶ **Konrad Steindl:** Vize-Bgm. 1997-2004, Plainfeld in der Steiermark
- ▶ **Bernhard Themessl:** Vize-Bgm. 1995-2000, Hohenems in Vorarlberg

Nur zwei Frauen

Insgesamt sitzen also 26 amtierende Bürgermeister und Vizebürgermeister im Parlament. Trauriger Aspekt dabei ist, dass davon nur zwei Frauen vertreten



Elf Mandatäre der SPÖ sind amtierende Bürgermeister bzw. Vizebürgermeister, von der ÖVP sind es stolze 13. Die FPÖ hat einen, das BZÖ zwei (Vize-)Bürgermeister im Parlament. Unter den Grünen sitzt kein amtierender Gemeindechef im Nationalrat.

sind: Dorothea Schittenhelm ist seit dem Jahr 2000 Bürgermeisterin der Gemeinde Bisamberg in NÖ. Und seit fast zwölf Jahren ist die Oberösterreicherin Rosemarie Schönpass Gemeindechefin in Ampflwang. Auch eine „Ehemalige“ findet sich im Nationalrat und kommt aus dem Ländle: Anna Franz war Bürgermeisterin und später Vize-Bürger-

meisterin der Gemeinde Bezau in Vorarlberg. 37 der insgesamt 183 Nationalratsabgeordneten sind bzw. waren im Gemeinderat tätig. Davon sind sechs weiblich. Insgesamt lassen sich im Nationalrat also neun Frauen aus dem kommunalen Sektor verzeichnen.

Natalie Pillwatsch ist Redakteurin bei KOMMUNAL

Gemeinderäte im neuen Parlament

- ▶ **Gabriele Binder-Maier:** GR 1984-1987, St. Valentin in NÖ
- ▶ **Mag. Christiane Brunner:** GR seit 2002, Jennersdorf im Burgenland
- ▶ **Gerhard Deimek:** GR seit 1991, Pfarrkirchen bei Bad Hall in OÖ
- ▶ **Sigistbert Dolinschek:** GR 1985-2003, St. Margareten im Rosental in Kärnten
- ▶ **Rupert Doppler:** GR seit 1994 in St. Veit in Salzburg
- ▶ **Hermann Gahr:** GR seit 2003 in Terfens in Tirol
- ▶ **Ing. Kurt Gartlehner:** GR 1979-2002, Großraming in OÖ
- ▶ **Andrea Gessl-Ranftl:** GR seit 2005, Trofaiach in Steiermark
- ▶ **Alois Gradauer:** GR 1984-2003, Gemeindevorstand (GV) 1984-2003, Kirchberg-Thening in OÖ
- ▶ **Mag. Elisabeth Grossmann:** GR seit 2005, Edelschrott in der Steiermark
- ▶ **Christoph Hagen:** GR seit 1995, GV 1995-2002 in Hörbranz in Vorarlberg
- ▶ **Mag. Roman Haider:** GR seit 1991, GV seit 1993, Aschach/Donau in OÖ
- ▶ **Mag. Dr. Manfred Haimbuchner:** GR seit 2003, Steinhaus in OÖ
- ▶ **Ursula Haubner:** GR seit 1991, Bad Hall in OÖ
- ▶ **Werner Herbert:** GR 2000-2005, Enzersdorf/Fischa in NÖ
- ▶ **Anneliese Kitzmüller:** GR seit 1991, Kirchsschlag in OÖ
- ▶ **Oswald Klikovits:** GR und GV in Siegendorf im Burgenland
- ▶ **DDr. Werner Königsdorfer:** GR 1992-1994, GV 1992-1994, Wattens in Tirol
- ▶ **Karlheinz Kopf:** GV 1985-1999, Altach in Vorarlberg
- ▶ **Dr. Günther Kräuter:** GR 1990-1995, Gratkorn in der Steiermark
- ▶ **Christian Lausch:** GR seit 2005, Hollabrunn in NÖ
- ▶ **Mag. Josef Lettenbichler:** GV 1998-2002, Kirchbichl in Tirol
- ▶ **Hermann Lipitsch:** GR 1985-1997, seit 2003 erneut, Weißenstein in Kärnten
- ▶ **Kurt List:** GR 1990-2000, Feldkirchen bei Graz in Stmk
- ▶ **Mag. Rosa Lohfeyer:** GR seit 2004 in St. Johann im Pongau in Salzburg
- ▶ **Elmar Mayer:** GR 1980-1995, GV 1980-2002 in Götzis in Vorarlberg
- ▶ **Leopold Mayerhofer:** GR seit 1995 in Ruprechtshofen in NÖ
- ▶ **Mag. Wilhelm Molterer:** GR 1985-1987, Sierning in OÖ
- ▶ **Gabriel Obernosterer:** GR 1985-1997, Lesachtal in Kärnten
- ▶ **Walter Schopf:** GR seit 1997, Pregarten in OÖ
- ▶ **Dr. Wolfgang Spadiut:** GR seit 2000, Knittelfeld in der Steiermark
- ▶ **Mag. Ewald Stadler:** GR 1985-1996, GV 1990-1994 in Mäder in Vorarlberg
- ▶ **Ridi Steibl:** GR 1989-1990, Vasoldsberg in der Steiermark
- ▶ **Bernhard Vock:** GR 1990-2000 in Mödling NÖ
- ▶ **Hannes Weninger:** GR 1985-2005, Gießhübl in NÖ
- ▶ **Mag. Rainer Widmann:** GR seit 1991 in Freistadt in OÖ
- ▶ **Wolfgang Zanger:** GR seit 2005, Großlobming in der Steiermark

Wer ist denn nun neu in der Regierung?

In der Dezember-Ausgabe von KOMMUNAL haben wir offenbar mit dem Bericht über die neuen Gesichter in der Bundesregierung auf Seite 19 einige Verwirrung gestiftet. Die genannten drei Minister Rudolf Hundstorfer (Soziales), Niki Berlakovic (Landwirtschaft und Umwelt) und Maria Fekter (Inneres) sowie die Staatssekretäre Andreas Schieder und Reinhard Lopatka (beide im Finanzministerium) sind die neuen Regierungsmitglieder, mit denen die Gemeinden künftig am ehesten zu tun haben werden. Vizekanzler Josef Pröll oder Infrastrukturministerin Doris Bures gehörten schon der vergangenen Bundesregierung an und sind für die Gemeinden quasi „alte Bekannte“. Daneben gibt es aber natürlich auch andere Regierungsmitglieder, die gänzlich neu in der Regierung sind:

▶ **Michael Spindelegger, Äußeres:** Der Jurist war u.a. als außenpolitischer Sprecher der ÖVP sowie als Leiter der öst. Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates tätig.

▶ **Alois Stöger, Gesundheit:** Der gelernte Werkzeugmacher und Dreher absolvierte das Studium der sozialen Praxis und ist seit 2005 Obmann der OÖ Gebietskrankenkasse.

▶ **Gabriele Heinisch-Hosek, Frauen:** Die ausgebildete Lehrerin ist seit 2002 Bezirksfrauenvorsitzende der SPÖ Mödling sowie Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin der SPÖ.

▶ **Reinhold Mitterlehner, Wirtschaft:** Der Obmann des Parlamentarischen Wirtschaftsausschusses war u.a. als Generalsekretär des Wirtschaftsbundes in Wien tätig und ist seit 2000 stv. Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich.

▶ **Claudia Bandion-Ortner, Justiz:** Die Juristin, vielen durch die „BAWAG-Affäre“ bekannt, ist seit 1994 als Richterin am Landesgericht für Strafsachen in Wien tätig.

▶ **Josef Ostermayer, Staatssekretär im Bundeskanzleramt:** Nach seinem Jus-Studium war Ostermayer u.a. Kabinettschef im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.

Voller Einsatz für die Sicherheit von Familien und Gemeinden

Bestandsgarantie für Gemeinden und Familienentlastung kommt

Die neue Bundesregierung steht und Österreichs Zukunft und Platz in Europa wurde in den Regierungsverhandlungen dabei außer Streit gestellt: Es wird keine EU-Volksabstimmung für die Dauer der nächsten Legislaturperiode geben.

Mag. Othmar Karas

Das klare Bekenntnis zu Europa und die Verpflichtung der Bundesregierung zu einer intensiven Informations- und Kommunikationsarbeit über den Mehrwert unserer EU-Mitgliedschaft entspricht dem Verständnis, das wir als selbstbewusste Österreicher und Europäer auch haben und leben sollten. Es geht um Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Stabilität und Mitverantwortung. Die Bundesregierung bekennt sich uneingeschränkt zu Europa und zur aktiven Mitgestaltung in der Europäischen Union. Österreich wird ein starker und verlässlicher Partner in Europa bleiben. Ich bin auch sehr erfreut, dass sich viele der Positionen des ÖVP-Europaklubs, die ich im Interesse eines starken Österreich in einem erfolgreichen Europa in die Regierungsverhandlungen eingebracht hatte, im Regierungsübereinkommen voll wiederfinden.

So soll es für Gemeinden und Städte künftig eine Bestandsgarantie geben, die verfassungsgesetzliche Grundlage für die Bildung sogenannter Gebietsgemeinden entfällt. Stattdessen wollen die Koalitionspartner Gemeindeverbänden mehr Kompetenzen zusprechen und diese über Landesgrenzen hinweg ermöglichen. Beim Finanzausgleich strebt man durch die Reform der Finanzverfassung eine einheitliche Abgabenordnung an.

Ein großes Anliegen ist mir, als



Foto: © European Communities, 2009

Für Gemeinden und Städte soll es künftig eine Bestandsgarantie geben, die verfassungsgesetzliche Grundlage für die Bildung sogenannter Gebietsgemeinden entfällt. Stattdessen wollen die Koalitionspartner Gemeindeverbänden mehr Kompetenzen zusprechen und über Landesgrenzen hinweg ermöglichen.



MEP Mag. Othmar Karas ist Vizepräsident der EVP-ED Fraktion und Obmann des ÖVP-Europaklubs im Europäischen Parlament

Präsident des Österreichischen Hilfswerks, auch die Entlastung der österreichischen Familien in der Gesamthöhe von 500 Millionen Euro. Kinderbetreuungskosten bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes werden bis zu 2300 Euro pro Kind und Jahr absetzbar. Arbeitgeber können für die Betreuung der Kinder ihrer Dienstnehmer bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes 500 Euro pro Jahr bezahlen, ohne dass dies beim Dienstnehmer versteuert wird. Es wird ein Kinderfreibetrag in Höhe von 220 Euro eingeführt die der Kinderabsetz-

betrag von 610 auf 700 Euro erhöht.

Dazu kommt das kostenlose letzte Kindergartenjahr. Die Kinderbetreuung für unter Dreijährige wird erhöht und der Ausbau ganztägiger Betreuungsmöglichkeiten im Schulkinderbereich mit Sicherstellung regionaler Wahlmöglichkeit weiter geführt. Elternbildung, Familienberatung, außerschulische Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und generationenübergreifende Projekte werden ausgebaut und ein bundeseinheitlicher Standards für Kindergärten und die Jugendwohlfahrt erstellt. Gekrönt wird all das durch Einführung der 13. Familienbeihilfe.

Im Europäischen Parlament wurde ich Mitte Oktober zum Chefverhandler des Parlaments für die Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Eigenkapitalausstattung der Banken bestellt. Die Finanzmarktkrise erfordert eine Überarbeitung der europäischen Regelungen für Kapitalanforderungen und Risikomanagement ebenso wie eine Überarbeitung der Aufsichtsstrukturen, vor allem auf europäischer Ebene. Hier wird vor allem auf die unterschiedlichen Bankenstrukturen in der EU Rücksicht zu nehmen sein, vor allem auch im Hinblick auf den dezentralen Bankensektor.

Ganz wichtig ist es, in dem zu schnürenden Paket die Auswirkungen auf Klein- und Mittelbetriebe möglichst gering zu halten. Die KMU-Finanzierung darf nicht zusätzlich erschwert werden. Für die Kommunen wird es keine Verschlechterungen geben. Sollten Sie Fragen haben, so schreiben Sie mir an othmar.karas@parlament.gv.at oder besuchen Sie mich auf meiner Homepage:

www.othmar-karas.at

Österreichisch-tschechische Beziehungen: Geschichte lebendiger Zusammenarbeit

Bürgermeistertreffen 20 Jahre nach dem „Eisernen Vorhang“

2009 findet das österreichisch-tschechische Bürgermeistertreffen bereits zum vierten Mal statt. Das jährliche Treffen hat sich zum einem wichtigen Impulsgeber für die kommunale Kooperation zwischen Österreich und Tschechien entwickelt, an dem nicht mehr nur Partnergemeinden teilnehmen. KOMMUNAL blickt über die Grenze.

Dr. Margot Klestil-Löffler

Für viele kommunale Entscheidungsträger diesseits und jenseits der Grenze bietet die Bürgermeisterkonferenz ein Forum, um Erfahrungen auszutauschen, neue gemeinsame Projekte zu entwickeln oder ähnliche Probleme im kommunalen Bereich zu diskutieren.

Gelebte grenzüberschreitende kommunale Partnerschaft kann viele Gesichter haben. Tschechische und österreichische Feuerwehrmänner lernen zum Beispiel seit längerem die Sprache der Nachbarn, um im Notfall schneller miteinander arbeiten zu können.

Gemeinden diesseits und jenseits der Grenze haben oftmals mit den gleichen Herausforderungen zu kämpfen. Themen wie Abfallbeseitigung und Recycling, nachhaltiges Wirtschaften und Finanzierung von Kommunalprojekten, Energieeffizienz sowie Abwasserwirtschaft waren Themen der vergangenen Bürgermeistertreffen, die bereits in Budweis, Groß-Siegharts und Iglau stattgefunden haben. Bei allen Treffen gab es einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeindevertretern, aber auch mit Fachleuten und Wirtschaftsvertretern. Gelebte grenzüberschreitende kommunale Partnerschaft kann viele Gesichter haben. Tschechi-

sche und österreichische Feuerwehrmänner im Weinviertel und Südmähren lernen zum Beispiel seit längerem die Sprache der Nachbarn, um im Notfall schneller miteinander arbeiten zu können. Auslöser dieser Kooperation war ein Großbrand in einem grenznahen Einkaufszentrum, der einen grenzüberschreitenden Feuerwehreinsatz erforderte. Mit EU-Finanzierung konnte nun sogar ein eigenes Fachwörterbuch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erstellt werden, damit in Notfällen Hilfe nicht an der Grenze endet. Die kommunale Zusammenarbeit muss aber auch in einem größeren Kontext der Beziehungen der zwei Nachbarländer gesehen werden. 2009 ist für die österreichisch-tschechischen Beziehungen ein besonderes Erinnerungsjahr. Vor 20 Jahren wurde der „Eiserne Vorhang“ durchbrochen. Vielen werden die Bilder in lebendiger Erinnerung sein, als Außenminister Mock mit seinem Amtskollegen Jiří Dienstbier bei Laa an der Thaya den Grenzzaun durchschnitt. Damit wurden erst die kommunalen Partnerschaften, die wir heute erleben, möglich. Einen weiteren Impuls haben die Gemeindepartnerschaften durch den EU-Beitritt Tschechiens, die damit verbundenen Förderungen für die Grenzlandregionen und den Schengen-Beitritt unseres Nachbarlandes erhalten. Allerdings sind noch nicht alle

Grenzen überwunden und oft besteht diesseits und jenseits der Grenze noch Trennendes. Vorurteile, Nationalismus, Intoleranz und gegenseitige Ablehnung sind Phänomene, die nur durch den Mut vieler Partnergemeinden zur Zusammenarbeit abgebaut werden können. Oft wird nur durch das gegenseitige Kennenlernen und die gemeinsame Arbeit deutlich, dass sich die Menschen in Österreich und Tschechien viel näher sind als vermutet wird.

Denkmuster aufbrechen

Die niederösterreichische Landesausstellung widmet 2009 ihren Schwerpunkt der gemeinsamen Geschichte Tschechiens und Österreichs und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis. Sie ist die erste grenzüberschreitende Landesausstellung. Unter dem Titel „Österreich. Tschechien. geteilt – getrennt – vereint“ findet sie an zwei Standorten im nördlichen Niederösterreich (Raabs, Horn) und einem Standort in Telč im Kreis Vysočina statt. Ziel der Ausstellung ist es, Denkmuster aufzubrechen, Gemeinsamkeiten und Differenzen aufzuzeigen und den Besuchern die miteinander verwobene Geschichte beider Länder vor Augen zu führen.

Die Inhalte der Ausstellung werden partnerschaftlich von österreichischen und tschechischen Wissenschaftlern an allen drei Standorten gemeinsam erarbeitet. Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, der erst unlängst die Ausstellung zum 90. Republikgeburtstag im Parlament in Wien kuratierte, hat dabei die wissenschaftliche Leitung inne. Die Ausstellung wird auf Exponate aus staatlichen Archiven und



Dr. Margot Klestil-Löffler ist Botschafterin Österreichs in der Tschechischen Republik



Foto: eu2009.cz

Alexandr Vondra, stellvertretender Premierminister für europäische Angelegenheiten und Premier Mirek Topolánek präsentieren das Programm der tschechischen EU-Präsidentschaft.

In Telč werden die Beziehungen zwischen Österreich und Tschechien in Kunst und Kultur gezeigt. Über Musik, Literatur, bildende und darstellende Kunst bis zur Architektur soll ein möglichst umfassender, historischer und zeitgenössischer Einblick in das Kunstschaffen geboten werden.

2009 ist besonderes Jahr für Tschechien

Tschechien hat im ersten Halbjahr 2009 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Für die bilateralen Beziehungen ist 2009 damit ein besonderes Jahr, denn unser Nachbarland wird für ein halbes Jahr in der EU die Prioritäten setzen, die auch Österreich wichtig sind. Darüber hinaus



Ein voller Saal kennzeichnete das 3. österreichisch-tschechische Bürgermeistertreffen in Iglaue 2008.

Museen Österreichs sowie Tschechiens zurückgreifen, aber auch Exponate aus privaten Sammlungen und von Privatpersonen zeigen. Dazu wurde eigene eine zeitgeschichtliche Sammelaktionen gestartet. Das Interesse an dieser Sammelaktion war sehr groß: Weit über 1.000 Exponate von Fotos, Postkarten, Reisepässen, Ausweisen und alten Zeitungen bis hin zu persönlichen Erinnerungsstücken von Flüchtlingen aus den Jahren 1945 und 1968 wurden von der Bevölkerung angeboten. Damit wird deutlich, dass die gemeinsame Geschichte bei vielen Menschen wach ist und viele Ereignisse immer noch auf-rütteln.

Am Standort Horn wird die gemeinsame Geschichte Österreichs und Tschechiens themati-



Teilnehmer des 3. österreichisch-tschechischen Bürgermeistertreffens 2008 waren unter anderen Dkfm. Dr. Nikolaus Seiwald von der Außenhandelsstelle Prag, Bgm. Herbert Nowohradsky, 2. Präsident des niederösterreichischen Landtages, Botschafterin Dr. Margot Klestil-Löffler, Ing. Oldřich Vlasák vom tschechischen Städte- und Gemeindebund, Angela Orthner, 1. Präsidentin des oberösterreichischen Landtages, Bgm. a. D. Anton Koczur vom österr. Gemeindebund und Ing. Jaroslav Vymazal, Oberbürgermeister von Iglaue.

siert, beginnend von der Monarchie über die getrennten Wege nach 1918, die Schrecken der NS-Zeit, den „Kalten Krieg“, den „Prager Frühling“ 1968 bis zur gemeinsamen Mitgliedschaft beider Länder in der EU.

In Raabs steht die Grenze an sich im Mittelpunkt. Dabei wird die Grenze in der Natur, aber auch in den Köpfen thematisiert.

Vorurteile, Nationalismus, Intoleranz und gegenseitige Ablehnung sind Phänomene, die nur durch den Mut vieler Partnergemeinden zur Zusammenarbeit abgebaut werden können.

lassen das Bürgermeistertreffen und die niederösterreichische Landesausstellung hoffen, dass sich die Nachbarländer Österreich und Tschechien über diese Ereignisse weiter besser kennenlernen und viele neue Projekte zur Zusammenarbeit entstehen.

Fact-Box

4. Treffen österreichischer und tschechischer Partnergemeinden und -städte

Zeitpunkt:

Dienstag, 23. Juni 2009

Ort: Raabs an der Thaya (NÖ)

Thema: Die wirtschaftliche Entwicklung im Grenzgebiet nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit Themenschwerpunkten Energieversorgung und Umweltschutz (Alternativenergien, Deponierung usw.)

Niederösterreichische Landesausstellung

„Österreich. Tschechien. geteilt – getrennt – vereint“

Zeitraum:

18. April bis 1. November 2009

Orte: Raabs, Horn, Telč



Von 14. bis 16. Mai 2009 findet die nächste Fach- und Bildungsreise des Österreichischen Gemeindebundes statt, die diesmal in die tschechische Hauptstadt Prag führt. Melden Sie sich schon jetzt an, es erwartet Sie ein hochkarätiges kommunales Programm.

Fach- und Bildungsreise nach Prag

Die Goldene Stadt an der Moldau ruft

Vom 14. bis 16. Mai 2009 können Österreichs Bürgermeister/innen – gemeinsam mit Spitzenvertretern des Gemeindebundes – auf eine Fach- und Bildungsreise in die tschechische Hauptstadt Prag reisen. „Das wird die insgesamt fünfte Bürgermeisterreise des Gemeindebundes in eine europäische Hauptstadt“, erklärt Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. Die bisherigen Reisen führten nach Berlin, Lissabon, Laibach und Paris, nun ist Prag an der Reihe, weil Tschechien im ersten Halbjahr 2009 die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Im zweiten Halbjahr 2009 wird die Reise nach Malmö (Schweden) führen.

„Wir waren vom Erfolg dieser Reisen sehr überrascht. Das Programm bietet bei jeder Reise Treffen mit hochkarätigen bundes- und kommunalpolitischen Vertretern des jeweiligen Landes, das scheint den Bürgermeistern zu gefallen“, so Hink. Auch die Kosten für die Reise sind mit 580 Euro (110 Euro Einzelzimmerzuschlag) moderat. Bei den Quartieren handelt

es sich um 4-Stern-Hotels und das kommunale und politische Programm ist – ebenso wie das touristische Programm – sehr hochwertig.

An der Prag-Reise wird – wie auch schon bei den Europa-Reisen davor – das gesamte Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes, also auch alle Landespräsidenten, teilnehmen. Alle Kommunalvertreter/innen können sich für diese Fach- und Bildungsreise bei Petra Stossier unter der E-Mail-Adresse petra.stossier@gemeindebund.gv.at anmelden.

Bitte beachten Sie, dass die Anmeldung bis spätestens 29. Jänner 2009 möglich ist.

Als kommunale Fach- und Informationsreise des Österreichischen Gemeindebundes können laut Auskunft der Aufsichtsbehörden diese Reisekosten für kommunale Bedienstete und Funktionäre teilweise oder zur Gänze auch von der Gemeinde übernommen werden. In jedem Fall können diese Kosten als Bildungsaufwand steuerlich abgesetzt werden.



Mag. Danila Fraiss

Auf folgende Änderungen soll an dieser Stelle nochmals hingewiesen werden: Der neue Programmleitfaden enthält detailliertere Angaben zur Bewertung der eingereichten Projekte und versucht, gewisse Anforderungen an die Antragsteller besser zu formulieren.

Aus dem Projektantrag sollte hervorgehen, dass ein Großteil der kommunalen Gemeinschaft in Planung und Umsetzung des Partnerschaftstreffens eingebunden ist. Das heißt, es sollte sich nicht nur um ein von Gemeindefunktionären organisiertes Treffen handeln, stattdessen sollten Vereine, Schulen, Gastfamilien, Freiwillige etc. aktiv in Gestaltung, Vorbereitung und Ausföhrung des Treffens eingebunden sein, was auch im Antrag ersichtlich sein muss.

Keine Mehrheit kommunaler Entscheidungsträger

Hieß es im früheren Leitfaden, die Mehrheit der Teilnehmer dürften keine kommunalen Entscheidungsträger sein, so ist dieses Kriterium nun deutlicher formuliert: Lokalpolitiker und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung dürfen höchstens die Hälfte der Teilnehmer ausmachen.

Nicht ganz nachvollziehbar wird nun verlangt, dass die Aktivitäten des Partnerschaftstreffens in der antragstellenden Gemeinde stattfinden müssen.

Das Punktesystem zur Projektbewertung durch die zuständige Agentur wird erstmals transparent. 80 Prozent der Bonuspunkte entfallen auf qualitative Kriterien. 25 Prozent davon werden für die Ausrichtung an den allgemeinen Zielen und (jährlichen) Prioritäten des Projekts vergeben, 25 Prozent für die Programmgestaltung, aus



Anträge dürfen nicht handschriftlich eingereicht werden, der Programmleitfaden weist überdies darauf hin, dass die von den Gemeinden im Antrag gelieferten Informationen die einzige Entscheidungsbasis für die zuständigen Beamten darstellt.

Anforderungen an die Antragsteller wurden präzisiert

Neuer Programmleitfaden soll Unklarheiten beseitigen

Als Ergänzung zum Artikel zum EU-Gemeindepartnerschaftsprogramm in KOMMUNAL 12/2008 ist mitzuteilen, dass eine neue Version des Programmleitfadens mittlerweile vorliegt und auf der Homepage der zuständigen Agentur abgerufen werden kann. Damit sollten doch einige Unklarheiten beseitigt werden.

welcher gut ersichtlich sein muss, wie und mit welchen Mitteln die allgemeinen Ziele der Begegnung umgesetzt werden (z.B. Wahl der Aktivitäten gemäß der Altersstruktur der Teilnehmer, aktive Teilnahme der Gäste und Einheimischen, europäische Dimension des Programms), 15 Prozent für die nachhaltigen Auswirkungen des Projekts auf Teilnehmer und Multiplikatoren, d.h. etwa Steigerung des EU-Wissens sowie 15

Aus dem Projektantrag sollte hervorgehen, dass ein Großteil der kommunalen Gemeinschaft in Planung und Umsetzung des Partnerschaftstreffens eingebunden ist – was bedeutet, dass es sich nicht um ein Funktionärstreffen handeln sollte.

Prozent für die Außenwirkung des Projekts und weitere damit verbundene Aktivitäten und Vorhaben.

Im Vergleich dazu fallen quantitative Kriterien bei der Bewertung nur unwesentlich ins Gewicht. Mit zehn Prozent werden die Zahl der teilnehmenden Länder, Erstanträge und die Teilnahme neuer Mitgliedstaaten bewertet, weitere zehn Prozent entfallen auf die Gesamtteilnehmerzahl und deren ausgewogene Zusammensetzung sowie auf die Beteiligung von Jugendlichen.

Anträge dürfen nicht handschriftlich eingereicht werden, der Programmleitfaden weist überdies darauf hin, dass die von den Gemeinden im Antrag gelieferten Informationen die einzige Entscheidungsbasis für die zuständigen Beamten darstellt. Deshalb zahlt es sich aus, etwas mehr Zeit zu investieren und manches überdeutlich darzustellen, mündlichen Interventionen im Nachhinein ist leider kein Erfolg beschieden.



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

Brüsseler Personalia

Erwin Wetzel ist Karenzvertretung

Mit Anfang Jänner trat Mag. Erwin Wetzel seinen Dienst im Brüsseler Gemeindebundbüro an, wo er Mag. Daniela Fraiß bis März 2010 unterstützen und vertreten wird. Mag. Wetzel wird als Karenzvertretung die laufenden Agenden des Brüsseler Büros weiterführen. Mag. Wetzel, der an der Uni Innsbruck und am College d'Europe in Brügge studierte, verfügt bereits über Erfahrung im EU-Parlament und der Europäischen Kommission und absolvierte Praktika in den Europaabteilungen Tirols und Salzburgs.



Erwin Wetzel

Avenue de Cortenbergh 30,
B-1040 Brüssel
Tel.: 0032-2-282 0680
oegemeindebund@skynet.be

Umweltminister Niki Berlakovich eröffnete Wiener Ferienmesse

Österreichs kulinarische Tradition als Feinkostladen in Europa

800 Aussteller aus 70 Ländern präsentierten ihre Urlaubsangebote auf der Wiener Ferienmesse. „Österreich kann und muss seine Position als Fremdenverkehrsland festigen. Wir haben ein reichhaltiges Angebot aus faszinierenden Landschaften, sauberen Seen und Flüssen und eine Jahrhunderte alte kulinarische Tradition, die unser Land zum Feinkostladen macht.“ Das erklärte Umweltminister Niki Berlakovich bei der Eröffnung.

Österreich gehört weltweit zu den beliebtesten Urlaubsländern. 2007 waren erstmals über 31 Millionen Gäste im Land. Das vorläufige Ergebnis für 2008 ist deutlich positiv. Ein Nächtigungsplus von 3,8 Prozent konnte verzeichnet werden. Verantwortlich für diese positive Entwicklung ist neben der gepflegten Landschaft und der Freundlichkeit der Menschen vor allem das kulinarisch hochwertige Angebot. Für immerhin 35,4 Prozent der Urlaubsgäste zählt der Genuss landestypischer Speisen und Getränke zu den beliebtesten Urlaubsaktivitäten, führte Minister Berlakovich aus.

Mit der Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH trägt das Lebensministerium diesem Trend voll Rechnung. 113 Genussregionen bieten typische re-

Der Tourismus ist von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen, trägt aber mit vier bis neun Prozent der Treibhausgasemissionen selbst wesentlich zum Klimawandel bei.

gionale Spezialitäten von Fisch, Rind- und Schweinefleisch, Wild, Käse, Gemüse und Obst, bis zu Kräutern und Honig. Damit sich die Genussregionen optimal entwickeln können, gibt es ein maßgeschneidertes touristi-



Minister Berlakovich und Wiens Bürgermeister Michael Häupl auf dem Weg zur Eröffnung der Wiener Ferienmesse 2009.

sches Angebot von Genuss-Reisen, Genuss-Festen und Genuss-Paketen. Für das unmittelbare Genuss-Erlebnis sorgen mittlerweile über 800 Genussregion Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe.

Um dieses kulinarische Reiseangebot insbesondere auf dem bundesdeutschen Markt zu platzieren, haben die Österreichwerbung und GENUSS REGION ÖSTERREICH eine Kooperation für die nächsten drei Jahre vereinbart, betonte Berlakovich. Eine weitere Erfolgsstory im heimischen Tourismus ist Urlaub am Bauernhof. 15.473 Betriebe gehören zu dieser Angebots-

gruppe. Das bedeutet, dass jedes siebente Gästebett in Österreich auf einem Bauernhof angeboten wird. Die Gründe für diesen Erfolg sind das gute Preis-Leistungsverhältnis und die unmittelbare Einbettung in die schöne Kulturlandschaft sowie der direkte Kontakt zu den Tieren am Bauernhof. Urlaub am Bauernhof wird vom Lebensministerium durch Qualifizierungsmaßnahmen wie Fremdsprachenkurse gefördert.

Der Tourismus ist von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen, trägt aber mit vier bis neun Prozent der Treibhausgasemissionen selbst wesentlich zum Klimawandel bei. Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sind daher in den letzten Jahren auch in der Reisebranche zum Thema geworden. Immer mehr Gäste legen heute Wert auf einen klima- und umweltfreundlichen Urlaub. Damit Österreich auch in Zukunft ein attraktives Urlaubsland mit intakter Natur und gepflegter Landschaft bleibt, hat das Lebensministerium ein Beratungs- und Förderpaket für sanfte Mobilität im Tourismus geschnürt. Die Initiative klima: aktiv bietet Beratung und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung und Vermarktung klimafreundlicher Verkehrsangebote. Über 30 Partnerbetriebe sparen heute mit ihren Projekten bereits rund 25.000 Tonnen CO₂ ein.

Sie leisten, wie die 200 Tourismusbetriebe, die das Österreichische Umweltzeichen tragen und mit 19.000 Betten das umweltfreundliche Tourismusangebot in Österreich kompletieren, einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Entwicklung im österreichischen Tourismus.



Landwirtschaftsminister Berlakovich gibt Schwerpunkte für 2009 vor

Gütesiegel und Bioenergie Themen des Jahres

„2009 ist aufgrund der Wirtschaftskrise auch für die österreichischen Bäuerinnen und Bauern ein sehr schwieriges Jahr. Wir können diese schwere Zeit jedoch gleichzeitig auch als Chance sehen, um wichtige Weichenstellungen

Die Gütezeichen-Verordnung läuft heuer aus, hier bedarf es dringend einer Nachfolgeregelung, die für die KonsumentInnen auch weiterhin Sicherheit und Information bietet.

gen für die Zukunft treffen zu können. Klar ist, dass die Budgetverhandlungen nicht leicht werden. Wir müssen aber die Dinge sicherstellen, die für die österreichische Landwirtschaft unerlässlich sind“, erklärte Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich anlässlich der Grünen Woche in Berlin.

2009 stehen bei der Lebensmittelkennzeichnung eine Reihe von wichtigen Entscheidungen und Themen auf der Agenda: Die Gütezeichen-Verordnung läuft heuer aus, hier bedarf es dringend einer Nachfolgeregelung, die für die KonsumentInnen auch weiterhin Sicherheit und Information bietet. Die bestehenden Gütesiegel müs-

sen verstärkt ausgebaut werden. Auch auf EU Ebene gibt es in diesem Bereich einiges zu tun: Die Europäische Kommission erarbeitet derzeit ein Grünbuch zur Qualität der Agrarerzeugnisse mit wichtigen Fragestellungen unter anderem zu den Themen KonsumentInneninformation oder Kennzeichnung von Lebensmitteln. Analog zum EU-weit geregelten System der Herkunftsbezeichnung bei Rindfleisch, fordert Österreich eine entsprechende Herkunftsbezeichnung auch bei Schweinefleisch.

Als letzten Punkt nannte der Minister die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013. Die Diskussion wird auf EU-Ebene intensiv beginnen, Österreich wird sich dabei mit klaren Positionen offensiv einbringen.

Ein wichtiges Thema dabei ist neben Wettbewerbsfähigkeit und die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft auch das Thema Bioenergie. Österreich hat bereits jetzt eine Vorreiterrolle im Bereich Biomasse, diese gilt es auszubauen. Im Energiemasterplan der Bundesregierung wird die Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft eine wichtige Rolle spielen – ebenso wie erneuerbare Energien, wobei die Potenziale für Solarenergie und Windkraft noch weitgehend ungenutzt sind. „Ziel muss es sein, in den Regionen vorhandene Ressourcen optimal zu nutzen und damit in Richtung energieautarke Regionen zu gehen“, so Berlakovich abschließend.

Ziel muss es sein, in den Regionen vorhandene Ressourcen optimal zu nutzen und damit in Richtung energieautarke Regionen zu gehen.

Minister Niki Berlakovich auf der Grünen Woche in Berlin



EU-Arbeitsbesuch

Kommissarin Mariann Fischer-Boel in Wien

Konstruktive Gespräche über die Zukunft der österreichischen Bäuerinnen und Bauern. Bei einem zweitägigen Arbeitsbesuch

der EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel in Österreich (Bild) ging es neben Themen wie der

Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 und den Anliegen der heimischen Milchbauern auch um Energieversorgung und -unabhängigkeit.



Foto: pressefotos.at/Hautzinger

Wildbach- und Lawinenverbauung: 125. Geburtstag

Schutz seit jeher im Vordergrund

„Seit jeher steht der Schutz der Menschen und der Siedlungsräume im Vordergrund. Ein wichtiger regionaler Schwerpunkt ist das Land Salzburg. 2008 wurden 25 Millionen Euro für Schutzmaßnahmen im Land Salzburg investiert, das sind um drei Millionen Euro mehr als im Jahr 2007 und entspricht einem Fünftel der gesamten Bundesmittel“, so Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich anlässlich der Besichtigung am Zinkenbach in der Gemeinde Strobl. Die Wildbach- und Lawinenverbauung ist auch ein Wirtschaftsfaktor: 2006 wurden 118 Millionen eingesetzt. Aus Studi-

en geht hervor, dass durch die Wildbach- und Lawinenverbauung eine jährliche Bruttowertschöpfung von 190 Millionen Euro ausgeht und dadurch 2.100 Arbeitsplätze gesichert werden.



Foto: Franz Neumayr

Thomas Fischer und Leonhard Kirmplstätter (Salzburger Wildbachverbauung), BM Nikolaus Berlakovich, Landesrat Sepp Eisl und Rudolf Schmidt (Lawinenverbauung).

Das Audit familienfreundliche Gemeinde

Gütesiegel für Familienfreundlichkeit

Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist eine praktikable Möglichkeit für die Gemeinden, ihre Familienfreundlichkeit bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Die Gemeindebürger/innen aller Generationen werden dabei aktiv eingebunden.



Das Audit familienfreundliche Gemeinde bringt Jung und Alt zusammen.

Was leistet das Audit familienfreundliche Gemeinde?

Es unterstützt die Gemeinde bei der systematischen Überprüfung der Familien- und Generationenfreundlichkeit des „Lebensraums Gemeinde“ und gewährleistet die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Nachhaltigkeit. Es fördert die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde als Lebensraum aller Generationen.

Die Gemeinden werden für ihre Familienfreundlichkeit von der Republik Österreich mit dem Gütesiegel „Audit familienfreundliche Gemeinde“ ausgezeichnet.

Was hat die Gemeinde davon?

Eine umfassende und objektive Darstellung, was die eigene Gemeinde alles für Kinder, Familien und die ältere Generation tut, wird in einem ersten Workshop festgestellt.

Auf Basis der Ausgangssituation werden familien- und kinderfreundliche Maßnahmen unter aktiver Beteiligung aller Genera-

tionen gezielt weiterentwickelt. Die Umsetzung der neuen familien- und kinderfreundlichen Maßnahmen trägt wesentlich dazu bei, dass sich Familien mit Kindern in der Gemeinde ansiedeln und in der Gemeinde bleiben; Ansiedelung statt Abwanderung! Das erhöht auch die Attraktivität der Gemeinde als Wirtschaftsstandort.

Was sind die ersten Schritte zum Audit?

In allen Bundesländern werden so genannte „Auditseminare“ abgehalten. Diese kostenlosen Informationsveranstaltungen für Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden bieten einen detaillierten Überblick der Leistungen des Audits und sind der erste wichtige Schritt in Richtung einer familienfreundlicheren Gemeinde. Die Teilnahme verpflichtet nicht dazu, das Audit in der Gemeinde wirklich durchzuführen sondern gibt den Teilnehmer/innen die Möglichkeit durch die Vorträge und Workshops die Arbeitsweise, wie sie

im Auditprozess stattfinden wird, kennenzulernen, um diese in der Gemeinde entsprechend präsentieren zu können.

Fact-Box

Auditseminare

Die aktuellen Termine finden Sie unter

www.familienallianz.at

Bei diesen kostenlosen Informationsveranstaltungen können Sie alle Details zum Ablauf, den Kosten und allen weiteren Fragen rund um das Audit erfahren.

Kontakt

Familie & Beruf
Management GmbH
Franz-Josefs-Kai 51/8
1010 Wien
office@familienallianz.at
Web: www.familienallianz.at

Projekt zur Förderung des natürlichen Bewegungsdranges von Kindern

Bewegung ist Leben

Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO entwickelt sich Übergewicht als Folge von falscher Ernährung und mangelnder Bewegung zu einer Epidemie des 21. Jahrhunderts. Das Projekt „Bewegung ist Leben“ setzte sich zum Ziel, Kindergartenkindern die Freude an der Bewegung zu vermitteln und ihre motorischen Fähigkeiten zu fördern.

„Die Idee, etwas gegen die Zivilisationserscheinung Bewegungsarmut in den Kindergärten zu tun, ging mir bereits seit geraumer Zeit durch den Kopf, doch die Umsetzung gestaltete sich aufgrund mangelnder Kooperationspartner als sehr schwierig. In Zusammenarbeit mit Ute Ülshofer vom ASVÖ Tirol gelang es uns schließlich, neben dem ASVÖ den Fonds Gesundes Österreich als Förderpartner zu gewinnen und das Projekt zu starten“, erläutert Projektleiterin Dr. Christina Ritter, die ihr Studium der Sonder- und Heilpädagogik mit Sportwissenschaften/Prävention-Rekreation kombiniert und in ihrer Arbeit als Heilpädagogin immer schon stark den motorischen Bereich fokussiert hatte. Ein weiterer Gedanke war, auch die Eltern zu motivieren, indem man ihnen Gelegenheit gab, die Bewegungsstunden zu besuchen und aktiv mitzumachen.



In den Bewegungsstunden lernten die Kinder auf spielerische Weise, aufeinander Acht zu geben, sich gegenseitig zu unterstützen bzw. auch mal geduldig zu sein und auf andere zu warten.

Projektstruktur

Im September 2007 startete das auf ein Jahr angelegte Projekt mit einem Elterninformationsabend und einer Austestung der Kinder hinsichtlich dem Stand ihrer motorischen Fähigkeiten. Drei Tiroler Kindergärten waren am Projekt beteiligt und reservierten jeweils zwei Wochenstunden für das abwechslungsreiche Bewegungsprogramm, welches in enger Zusammenarbeit mit den Kindergartenpädagoginnen abgehalten wurde. Die Projektstruktur war in drei Teile gegliedert, jeweils nach Beendigung eines Teilab-

schnitts wurden Schwerpunktstunden wie „in den Gummistiefeln meiner Eltern“ oder „Piraten-schiff“ gesetzt. Im Mittelpunkt stand die Förderung der Kreativität und Phantasie der Kinder. Durch die Arbeit im offenen Bewegungsunterricht wurde den Kindern nichts vorge-schrieben, sondern angeboten. Aspekte der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins, der realistischen Selbsteinschätzung, der Eigenverantwortlichkeit, der Verbesserung der Kontakt- und Kooperationsfähigkeit, der Toleranz und der Rücksichtnahme konnten somit verstärkt ins Auge gefasst werden.

Evaluation

Im Juni erfolgte eine Schlusstestung, deren Ergebnisse im Rahmen eines abschließenden Elternabends präsentiert wurden. Zu den drei aktiv teilnehmenden Kindergärten stand ein Referenzkindergarten zum direkten Vergleich zur Verfügung. Die Ergebnisse zeigten eine signifikante Verbesserung der Beweglichkeit der Kinder in beinahe allen überprüften Bereichen. „Durch wiederholte Einheiten an ähnlichen Stationen, durch wiederkehrende Übungen, welche motorische Abläufe festigten, sind ängstlichere und gehemmte Kinder bewegungsfreudiger und mutiger geworden. Die Kinder bauten ihr Vertrauen zu sich selbst immer mehr auf und konnten schließlich sich selbst und die Situation besser einschätzen. Gemeinsam wurde versucht, Ängste abzubauen und so konnten wir die Schwierigkeitsgrade der Bewegungsanforderungen stetig steigern. Zudem wurde von den Kindergartenpädagoginnen immer wieder erwähnt, wie sehr sich der soziale Umgang untereinander verbessert habe“, beschreibt Dr. Christina Ritter die Ergebnisse von „Bewegung ist Leben“. Im Frühjahr 2009 erscheint eine komplette Beschreibung des Projekts in Buchform, welche sich im Sinne einer Übungssammlung an all jene richtet, die sich privat oder beruflich mit dem Thema Kinder und Bewegung auseinandersetzen.

Kontakt

ASVÖ Tirol
Dr. Christina Ritter
Projektleiterin
Tel: 0664/4935983
tina.ritter@aon.at
www.asvoe.at

Energieeffizientes Bauen: Best-Practice im Ländle

Ludesch trumpft auf

Das brandneue Gemeindezentrum in Ludesch – ein reiner Holzbau aus heimischer Weißtanne in Passivhausqualität – zeichnet sich durch die Umsetzung höchster bauökologischer Ansprüche aus. Das multifunktionale Gebäude, in dem neben dem Gemeindeamt auch öffentliche Einrichtungen wie Bücherei, Poststelle, Spielgruppe, Geschäfts- und Büroflächen untergebracht sind, wurde nach dem „Ökoleitfaden Bau“ des Umweltverbandes

Vorarlberg errichtet. Die Dämmung erfolgte mit Zellulose und Schafwolle und es wurde auf PVC, lösemittel- und weichmacherhaltige Farben, Anstriche, Lacke und Kleber sowie auf HFKWs und formaldehydhaltige Werkstoffe verzichtet. Mit dem Projekt „Gemeindezentrum Ludesch“ konnten für die Planung und Realisierung von Wohn- und Bürogebäuden richtungsweisende Schritte hinsichtlich ökoeffizientem Bauen und einer nachhaltigen Wirt-



Das Gemeindezentrum der Vorarlberger Gemeinde

Ludesch gilt als Musterprojekt für engagiertes ökologisches Bauen.

schaftsweise in Österreich erfolgreich demonstriert werden. Die Kosten für den

Neubau werden mit rund 5,8 Millionen Euro beziffert.

Gemeindekooperation: Zusammenarbeit für die Entwicklung von Gewerbestandorten

Zukunftsraum Eferding aus der Taufe gehoben

EFERDING

Vier oberösterreichische Gemeinden haben sich zu einer oberösterreichweiten einzigartigen Kooperation zusammengeschlossen: Die Kommunalsteuereinnahmen aus allen künftigen Betriebsansiedlungen werden nach einem festgelegten Schlüssel auf die vier Gemeinden aufgeteilt. Die Gemeinden Eferding, Fraham, Hinzenbach und Popping haben sich dazu unter dem Namen „Zukunftsraum Eferding“



Vier Gemeinden arbeiten bei Betriebsansiedlungen zusammen.

zusammengefunden.

Die Vereinbarung, die mit 1. Jänner 2009 in Kraft trat, umfasst alle Betriebsbaugebiete.

Ziel ist es unter anderem, neue Betriebe anzusiedeln und bestehende zu halten. Dabei soll nicht entscheidend sein, in welcher Gemeinde das Grundstück für eine Betriebsansiedlung liegt, sondern einzig der aus der Sicht des Unternehmens ideale Standort.

Hochwasserschutz

18 Millionen für Ybbs an der Donau

In Hochwasserschutzmaßnahmen für die Stadtgemeinde Ybbs an der Donau in NÖ werden 18 Millionen Euro investiert.

Das Land unterstützt das Projekt mit einem Förderanteil von 6,75 Millionen Euro. Ab 2010 sollen dadurch etwa 765 Wohngebäude, fünf Hektar Betriebsfläche, etliche Fremdenverkehrsbetriebe sowie eine Reihe Einrichtungen im Gemeindegebiet geschützt werden.

e-Government: Deutscher Preis geht an BMF-Projekt

Innovationspreis für Finanzministerium

Beim 8. deutschen e-Government-Wettbewerb konnte sich die vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) entwickelte Wissensmanagement-Lösung „DYONIPUS Use Case BMF“ in der Kategorie „Innovativste E-Government-Anwendung“ als Sieger durchsetzen.

DYONIPUS mindert den Arbeitsaufwand enorm, weil es während des Arbeitsprozesses den Aufbau einer Wissensbasis generiert, in der ein intelligenter elektronischer Assistent selbstständig nach Dokumenten, Webseiten oder Kollegen sucht.

Wasser: Bewusstsein von Jugendlichen stärken

Trinkbrunnen in Schulen errichtet

Auf Initiative von Generation Blue in Kooperation mit claro soll in jedem Bundesland ein Schulbrunnen installiert werden. Mit dem Projekt „Trinkbrunnen für unsere Jugend“ wird das Wasser- und Umweltbewusstsein mit einem deutlichen Zeichen für unsere Kinder

und Jugendliche unterstützt und angeregt. Die Trinkbrunnen sollen einen neuen, bewussten Ort der Kommunikation in der Schule darstellen und auf die Bedeutung des Wassers hinweisen. Die Aktion wird in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Energie: Treibstoff aus dem Wald: die erste Methanisierungsanlage der Welt

Energie-Revolution in Güssing

Kurz vor dem Jahreswechsel gelang es einem österreichisch-schweizerischem Team erstmals, synthetisches Erdgas (SNG) aus Holz zu gewinnen. „Das Revolutionäre an unserem Verfahren ist, dass gleichzeitig Strom, Wärme und Treibstoffe erzeugt werden können“, erklärt Christian Keglovits vom Europäischen Zentrum für erneuerbare Energie Güssing (EEE) gegenüber der „Wiener Zeitung“. Und so funktioniert es: Das Ausgangsmaterial sind Holz-Hackschnitzel. Diese werden auf 900 Grad erhitzt und so vergast – es entsteht Holzgas. Das passiert in einem Biomassekraftwerk in Güssing, das die burgenländische Gemeinde dabei gleich mit



Foto: EEE

Aus Hackschnitzeln wird synthetische Energie: In Güssing steht die revolutionäre Anlage.

Strom und Fernwärme versorgt. Dieses Holzgas wird dann in der ersten Methanisierungsanlage der Welt in synthetisches Gas umgewandelt. Das Endprodukt dieses Prozesses enthält 96 Prozent Methan. Methan ist brennbar – eine wichtige Eigenschaft, um es in Moto-

ren oder auch für einen Gasherdd verwenden zu können. Die Anlage in Güssing dient (noch) zu Demonstrationszwecken, ab April soll aber eine Tankstelle in Betrieb gehen, bei der erdgasbetriebene Autos zu Versuchszwecken betankt werden.

Klimaschutz: Lehrgang

Kommunale Klima-Experten

Aufgrund der großen Nachfrage wird der Lehrgang zur Ausbildung von kommunalen Klimaschutz-ExpertInnen von April bis Oktober 2009 zum vierten Mal stattfinden. Anmeldeschluss ist der 16. März 2009. Weitere Infos zum Lehrgang auf www.klimabuendnis.at

Abfallwirtschaft: Zehn Jahre thermische Verwertung

Jubiläum in Lenzing (OÖ)

Auch nach 10 Jahren gilt die Reststoffverwertung Lenzing (RVL) nach wie vor als Modellanlage für moderne und nachhaltige Abfallentsorgung. Nicht nur, weil dadurch Deponieflächen und damit Methanemissionen reduziert wurden, sondern auch, weil die bei der Verbrennung frei-

werdende Energie als Prozesswärme von einem industriellen Abnehmer, der Lenzing AG, genutzt wird. In Lenzing wird pro Jahr soviel Energie erzeugt, wie bei der Verfeuerung von 70 Millionen m³ Erdgas. Diese Erdgasmenge entspricht dem Verbrauch von mehr als 40.000 Haushalten.

Verkehrssicherheit: Best-Practice-Beispiele gekürt

Gemeinden profitieren von Gemeinden

Im Rahmen des Projektes „Best Practice – Verkehrssichere Gemeinden“ haben zahlreiche österreichische Gemeinden von April bis Juni 2008 ihre Verkehrssicherheitsmaßnahmen und -aktionen vorgestellt. 30 der insgesamt 77 eingereichten Maßnahmen wurden nun

zu „Best Practice Verkehrssicherheitsmaßnahmen“ gekürt. Um auch anderen Gemeinden neue Ideen und Umsetzungsmöglichkeiten in diesem Bereich aufzuzeigen, sind diese Maßnahmen und Aktionen ab sofort auf www.kommunalnet.at abrufbar.

Kommunalkredit

Neuer Chef des Aufsichtsrats

Im Rahmen des Eigentümerwechsels der Kommunalkredit kam es auch zu personellen Änderungen im Aufsichtsrat. So wurde u.a. Dr. Klaus Liebscher zum Aufsichtsratsvorsitzenden ernannt. Mehr auf www.kommunalkredit.at

ÖWAV-Termin

Vergaberecht und Antikorruption

Der ÖWAV veranstaltet am 11. März 2009 eine Tagung zum Thema „Vergaberecht und Antikorruptionsregeln für die Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft“. Das Seminar, veranstaltet von Rechtsanwalt MMag. Dr. Claus Casati in Kooperation mit dem VÖEB, dem Österreichischen Gemeindebund und dem Städtebund, richtet sich an Praktiker und Interessierte im Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft. Schwerpunkte sind das neue Antikorruptionsgesetz und die Umsetzung von Antikorruptionsmaßnahmen in der Praxis. Ausgewählte Entscheidungen der jüngeren Rechtsprechung, sowie die Novelle zum Bundesvergabegesetz 2009, aktuelle vergaberechtliche Fragestellungen der Praxis, der EU und Fallbeispiele aus der Praxis. Abgerundet wird die Veranstaltung durch die Anforderungen an Auftragsvergaben zur Erlangung von Umweltförderungen. www.oewav.at

Verwaltung: Wettbewerb

„European Public Sector Award“

Besonders moderne, innovative Verwaltungseinheiten können sich nun wieder mit Verwaltungsakteuren anderer europäischer Länder messen. Zum zweiten Mal wird im November 2009 der European Public Sector Award vergeben. Projekte können bis 20. März in vier Kategorien eingereicht werden. Nähere Infos zur Auszeichnung und Anmeldung auf www.epsa2009.eu

Fehlende Lehrstellen: Gemeinden müssen in die Bresche springen

Zukunft für Jugendliche

Ein neues Jahr, ein altes Bild: Für tausende Jugendliche hat das Jahr 2009 mit einer kaum lösbaren Aufgabe begonnen. Sie suchen vergeblich nach einer Lehrstelle. Jetzt müssen noch mehr Gemeinden einspringen. Und Jugendliche ausbilden.



Garantie für die Zukunft: Eine qualitativ möglichst hohe Ausbildung für Österreichs Lehrlinge.

Da nutzt alles Schieben nichts: Exakt 5.305 Jugendliche drängten sich auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz Ende Dezember 2008 um gerade einmal 2.827 offene Lehrstellen. Das Minus des Vorjahrs ist damit weiter angeschwollen: Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz stieg laut offiziellen Zahlen des AMS im Jahresvergleich um 11,2 Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl der offenen Lehrstellen um 0,1 Prozent zurück.

Die in Schulung sieht man nicht

Nicht berücksichtigt sind bei diesen Berechnungen weitere tausende Teenager, die statt in eine Lehre in einen Kurs oder eine Weiterbildungsmaßnahme vermittelt worden sind. Keine kleine Zahl: Mitte vergangenen Jahres wurden so mehr als 5.300 Jugendliche elegant an der Statistik vorbei geschleust. „Angesichts dieser Zahlen müssen noch mehr Gemeinden in die Bresche springen und Jugendliche ausbilden“, fordert dazu der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG), Christian Meidlinger. Die Weichen sind gestellt: Schon in den vergange-

nen Jahren haben vor allem die Städte und Gemeinden in Kooperation mit der GdG-Jugend in vorbildlicher Weise Lehrlinge aufgenommen. Nicht nur die Stadt Wien zum Beispiel bildet mehr Lehrlinge aus, als sie übernehmen kann – ein deutliches Signal gegen den herrschenden Facharbeitermangel.

Eine Lösung: Lehrlingswerkstätten

„Viele Betriebe sind sich ihrer Verantwortung zur Heranbildung ihres eigenen Nachwuchses nicht mehr bewusst. Gerade angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wird zu wenig in die Ausbildung investiert“, kritisiert Meidlinger. Gefragt sind hier gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten kreative Lösungsansätze der Politik. „Überbetriebliche Lehrlingswerkstätten haben sich zur Lösung des Ausbildungsproblems bereits in mehreren Ländern bewährt. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist außerdem die Ausbildung von Jugendlichen flächendeckend in die Vergabekriterien aufzunehmen! Hier gilt es möglichst rasch anzusetzen“, erklärte der GdG-Vorsitzende. Langes Zögern können sich die

Verantwortlichen angesichts der aktuellen Zahlen nämlich nicht erlauben. Erfahrungsgemäß wird sich die dramatische Situation auf dem Lehrstellenmarkt mit Ende des Schuljahres, wenn der echte „Run“ auf die Lehrstellen einsetzt, weiter zuspitzen. Meidlinger: „Die öffentliche Hand ist jetzt gefordert, jungen Menschen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Nur eine gemeinsame Anstrengung der Städte und Gemeinden samt den gemeindenahen Unternehmen und Beteiligungen können eine qualitativ möglichst hohe Ausbildung ermöglichen.“ Und können so dazu beitragen, einen drohenden weiteren Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit angesichts der andauernden Wirtschaftskrise mit aller Kraft einzudämmen.

Information

Gewerkschaft der
Gemeindebediensteten
Maria-Theresien-Strasse 11
1090 Wien
Tel.: (01) 313 16 / 8300
gdg@gdg.at
www.gdg.at

Fachtagung „Kommunaler Wasserentwicklungsplan“

Wie wichtig ist Planung im Umgang mit Wasser?

Der ÖWAV veranstaltet in Kooperation mit dem Land NÖ, dem Land Steiermark und dem OÖ Gemeindebund am 4. März 2009 in St. Pölten die Informationsveranstaltung „Kommunaler Wasserentwicklungsplan“. Für die Sicherung von Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Gewässerschutz und Hochwasserschutz ist jede Gemeinde selbst verantwortlich – auch dann, wenn sie die Durchführung dieser Aufgaben an Verbände, Genossenschaften oder privatrechtlich organisierte Unternehmen übertragen hat. Diese vielfältigen Aufgaben lassen sich nur dann zukunftsorientiert abdecken, wenn wasserwirtschaftliche Fragen nicht isoliert, sondern mit allen betroffenen Berei-



chen vernetzt betrachtet werden. Die Tagung bietet Gemeinden Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Wasserressourcen.

Information

ÖWAV
„Der kommunale Wasserentwicklungsplan“
Vorstellung des ÖWAV-Leitfadens
4. März 2009 im
Landhaus, St. Pölten
www.oewav.at

E.E.

Aspotec – der Spezialist für Sportgeräteprüfungen

Spielplatzprüfung ist Vertrauenssache

Nach ÖNORM EN 1176/1 ist für öffentliche Spielplätze (auch Kindergärten) jährlich eine Hauptinspektion durch einen Fachmann vorgeschrieben. Es wird empfohlen, diese Prüfung einem unabhängigen Experten zu übertragen, da nur dieser ein objektives Gutachten erstellt, und keine Geräte liefert. Bei der Auswahl des Prüfers sollte besonders auf dessen gewerberechtliche Befugnis geachtet werden, sowie darauf, Regressforderungen an den AG mangels Haftpflichtversicherung des Prüfers zu vermeiden. Aspotec Sporttechnik hat als Spezialist für Sportgeräteprüfungen wichtige Details zur Spielplatzprüfung in einem



Merkblatt auf die Homepage (Downloads) gestellt – oder per E-Mail anzufordern.

Information

Aspotec Sporttechnik GmbH
Ing. Wilfried Stanzel
Sachverständiger für Sportgeräte
Tel.: 0676 / 531 93 62
w.stanzel@aspotec.at
www.aspotec.at

E.E.

Schachtrahmenregulierung bei Neubau oder Sanierung

Der einfachste Weg bei starker Verkehrsbeanspruchung!

ERGELIT
superfix
nach nur
30 Minuten belastbar



Die komplette Lösung:
Geräte, ERGELIT
Vergussmörtel und Schulung

Wir führen es Ihnen gerne einmal vor!

50 t

KASPER
TECHNOLOGIE



Salzburger Straße 44 • A-4690 Schwanenstadt
Telefon + 43-7673-23 20 • Fax + 43-7673-23 20-3
eMail: info@kasper-tech.com • www.kasper-tech.com

CHANCEN VIELFALT

Immer mehr Gemeinden nutzen die Chance einer Leasingfinanzierung. Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte sagen Ihnen wie.

E-Mail: anfrage@kommunal-leasing.at
www.kommunal-leasing.at

**KOMMUNAL
LEASING**

Die neuen vereinheitlichten bautechnischen Vorschriften

Sparen wird leichter – schon in der Planungsphase

Nach jahrzehntelangen erfolglosen Bemühungen hatten die Länder im Jahr 2000 einen neuerlichen Anlauf genommen, die bautechnischen Vorschriften zu harmonisieren. Nach einigen Jahren intensivster Arbeit traten nun im Jahr 2008 in den ersten Bundesländern die OIB-Richtlinien in Kraft. KOMMUNAL berichtet.

DI Rainer Mikulits

Die Vereinheitlichung der technischen Anforderungen an Bauwerke (bautechnische Vorschriften) ist ein altes und vieldiskutiertes Anliegen aller am Bausehen Beteiligten. Oft wurden auch mögliche Einsparungspotenziale kolportiert, die aber naturgemäß schwer zu ermitteln

Werden die OIB-Richtlinien eingehalten, so gelten damit die gesetzlichen Anforderungen als erfüllt. Es ist jedoch auch möglich, von den OIB-Richtlinien abzuweichen.

sind und folglich auch stark streuen. So spricht eine Untersuchung des VIBÖ von einem Einsparungspotential in der Höhe von zehn bis 15 Prozent der Wohnbaukosten¹, das durch eine Harmonisierung der Bauvorschriften zu lukrieren wäre. Erste Bemühungen zu einer Vereinheitlichung gehen bis in die Jahre 1948 und 1950 zurück, als zunächst der österreichische Städtebund und dann das Land Oberösterreich erste Versuche hierzu unternahm. Größere Bekanntheit erlangte später insbesondere die sogenannte „Musterbauordnung“ der FGW². Basis der seit April 2007 vorliegenden OIB-Richtlinien ist eine neuerliche Initiative der Bundesländer, die im Jahr 2000 im Wege der Landesamtsdirektoren-



Dipl.-Ing. Dr. Rainer Mikulits ist Geschäftsführer des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB)

konferenz eine Länderexperten-Gruppe eingesetzt und das Österreichische Institut für Bautechnik (OIB) damit beauftragt hatten, einen Vorschlag zur Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften zu erarbeiten. Ursprünglich war geplant, dass die Bundesländer eine Vereinbarung gemäß Art. 15a des Bundesverfassungsgesetzes (das ist gewissermaßen ein „Staatsvertrag“ der Länder untereinander) abschließen, in der Inhalte und Vorgangsweise der Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften genau festgelegt werden. Diese Vereinbarung wurde im Dezember 2004 auch von allen Landeshauptleuten unterzeichnet, in der Folge jedoch nur von sieben Landtagen ratifiziert. Da somit in zwei Bundesländern die Ratifizierung nicht erfolgte, konnte diese Vereinbarung nie in Kraft treten, und die Harmo-

nisierung der bautechnischen Vorschriften erfolgt nun in den einzelnen Bundesländern auf freiwilliger Basis. Das Konzept dieser Vereinbarung wurde jedoch weiter verfolgt.

Konzept für mehr Flexibilität

Die neuen vereinheitlichten bautechnischen Vorschriften sind in zwei Ebenen gegliedert: In den Rechtsvorschriften (Gesetzen oder Verordnungen) werden die Schutzziele festgelegt (zielorientierte Anforderungen), die längerfristige Gültigkeit haben und unabhängig von konkreten technischen oder planerischen Lösungen sind. Die zur Erfüllung dieser gesetzlichen Anforderungen dienenden konkreten technischen Detailanforderungen werden hingegen in den vom Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB) im Auftrag der Bundesländer erarbeiteten und herausgegebenen OIB-Richtlinien festgelegt, auf die in den Rechtsvorschriften verwiesen wird (siehe Abb. 1). Dieser Ansatz wird in der Literatur als „Performance Approach“ bezeichnet³. Werden die OIB-Richtlinien eingehalten, so gelten damit die gesetzlichen An-

Abbildung 1: Der zweistufige Ansatz der neuen bautechnischen Vorschriften



Quelle: Mikulits R., Vogler F., Harmonisierte bautechnische Vorschriften, Linde Verlag, Wien 2009.



Eine Untersuchung des VIBÖ spricht von einem Einsparungspotential in der Höhe von zehn bis 15 Prozent der Wohnbaukosten¹, das durch eine Harmonisierung der Bauvorschriften zu lukrieren wäre.

forderungen als erfüllt. Es ist jedoch auch möglich, von den OIB-Richtlinien abzuweichen, wenn nachgewiesen wird, dass mit der stattdessen vorgeschlagenen Ausführung ein gleichwertiges Schutzniveau erreicht wird. Damit wird die nötige Flexibilität für moderne und innovative architektonische Lösungen oder die Verwendung neuer Bauprodukte geschaffen. Die OIB-Richtlinien sind dabei so gestaltet, dass damit die wichtigsten Bauaufgaben abgedeckt sind und nur selten auf die Möglichkeit der Abweichung und somit auf Sachverständigengutachten zurückgegriffen werden muss. Insbesondere im Bereich des Brandschutzes werden teilweise bereits in den Richtlinien mehrere Optionen angeboten, aus denen der Planer wählen kann⁴. Auch das soll-

te zu einer Kostenersparnis in der Planungsphase führen (geringere Kosten für Sachverständigengutachten)⁵.

Sowohl die zielorientierten Anforderungen, als auch die OIB-Richtlinien sind entsprechend den sechs „wesentlichen Anforderungen“, wie sie die EU-Bauproduktenrichtlinie⁶ vorgibt, und die in allen Bundesländern bereits im Landesrecht übernommen wurden, gegliedert. Somit gibt es folgende sechs OIB-Richtlinien:

- ▶ OIB-Richtlinie 1: Mechanische Festigkeit und Standsicherheit
- ▶ OIB-Richtlinie 2: Brandschutz
- ▶ OIB-Richtlinie 3: Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz
- ▶ OIB-Richtlinie 4: Nutzungssicherheit und Barrierefreiheit⁷
- ▶ OIB-Richtlinie 5: Schallschutz
- ▶ OIB-Richtlinie 6: Energieeinsparung und Wärmeschutz

Im Bereich des Brandschutzes erwies es sich jedoch als notwendig, die folgenden zwei Sub-Richtlinien für spezielle Nutzungen vorzusehen:

- ▶ OIB-Richtlinie 2.1: Brandschutz bei Betriebsbauten
- ▶ OIB-Richtlinie 2.2: Brandschutz bei Garagen, überdachten Stellplätzen und Parkdecks

Da die Arbeitsstättenverordnung⁸ teilweise divergierende Bestimmungen zu den bautechnischen Vorschriften der Länder aufweist, wurde versucht, in den OIB-Richtlinien eine bessere Abstimmung mit den Bestimmungen der AStV zu erzielen. Selbst wo dies nicht zur Gänze möglich war, wird durch einen Erlass des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit⁹ sichergestellt, dass die OIB-Richtlinien von den Arbeitsinspektoraten als Stand der Technik angesehen und als Grundlage für die Beurteilung von Ausnahmeanträgen herangezogen werden.

Die Umsetzung in den einzelnen Bundesländern

Bei der Übernahme der zielorientierten Anforderungen und der OIB-Richtlinien können

Tabelle: Überblick über die Umsetzung der Harmonisierten bautechnischen Vorschriften in den Bundesländern mit Vollumsetzung

Bundesland	Rechtsvorschriften, mit denen die harmonisierten bautechnischen Vorschriften umgesetzt wurden	Datum des Inkrafttretens
Burgenland	Gesetz vom 20. November 1997, mit dem Bauvorschriften für das Burgenland erlassen werden (Burgenländisches Baugesetz 1997 - Bgld. BauG), LGBl. Nr. 10/1998, i.d.F. LGBl. Nr. 53/2008	1. Juli 2008
	Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 24. Juni 2008, mit der Vorschriften über die technischen Anforderungen an Bauwerke erlassen werden (Burgenländische Bauverordnung 2008 - Bgld. BauVO 2008), LGBl. Nr. 63/2008	1. Juli 2008
Tirol	Tiroler Bauordnung 2001, LGBl. Nr. 94/2001, i.d.F. LGBl. Nr. 73/2007	1. Jänner 2008
	Verordnung der Landesregierung vom 18. Dezember 2007 über die bautechnischen Erfordernisse für bauliche Anlagen sowie über Inhalt und Form des Energieausweises (Technische Bauvorschriften 2008), LGBl. Nr.93/2007	1. Jänner 2008
Vorarlberg	Baugesetz, LGBl.Nr. 52/2001, i.d.F. LGBl. Nr. 44/2007 ¹¹	13. Juli 2007
	Verordnung der Landesregierung über die technischen Erfordernisse von Bauwerken (Bautechnikverordnung – BTV), LGBl. Nr. 83/2007	1. Jänner 2008
Wien	Bauordnung für Wien, LGBl für Wien Nr. 11/1930, i.d.F. LGBl. für Wien Nr. 24/2008	12. Juli 2008
	Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der bautechnische Anforderungen festgelegt werden (Wiener Bautechnikverordnung – WBTV), LGBl. für Wien Nr. 31/2008	12. Juli 2008

Quelle: Mikulits R., Vogler F., Harmonisierte bautechnische Vorschriften, Linde Verlag, Wien 2009.

zwei Gruppen von Bundesländern unterschieden werden, nämlich jene Bundesländer, die sofort alle OIB-Richtlinien übernommen haben, und jene, die zunächst nur die OIB-Richtlinie 6 „Energieeinsparung und Wärmeschutz“ dazu herangezogen haben, um der Verpflichtung zur Umsetzung der EU-Gebäude-richtlinie¹⁰ nachzukommen. Eine Gesamtübernahme der OIB-Richtlinien erfolgte im Jahr 2008 im Burgenland, sowie in den Bundesländern Tirol, Vorarlberg und Wien. Im Burgenland, in Tirol und in Vorarlberg wurden sowohl die zielorientierten Anforderungen, als auch der Verweis auf die OIB-Richtlinien auf Verordnungsebene erlassen („Burgenländische Bauverordnung 2008“, „Technische Bauvorschriften 2008“ in Tirol, „Bautechnikverordnung“ in Vorarlberg, siehe Tabelle). In Wien wurden hingegen die zielorientierten Anforderungen direkt in die Bauordnung für Wien übernommen und erstmals eine



Es wurden auch neue europäische Klassifizierungssysteme im Brandschutz eingeführt sowie weitere terminologische Änderungen im normativen Bereich berücksichtigt (z. B. „Treppenhaus“ statt „Stiegenhaus“ oder „Abgasanlage“ statt „Rauchfang“).

eigene „Wiener Bautechnikverordnung“ geschaffen, die den Verweis auf die OIB-Richtlinien enthält. Da durch die Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften nicht nur die Anforderungen, sondern auch die Terminologie vereinheitlicht werden sollte, stellte die Übernahme der zielorientierten Anforderungen und der OIB-Richtlinien in die einzelnen Landesrechtsordnungen eine gewisse legislative Herausforderung dar. Dies betrifft insbesondere Begriffe wie „Bauwerk“, „Gebäude“, wo in den Bundesländern unterschiedliche Termini verwendet worden waren (z. B. „bauliche Anlage“), aber auch die Übernahme neu eingeführter Begriffe wie „Gebäudeklasse“ oder „Fluchtniveau“. Gleichzeitig wurden auch die neuen europäischen Klassifi-

zierungssysteme im Brandschutz eingeführt, sowie weitere terminologische Änderungen im normativen Bereich berücksichtigt (z. B. „Treppenhaus“ statt „Stiegenhaus“ oder „Abgasanlage“ statt „Rauchfang“ und „Abgasfang“). All dies mag für manche zunächst gewöhnungsbedürftig sein, stellt jedoch auf Grund der Vereinheitlichung der verwendeten Begriffe in den Rechtsvorschriften der einzelnen Bundesländern und der Abstimmung mit den neuen europäischen Normen eine wesentliche Verbesserung und letztlich auch Erleichterung dar.

In Kärnten, in der Steiermark und in Oberösterreich wurden zunächst nur die zielorientierten Anforderungen zu „Energieeinsparung und Wärmeschutz“ sowie die OIB-Richtlinie 6 übernommen, wobei die entsprechenden Rechtsvorschriften im Februar bzw. im Juli 2008 und im Jänner 2009 in Kraft traten. In den Bundesländern Niederösterreich und Salzburg wird vorerst ebenfalls nur die OIB-Richtlinie 6 übernommen, die diesbezüglichen Bestimmungen treten voraussichtlich im Laufe des Jahres 2009 in Kraft. Mit Übernahme der OIB-Richtlinie 6

auch in diesen Bundesländern wird die Umsetzung der EU-Gebäude-richtlinie in Österreich vervollständigt, da diese OIB-Richtlinie einen Großteil der Umsetzungsanforderungen abdeckt¹².

Ausblick

Es stellt sich natürlich die Frage, wann in jenen Bundesländern, die zunächst nur für „Energieeinsparung und Wärmeschutz“ die harmonisierten bautechnischen Vorschriften eingeführt haben, auch die noch fehlenden OIB-Richtlinien übernommen werden.

In Kärnten und in der Steiermark sind die diesbezüglichen Vorbereitungen bereits im Gange, und es ist mit einem Inkrafttreten im Jahr 2009 zu rechnen.

Unklar ist die Situation jedoch in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg, wo bislang noch keine konkreten Pläne bekannt sind. Es ist jedoch zu hoffen, dass auch hier in nicht allzu ferner Zukunft dem Vorbild der anderen Bundesländer gefolgt werden wird.

1 Steibl, Wohnbaukosten als Folge überzogener Bauordnungen – mögliche Einsparungspotentiale am Beispiel Wien, Bau-intern, Vereinigung der industriellen Bauunternehmen Österreichs (VIBÖ), Wien 1999.

2 Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen (FGW, vormals Forschungsgesellschaft für den Wohnungsbau), Österreichische Musterbauordnung mit fünf Novellen, Wien 1961-1979

3 Siehe z. B. „Guidelines for the Introduction of Performance-Based Building Regulations, Inter-Jurisdictional Regulatory Collaboration Committee (IRCC), 1998.

4 Dies ist z. B. für Verkaufsstätten (vgl. OIB-Richtlinie 2, Tabelle 4) oder für Betriebsbauten (vgl. OIB-Richtlinie 2.1, Tabelle 1) der Fall.

5 Um auch in Fällen, wo doch ein Brandschutzkonzept erforderlich ist, Umfang und Kosten von Gutachten zu reduzieren, wurde ein eigener Leitfaden „Abweichungen im Brandschutz und Brandschutzkonzepte“ geschaffen.

6 Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988 zu Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über Bauprodukte (89/106/EWG).

7 Diese wesentliche Anforderung der Bauproduktenrichtlinie lautet eigentlich „Nutzungssicherheit“, jedoch wurde zum Zwecke der Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften die Anforderung der „Barrierefreiheit“ dieser wesentlichen Anforderung zugeordnet.

8 Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, mit der Anforderungen an Arbeitsstätten und an Gebäuden auf Baustellen festgelegt und die Bauarbeiterschutzverordnung geändert wird (Arbeitsstättenverordnung-ASTV), BGBl. II Nr. 368/1998 vom 13. 10. 1998.

9 Erlass des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Sektion Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion, Abteilung Technischer Arbeitnehmerschutz über „Arbeitsstätten – Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB)“, GZ BMWA-461.304/0041-III/2/2007 vom 09. 08. 2007.

10 Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG).

11 Das Baugesetz wurde mittlerweile mit dem Gesetz über eine Änderung des Baugesetzes, LGBl. Nr. 34/2008 abermals novelliert, jedoch betraf diese Novelle im Wesentlichen nur die Einführung eines Besonderen Verfahrens zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes und nicht die harmonisierten bautechnischen Vorschriften

12 Hierbei handelt es sich insbesondere um die Einführung von Energiekennzahlen samt der zu deren Ermittlung erforderlichen Berechnungsmethode sowie um die Festlegung von Anforderungen für die Energieeffizienz von Neubauten und im Falle von umfassenden Sanierungen.

Wasserwirtschaft trifft sich im März in Berlin

WASSER BERLIN öffnet seine Pforten

Die WASSER BERLIN öffnet im März zum 13. Mal ihre Tore unter dem Berliner Funkturm. 1963 als Ausstellung und Kongress gestartet, ist sie mittlerweile die führende europäische Wasserfachmesse mit umfangreichem Kongressprogramm.

Die Veranstalter gehen davon aus, dass über 700 Unternehmen und Institutionen aus der Wasserwirtschaft neueste Produkte, Technologien und Dienstleistungen präsentieren werden. Ein neuer Rekordwert und eine Steigerung von über 25 Prozent gegenüber der letzten Fachmesse im Jahre 2006. Dementsprechend werden über 26.000 Fachbesucher erwartet. Zum Erfolg der WASSER BERLIN hat auch die über



Die WASSER BERLIN erfreut sich jedes Jahr einer großen Besucherzahl.

Jahre betriebene systematische Weiterentwicklung der Veranstaltung beigetragen. Beispiele sind in diesem Jahr ein spezieller Ausbildungs- und Karrieretag, Hallenforen zu Produkten und Ländern oder die Integration der geofora, der Fachmesse für Bohrtechnik,

Brunnenbau und Geothermie. Darüber hinaus gibt es mit Bulgarien erstmals ein offizielles Partnerland. Begeleitet wird die WASSER BERLIN durch ein umfangreiches Kongressprogramm. Hochkarätige Referenten aus Wissenschaft und Wirtschaft berichten in

23 Vortragsblöcken, Seminaren und Workshops über aktuelle Fachthemen. Darunter ist auch die Wasserfachliche Aussprachetagung, die nach 2006 erneut im Rahmen der WASSER BERLIN stattfindet. Vor drei Jahren besuchten rund 5.500 Fachkräfte aus über 60 Ländern die einzelnen Veranstaltungen. Diesmal dürften es noch mehr werden.

Information

WASSER BERLIN
Internationale Fachmesse
und Kongress
Wasser und Abwasser
30. März bis 3. April 2009
www.wasser-berlin.de

E.E.

Kalte Füße waren gestern ...

... innovativ ist ein Raumklima mit Beton!

Als hervorragender Energiespeicher sorgt Beton für ein behagliches Raumklima. Zusammen mit alternativen Energien wie zum Beispiel der Erdwärme wird Heizen und Kühlen umweltfreundlich und sparsam.

Mehr zum Thema: „Warum Sie Ihre Pantoffeln an die Wand nageln können“ und „Ökologisches Raumklima mit Beton erfahren Sie unter: www.beton-marketing.at“

Niedrige Investitionskosten – hoher Gestaltungsspielraum

Dachsystem Bramac 7° – flach und hart

Bis 2008 musste man flache Dächer mit Metall oder Kunststofffolien decken. Solche Dächer haben unter anderem den Nachteil, dass beginnende Schäden oft erst relativ spät bemerkt werden und in Folge oft nur mit teuren Reparaturen korrigiert werden können.

Metalldächer haben zudem noch die Eigenschaft, bei Regen laut zu werden. Auch mit einem herkömmlichen Flachdach ist ein ausreichender Dachüberstand meist nur schwer umsetzbar. Die neuartige Lösung von Bramac erlaubt es Bauherren seit kurzem, auch auf sehr flachen Dächern eine klassische Dacheindeckung anzubringen. Das Dachsystem Bramac 7° besteht primär aus zwei Komponenten und zwar dem Dachstein Max 7° mit der sogenannten „Rainbar“ und einer speziellen diffusionsoffenen Vordeckbahn (Top RU).

Der besondere Aufbau dieses Dachsystems bietet eine Fülle von Vorteilen, wie zum Beispiel:

- ▶ Das schuppenförmige Deckbild erweitert den Gestaltungsspielraum für Architekten und Planer und erlaubt beste Integration flacher Dächer in bestehende Ortsbilder.
- ▶ Im Vergleich zu herkömmlichen Flachdachprodukten besteht diese Lösung durch niedrige Investitionskosten.



Hier sehen Sie einige Dachimpressionen der ersten Bramac 7°-Objekte.

- ▶ Der Anbieter Bramac gewährt auf das Gesamt-System eine 15-jährige Funktionsgarantie und auf den Dachstein 30 Jahre Garantie.
- ▶ Eine konstruktionsbedingte Hinterlüftung und die diffusionsoffene Vordeckbahn sorgen für eine hohe Lebensdauer der Dachkonstruktion.

Information

Bramac Dachsysteme
International GmbH
Bramacstraße 9
A-3380 Pöchlarn
Tel.: 02757/40 10-0
Fax: 02757/40 10-207
mk@bramac.com
www.bramac.at

Fokus Trinkwasser

ÖVGW-Ausbildungsprogramme auf TOP-Niveau



Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer höher werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Dies haben Österreichs Wasserversorger längst erkannt, weshalb sie besonders auf die solide Aus- und Weiterbildungs-kompetenz der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) setzen. Beweis dafür ist nicht zuletzt die ständig steigende Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den ÖVGW Seminaren.

Wassermeister-schulungen und Spezialseminare

Unter den zahlreichen, auf die Bedürfnisse der Wasserversorger abgestimmten Seminaren, sind die Wassermeisterschulungen hervorzuheben. Diese Intensivschulungen zur Wasserversorgung sind die ideale Vorbereitung auf das gemäß Trinkwasserverordnung als Nachweis der fachgerechten Schulung anerkannte Wassermeister-Zertifikat und werden in ganz Österreich angeboten. Nicht minder anerkannt sind die ÖVGW-Spezialseminare, die das gesamte Spektrum, von der Trinkwasser-Desinfektion über die Sanierung von Behältern bis hin zur effizien-

ten Führung eines Wasserversorgungsbetriebes, abdecken. Die Schulungsinhalte sind dabei stets auf die Anforderungen der Praxis abgestimmt und zum Teil auch mit praktischen Übungen verbunden.

Kongress und Fachmesse Gas Wasser

DIE Veranstaltung der Branchen Gas und Wasser ist aber jedenfalls der Kongress mit Fachmesse Gas Wasser. Die ÖVGW erwartet dazu am 13. und 14. Mai 2009 rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Stadthalle Graz. Neben zahlreichen interessanten Vorträgen werden



hier im Rahmen einer umfangreichen, in Österreich in diesem Umfang einzigartigen Fachmesse, modernste technische Produkte präsentiert, die im Bereich der Gas- und Wasserversorgung ihre Verwendung finden.

Information

ÖVGW
Österreichische
Vereinigung für das
Gas- und Wasserfach
Beate Röhrling
Tel.: 01/ 513 15 88-20
roehrling@ovgw.at
www.ovgw.at

top|tech[®]
europe

Der neue Katalog ist da!



„Einfach Katalog anfordern!“



E. E.

Berufsbegleitende Ausbildung für Praktiker startet an der FH Vorarlberg

Neuer Hochschullehrgang für Standortentwicklung

In Kooperation mit der Fachhochschule Vorarlberg, der Hochschule Liechtenstein und der Uni Konstanz wird erstmals ein umfassendes Bildungsangebot zum Wissensgebiet der Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung angeboten. Um den dringenden Problemen, denen Länder, Regionen und Gemeinden gegenüberstehen, gerecht zu werden, braucht es verstärkt professionelles Know-how und Instrumente.

„Wir brauchen in unseren Städten, Gemeinden und Regionen Profis, die in der Lage sind, vor Ort gezielt und nachhaltig Standort-, Gemeinde- und Regionalentwicklung zu initiieren und umzusetzen“, ist DI Dr. Gerald Mathis, Initiator und Leiter des Studiengangs überzeugt. Der neue Hochschullehrgang vermittelt dieses Know-how. Er baut auf den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen der Partnerhochschulen und der praktischen Erfahrung des ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung auf. Den Teilnehmern wird konkretes Wissen, das auf Erfahrungen und Modellen des ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung aus der Praxis aufbaut, vermittelt. Beispiele dafür sind etwa die Entwicklung von Gemeinden im ländlichen Raum. Modellfall ist die 1200 Einwohner-Gemeinde

Sulzberg im Bregenzerwald, die in einem zwei-jährigen Prozess – in den weite Teile der Bevölkerung integriert waren – einen umfassenden kommunalen Masterplan verabschiedet hat, in dessen Rahmen die Ziele und die Entwick-

lung des Ortes in verschiedenen Handlungsfeldern konkret festgelegt sind. Oder etwa die Region Westallgäu in Bayern, in der sich 13 Gemeinden zu einer umfassenden interkommunalen Zusammenarbeit entschlossen haben und diese nun, auf die vier Geschäftsfelder Wirtschaft, Tourismus, ländlicher Raum und organisatorische Zusammenarbeit aufgeteilt, konkret und mit Erfolg umsetzen. Aber auch der Wirtschaftsförderung und -entwicklung wird breiter Raum gegeben. Diese ist immer Teil einer gesamthaften Standort-, Gemeinde- und Regionalentwicklung. Modellfall dafür ist die Stadt Dornbirn, die sich nach dem Niedergang der textilen Monokultur, mit einer und planmäßigen Wirtschaftsentwicklung und vom ISK betreut zu einer der wirtschaftlich prosperierendsten Städte im internationalen Bodenseeraum entwickelt hat. Genauso vermittelt der Lehrgang aber auch die Notwendigkeiten modernen Stadt- und City-Marketings, bis hin zu

umfassenden Quartiersentwicklungen im Sinne von Business Improvement Districts, welche ebenfalls auf konkreten Fallbeispielen aus der Praxis aufbauen. „Mit dieser Ausbildung sollen die Absolventen in der Lage sein, solche Prozesse zu initiieren, zu betreuen und umzusetzen“, beschreibt Dr. Mathis das

Eine auf wissenschaftlichen Kenntnissen beruhende, fundierte Auseinandersetzung mit der Frage einer richtigen Standortwahl erscheint mir aus kommunalpolitischer Sicht unumgänglich.

Gernot Edenstrasser
Amtsleiter Gemeinde Walchsee, Tirol



konkrete Ausbildungsziel des Hochschullehrganges. Der Lehrgang spricht MitarbeiterInnen aus der Verwaltung von Gemeinden, Städten, Ländern und Regionen, von Wirtschaftsservicestellen und Wirtschaftsabteilungen, von Standort-, Regionalplanungs-, Tourismus und Stadtmarketinggesellschaften, Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften sowie von Impuls- und Gründerzentren an. Ebenso aber auch Berater, die ihr Portfolio erweitern wollen sowie MitarbeiterInnen von privaten Standort- und Projektentwicklungsfirmen.

Fact-Box

Lehrgang der FH Vorarlberg – berufsbegleitend
Beginn: März 2009

► „Akademische/r Standort- und Regionalmanager/in“

Dauer: 3 Semester berufsbegleitend
Abschluss: Akademische/r Standort- und Regionalmanager/in
Zugangsvoraussetzungen: Matura/Abitur

► „Master of Science, MSc“

Dauer: 4 Semester berufsbegleitend
Abschluss: Master of Science (Standort- und Regionalmanagement), kurz MSc
Zugangsvoraussetzungen: Mind. 3jähriges Universitäts- oder Hochschulstudium (Bakkalaureat, Magister oder Dokortrat) oder eine adäquate ausländische Graduierung

Information

Fachhochschule Vorarlberg
Schloss Hofen
Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung
MMag. Rainer Längle
6911 Lochau
+43 (0)5574 4930 – 142
rainer.laengle@schlosshofen.at
www.standortmanagement.eu

Ein Klick, der sich bezahlt macht: Umweltförderung für Gemeinden

Nachhaltigkeit macht sich bezahlt

Von der Umsetzung innovativer Ideen im Mobilitätsmanagement, beim Energiesparen oder dem Einsatz erneuerbarer Energieträger profitiert nicht nur die Umwelt. Nachhaltige Überlegungen wirken sich auf jede/n Bürger/in aus, und das wird finanziell unterstützt.



Thermische Gebäudesanierung: Für Objekte, die vor dem 1. Jänner 1990 errichtet wurden, wird ein attraktiver Standardförderungssatz gewährt.

Ziel der Umweltförderung ist der Schutz der Umwelt durch Vermeidung oder Verringerung von Belastungen in Form von Luftverunreinigungen, klimarelevanten Gasen, Lärm, Abfall. Gefördert werden Investitionsmaßnahmen hinsichtlich erneuerbarer Energieträger, ein effizienter Energieeinsatz, betriebliche Mobilitätsmaßnahmen und Projekte, die gefährliche Abfälle, Luftemissionen und Lärm verringern.

Wer wird unterstützt?

Generell steht Unternehmen, Vereinen, Konfessionsgemeinschaften, Energieversorgern und Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit (wie Gemeinde- oder Sozialverbänden, Kommunalbetrieben und kommunalen Immobiliengesellschaften) die Möglichkeit offen, sich als Förderungswerber zu melden. Ob Solaranlagen, thermische Gebäudesanierung oder Umstellung des Verkehrs in Hinblick auf entsprechende Feinstaubreduktion,

die Palette der Umweltförderung im Inland (UFI) ist umfangreich.

Was wird gefördert?

Sämtliche natürliche und juristische Personen, die unternehmerisch tätig sind, können zum Beispiel für Gebäude, die vor dem 01.01.1990 errichtet wurden, die **thermische Gebäudesanierung** in Anspruch nehmen. Zur Dämmung der Gebäudehülle bzw. zur Sanierung oder dem Austausch der Außenfenster und Türen werden bis zu 30 Prozent der umweltrelevanten Investitionskosten als Standardförderungssatz gewährt. Die gleichen Förderungssätze gelten für Investitionen in Projekte zur Nutzung **erneuerbarer Energieträger** oder zum Energiesparen. Aber auch eine **Solaranlage** zur Warmwasseraufbereitung, ein **Fernwärmeanschluss** oder ein **Pelletsessel**, um mit Holz zu heizen, sind Alternativen, die die UFI unterstützt. Und das sind nur einige wenige Möglichkeiten, dieses Instru-

ment – getragen vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft – in Anspruch zu nehmen. Das Angebot ist weitreichend und sollte im Sinne der Nachhaltigkeit auch genutzt werden. In welchen Bereichen überall auf Mittel der UFI zurückgegriffen werden kann, kann über das Internet unter **www.publicconsulting.at** abgerufen werden. Dort findet man sämtliche Informationen und Antragsformulare. Ein Klick, der sich bezahlt macht.

Informationen zur Umweltförderung

Kommunalkredit
Public Consulting
GmbH
Türkenstraße 9
1092 Wien
Tel.: +43 (0)1 / 31 6 31-0
Fax-DW: 104
www.publicconsulting.at



Kommunen als Wirtschaftsimpulsgeber

Thermisches Sanieren sichert 12.000 Jobs

2008 hat einen Höhenflug des Erdölpreises gebracht und wieder einmal gezeigt, wie sensibel die Thematik Energie für Bürgerinnen und Bürger, aber auch öffentliche Institutionen ist: Höhere Benzinpreise, höhere Lebensmittelpreise, höhere Betriebskosten – nicht nur beim Wohnen sondern auch im kommunalen Bereich.

Mag. Franz Roland Jany

Die nunmehrige Finanzkrise entwickelt sich auch in Europa langsam zur Wirtschaftskrise. Und als ob das nicht schon genug wäre, hat sich seit Anfang Jänner ein neues Krisenszenario durch den Gaskonflikt Ukraine Russland eröffnet. Die Bundesregierung schnürt Konjunkturpakete und hofft so, wichtige Impulse für die Wirtschaft zu

Kommunen haben in puncto Thermische Sanierung auch Vorzeigefunktion, ja sogar Vorzeigepflicht, vor allem für Private.

leisten. Dabei kommt allerdings den Kommunen, als größter Investor Österreichs und Informationsdrehscheibe, eine Schlüsselrolle zu.

„Die Sanierungsraten in Österreich sinken, im Einfamilienhausbereich sogar unter ein Prozent“, analysieren Experten wie Wolfgang Amann vom Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen und warnen damit vor einer Überalterung des Bestandes, auch in energetischer Hinsicht. Die Thermische Sanierungsrate liegt nämlich nur bei rund einem halben Prozent. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und der konjunkturellen Situation scheinen Maßnahmen, die vor Ort – also in den Kommunen – greifen, wichtige Leuchtturm-Funktion zu haben.



Mag. Franz Roland Jany ist Geschäftsführer der Gemeinschaft Dämmstoff Industrie

Und das aus drei Gründen:

- ▶ Sicherung der regionalen Wertschöpfung und von Arbeitsplätzen;
- ▶ Vorbildfunktion für wirtschaftliche und ökologische Maßnahmen;
- ▶ Absicherung der regionalen Energieversorgung.

Wertschöpfung und Arbeitsplätze

Die Thermische Sanierung von Gebäuden ist die beschäftigungswirksamste Investition, zeigen verschiedene Studien des Wifo (Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut). Gerade zur Forcierung regionaler Wertschöpfung sind gezielte Investitionen in die Thermische Sanierung von öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Gemeindeämtern oder anderen kommunalen Objekten sinnvoll. Eine Milliarde Euro schaffen 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze – dies lässt sich linear auf kommunale Investitionen umlegen. Damit ist dieser Bereich der beschäftigungswirksamste.

Kommunen haben in diesem Kontext auch Vorzeigefunktion, ja sogar Vorzeigepflicht, vor allem für Private. Durch vorbildliche Thermische Sanierungen setzen sie Best-Practice-Beispiele, sozusagen zum Angreifen. Sanierte Gebäude erstrahlen ja nicht nur in neuem Glanz, sondern zeigen eindrucksvoll, dass auch thermische Modernisie-





Durch vorbildliche Thermische Sanierungen setzen Kommunen – hier die Stadt Haag in Niederösterreich – Best-Practice-Beispiele, sozusagen zum Angreifen. Sanierte Gebäude erstrahlen ja nicht nur in neuem Glanz, sondern zeigen eindrucksvoll, dass auch thermische Modernisierung möglich und vor allem sinnvoll ist – für öffentliche, aber auch für private Budgets.



Damit das Konjunkturpaket auch in der lokalen Wirtschaft ankommt, kommt den Kommunen die Funktion einer Art Clearingstelle zu: Nämlich die Vermittlung zwischen Bund und den Zielgruppen in der Gemeinde.

rung möglich und vor allem sinnvoll ist – für öffentliche, aber auch für private Budgets. In manchen Fällen zahlen sich auch Contracting-Modelle aus, wo eine thermische Sanierung professionell durchgeführt wird – ohne dass gleich kommunales Geld investiert werden muss. Last but not least bedeuten en-

ergieeffiziente kommunale Gebäude auch mehr Sicherheit vor zukünftigen Energiepreissteigerungen. Mittel- und langfristig leisten sie so einen wertvollen Beitrag zur Verringerung der Energieabhängigkeit von Drittländern. Durch den Einsatz erneuerbarer Energie im Zuge von Thermischen Sanierungen kom-

munaler Bauten, können dezentrale Versorgungseinheiten für die Gemeinde entwickelt werden, die damit auch den Bürgern ein Mehr an Sicherheit bieten.

Mit dem reduzierten Energieverbrauch werden ja auch langfristig Kosten gesenkt, sodass das dadurch eingesparte Geld wie-

(R)auf geht's! Mit Kletter- und Boulderwänden von Schweiger.
www.schweiger-sport.at

die Fitness Architekten
schweiger

A-4552 Wartberg/Krems, Hauptstr. 26, +43 (0)7587 / 71 61-0
 A-2111 Harmannsdorf, Bahnhofplatz 6, +43 (0)2264 / 40 4 99-0

Das ist ja *noch* schöner.

HARTL HAUS Projektmanagement - Ihr kompetenter Partner im Objektbau.



Objektbau

- Veranstaltungssäle
- Appartementshäuser
- Golfclubhäuser
- Kindergärten
- Baustellencamps
- Bürogebäude

Wohnbau

- Reihenhäuseranlagen
- Wohnhäuser
- Verdichtete Flachbauten

**Realisieren Sie
 Ihr Bauprojekt
 mit HARTL HAUS!**

Vorteile

- Alles aus einer Hand
- Individuelle Planungslösungen
- Niedrigenergiebauweise
- Hohe Zeiterparnis
- Optimales Preis-/Leistungsverhältnis
- 100 % HARTL HAUS Qualität

HARTL HAUS Projektmanagement
 Haimschlag 30, 3903 Echsenbach
 Tel.: 02849/8332-246
www.hartlhaus.at



CONTAINEX - der führende Anbieter für mobile Kindergärten und Schulen!



A-2355 Wiener Neudorf, IZ NÖ-SÜD, Straße 14
Tel.: +43 2236/601, E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

CONTAINEX - ein Unternehmen der LKW WALTER-Gruppe, ist der führende Anbieter für Container und mobile Raumsysteme.

Das Produktprogramm umfasst:

- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

Kauf - Miete - Leasing

Ihre Vorteile:

- flexible Raumlösungen
- attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort
- Top-Leasingkonditionen



der in sinnvolle Projekte zugunsten der Gemeinde investiert werden kann. Letztlich tragen Kommunen so zu mehr Versorgungssicherheit bei, aber auch zu einer Verbesserung der regionalen CO₂-Bilanz und damit zu einem Ziel der Bundesregierung.

Kommune als Konjunktur-Clearingstelle

Das 100 Millionen Paket Thermische Sanierung der Bundesregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft muss in den Kommunen ankommen und an die regionale Wirtschaft sowie an die Privaten weitergeleitet werden. 50 Millionen davon sollen an das Gewerbe und ebenfalls 50 Millionen in die privaten Haushalte gelenkt werden. Damit das

Konjunkturpaket auch in der lokalen Wirtschaft ankommt, kommt den Kommunen die

Die Gemeinden haben die Chance, durch eine offensive Informationspolitik das Konjunkturpaket Thermische Sanierung in ihrer Region anzubieten und vor allem umzusetzen.

Funktion einer Art Clearingstelle zu: Nämlich die Vermittlung zwischen Bund und den Zielgruppen in der Gemeinde. Sonst werden diese Investitionen nicht konjunkturell wirksam und würden somit einfach verpuffen. Hier haben die Gemeinden die Chance, durch eine offensive Informationspolitik das Konjunkturpaket Thermische Sanierung in ihrer Region an zu bieten und vor allem um-

zusetzen. Allerdings, es ist Eile geboten, denn wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Jene Gemeinden, die Ther-

mische Sanierungen forcieren und mit Banken, Energieberatern und der Bauwirtschaft zusammenarbeiten, werden mit Sicherheit Startvorteile haben, und dieses zeitlich auf zwei Jahre begrenzte Paket am besten nutzen können.

Durch Vorzeigemodelle in ganz Österreich können wertvolle Anleihen genommen werden. Aber auch die Energieberatungen in den Ländern sollten von den Gemeinden intensiv involviert werden. Regionale Informationsplattformen erleichtern es, diese Investitionen zu generieren und der Kommune und somit ihren Bürgern zuzuführen.

Weiterführende Informationen:

► Österreichische Energieagentur:
www.energyagency.at

► ÖGUT - Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik: www.oegut.at

► E7- Energie Markt Analyse:
www.e-sieben.at/de

Eine Milliarde Euro investiert ...

... in die Thermische Sanierung erzielt die größten Beschäftigungseffekte, laut einer Studie des Wifo. Eine Milliarde Euro investiert in

- | | |
|--------------------------------------|--------------------|
| ► Privaten Konsum | 4.000 Jobs |
| ► Export | 6.000 Jobs |
| ► Thermische Gebäudesanierung | 12.000 Jobs |

Schachtrahmenregulierungsverfahren von Kasper Technologie

Kostenreduzierung durch Verfahrensoptimierung

Hochwertige, frostbeständige, schnellbindende Trockenmörtel machten es möglich. Die konventionelle Schachtrahmanhebung per Handarbeit mit Presslufthammer, Unterlegkeilen u. ä. Hilfsmitteln wurde mehr und mehr verdrängt. Grundlage: Hochwertige Trockenmörtel und Geräte, sowie Kostendruck einerseits – begründet durch aufwändige und fehleranfällige Handarbeit – und andererseits die steigende Verkehrsdichte. Der Zeitfaktor rückte in den Vordergrund. Kostenreduzierung durch Verfahrensoptimierung. Rationalisierung in Verbindung mit Minimierung von Verkehrsflussstörungen war das Ziel. Auf dieser Basis entwickelte ERGELIT zwei sehr schnelle Systeme. ERGELIT superfix



Der Schachtrahmenheber SRH 06 ist motorhydraulisch und auf der Baustelle rollbar.

Mörtel werden seit 1981 eingesetzt und garantieren einfachste Verarbeitung, Frost- Tausalzbeständigkeit, den verlangten Zeitvorteil und die erforderliche Kraftschlüssigkeit zwischen Kanalschachtrahmen und Schachthals. Hohe Fließfähigkeit und kurze Erhärtungsphase führt endlich zu entscheidender Reduzierung von Fehlern. KASPER Technologie stellt dem Markt dieses Verfahren zur Verfügung. Nutzen es auch Sie!

Information

Kasper Technologie Ltd.
Salzburgerstraße 44
4690 Schwanenstadt
Tel.: +43-(0)7673-2320
Fax: +43-(0)7673-23203
info@kasper-tech.com
www.kasper-tech.com

E.L.

Genial einfach - einfach genial

Systempflaster Einstein® - verschubsicheres Betonpflaster für stark belastete Flächen

Straßen & Wege
Plätze & Flächen
Fußgängerzonen
Einkaufszentren
Parkanlagen, Objekte

für Gehwege / Wohnstraßen / Fußgängerzonen



für Kreisverkehre / Öffentliche Plätze / Parkplätze



für Zufahrtsstraßen / Firmengelände / Bauhöfe



Mehr unter: www.semmelrock.com

SEMMELOCK
STEIN+DESIGN

Bildband

Karikaturen

Blau -gelbe Pinselstriche



Reinhard „Reini“ Buchacher ist Weltmeister im Schnell-Karikieren und Meister seines Faches. Der Ausnahmekünstler vereint in seinem neuen Buch zum ersten Mal seine besten Karikaturen aus den vergangenen 25 Jahren. Vor der spitzen Feder des Reini Buchachers ist dabei keiner sicher: Ob Politiker, Künstler, Sportler, Funktionäre oder einfache Leute vom Land. Begleitet werden die Karikaturen von den Texten vom NÖN-Redakteur Christian Böger. Das Vorwort zu „Blau-gelbe Pinselstriche“ hat der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll selbst verfasst.

Das Buch

Anton Kral GmbH
„Blau-gelbe Pinselstriche“
ISBN 978-3-7083-491-5
KRAL-Verlag
Kennedyplatz 2
A-2560 Berndorf
Tel.: 02672/82236
Fax: DW 4
E-Mail: buch@kral-berndorf.at
Web: www.kral-verlag.at

Jahrbuch

Jahrbuch 2008

Öffentliches Recht

Das Jahrbuch für öffentliches Recht 2008 gibt einen Überblick über die in Erscheinung getretenen (Einzel)fragen des öffentlichen Rechts und über die Rechtsentwicklung im öffentlichen Recht auf den Ebenen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder.



Dabei geht es vor allem darum, die Grundlinien, aber auch Highlights der Rechtsentwicklung im Bereich der Gesetzgebung, und im Bereich der Rechtsprechung darzustellen und kritisch zu hinterfragen. In der Darstellung sollen bedeutende Rechtsakte im Bereich der Rechtsprechung und der Rechtsetzung herausgegriffen werden, die für die Institutionen des öffentlichen Rechts Maßgebliches bewirken und über die Bedeutung des Einzelfalles hinausgehen.

Das Buch

Georg Lienbacher,
Gerhart Wielinger
„Öffentliches Recht –
Jahrbuch 2008“,
ISBN 978-3-7083-0552-3
Neuer Wissenschaftlicher
Verlag
Argentinierstraße 42/6
1040 Wien
E-Mail: office@nwv.at

Sachbuch

1-2-3 Schuldenfrei

Amtsschimmel wird Rennpferd

Während sich die Ortschefs landauf, landab die Köpfe über schlüssige Finanzkonzepte zerbrechen, wurde die die knapp 60.000 Einwohner zählende Stadt zwischen Köln und Düsseldorf am 3. Oktober schuldenfrei. Mit dem ebenso simplen wie effektiven Hausfrauen-Grundsatz „Gib nicht mehr Geld aus, als Du einnimmst“, haben sich die Langenfelder entschuldet. Der 50-jährige Bürgermeister Magnus Staehler genießt inzwischen landesweit den Ruf eines ausgezeichneten Entschuldungsexperten. In seinem Buch „1-2-3 Schuldenfrei“ schildert er lebensnah, dass die Konsolidierung des öffentlichen Haushalts nichts mit Zauberei zu tun hat. Neben Anregungen zur Sanierung der Finanzen finden die Leser Beispiele dafür, wie sie als BürgerInnen einen wichtigen Beitrag zu einer funktionierenden Gemeinschaft liefern können.

Das Buch

Magnus Staehler, „1-2-3 Schuldenfrei – Wie Langenfeld aus Amtsschimmeln Rennpferde machte – die Erfolgsformel zur Sanierung städtischer Finanzen“, Linde Verlag, 1. Auflage 2008, 192 Seiten, 25,60 Euro
ISBN 978-3-7093-0226-2
Tel.: 01/24 630-0
Web: www.lindeverlag.at








www.loy.at

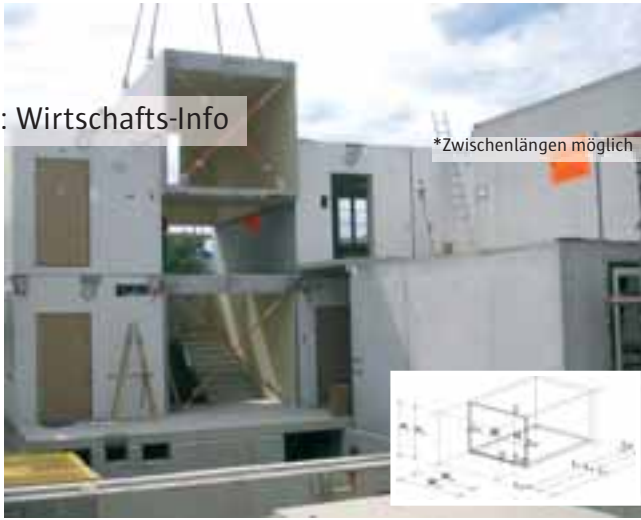


Schaukästen
Aussenvitrinen
Innenvitrinen
Werbevitrinen
Boulevard-Vitrinen
City-Light-Vitrinen
Museumsvitrinen
Uhrenanlagen
Anzeigetechnik
Gehäusebau



JÜRGEN LOY GMBH
Heinrich v. Buol Gasse 6 A-1210 Wien
Tel.: 01/259 75 77 Fax: 01/259 75 81
E-Mail: loy@loy.at Web: www.loy.at

Das Bild rechts zeigt den Bau der Justizanstalt Graz-Jakomini im zweigeschoßigen Modulbau.



Standardmaße und Achsen der Schnauer-Raummodule		
W_1	Raumbreite innen	2,58 / 2,81 / 3,06 / 3,31 / 3,56 / 3,81 m
L_1	Raumlänge innen	5,52 / 6,02 / 6,52 / 6,90 m*
H_1	Raumhöhe innen	$= H_2 - L_1 - 1_{\text{gem}}$ $H_{1 \text{ max}} = 3,17 - 1_{\text{gem}}$
t_w	Wandstärke	9 / 14 cm
t_d	Deckenstärke	10 bis max. 18 cm
t_b	Bodenstärke Beton	12 bis 18 cm
t_{ges}	Bodenstärke gesamt	$= t_b + \text{Wärmedämmung} + \text{Bodenauflage}$
W_2	Außenbreite	$= W_1 + t_{w1} + t_{w2}$
L_2	Außenlänge	$= L_1 + t_{l1} + t_{l2}$
H_2	Außenhöhe	$= H_1 + t_{d1} + t_{d2}$ $H_{2 \text{ max}} = 3,28 \text{ m}$
L_3	Achsenabst. L. bei $t_{w1} = 9 \text{ cm}$	5,52 / 6,02 / 6,52 / 7,10 m
L_4	Achsenabst. L. bei $t_{w1} = 14 \text{ cm}$	5,62 / 6,12 / 6,62 / 7,20 m
W_3	Achsenabst. B. bei $t_{w1} = 9 \text{ cm}$	2,78 / 3,01 / 3,26 / 3,51 / 3,76 / 4,01 m
W_4	Achsenabst. B. bei $t_{w1} = 14 \text{ cm}$	2,88 / 3,11 / 3,36 / 3,61 / 3,86 / 4,11 m
H_3	Achsenabst. H	$= H_2 + 2 \text{ cm}$

Kosten gegenüber konventioneller Bauweise bis zu 30 Prozent reduziert

Neues, schnelles Bauen mit Raum-Modulen

Immer dort, wo Räume mit ähnlichen Anforderungen bzw. Ausstattungen benötigt werden oder überall dort, wo vergleichbare Raumeinheiten mit gleichen Ausstattungsmerkmalen oftmals errichtet werden müssen, spielt die schnelle und wirtschaftliche Modul-Bauweise von Schnauer all ihre Vorteile voll aus.

Das Kremser Familienunternehmen, bestens als Produzent hochwertiger Beton-Fertig-Garagen bekannt, setzt seit einigen Jahren Erfahrung und Kompetenz im Umgang mit Raumzellen erfolgreich auch im Modulbau ein. Raum-Module von SCHNAUER minimieren die Bauzeit, senken die Kosten und reduzieren die Belastung des Kunden in der Realisierungs- und Inbetriebnahmephase auf ein Minimum. Diese überzeugenden Vorteile erreichen die Kremser durch modernste Technologie und professionelle Projektabwicklung. Der Rohkörper des Raummoduls, bestehend aus Wänden und Decke, wird in einem Guss aus Stahlbeton der Güte C30/37 hergestellt. Der Boden wird in einem zweiten Arbeitsgang angeformt und ist mittels Querkraftankern in den Wänden fixiert. Höhere Betongüten sind bei Bedarf möglich. Die Wandstärke t_w beträgt standardmäßig 9 cm, kann aber infolge statischer Erfordernisse auf 14 cm verstärkt werden. Die Deckenstärke t_d variiert je nach Nutzungsanforderung zwischen 10 und 18 cm.

Mit SCHNAUER-Raummodulen können auch komplett ausgestattete Hochbauten, wie z.B. Bürogebäude, Justizanstalten,



Großes Bild: In Modulbauweise errichtetes Bürogebäude.

Kleines Bild: In Modulbauweise errichtete Justizanstalt Sonnberg/ Hollabrunn.

Hotels, etc. errichtet werden. Die einzelnen Raummodule können beliebig aneinander bzw. bis zu 4-geschoßig übereinander gereiht werden. SCHNAUER-Raummodule werden als Rohkörper oder komplett ausgefertigt, auf Wunsch

auch mit Vollwärmeschutz, geliefert. An der Basis dieses überzeugenden Gesamtkonzeptes stehen die in einem Stück gegossenen Module aus Stahlbeton, die einzeln genutzt oder in beliebiger Anzahl zusammengesetzt, frei gestaltbare Räume in der jeweils gewünschten Größe bilden. Alle vorgesehenen Öffnungen für Fenster, Türen und Durchgänge, die Raumausstattung mit Bodenbelägen, Fliesen, kompletten Bädern etc. sowie alle Elektro-, Sanitär- und Heizungsinstallationen werden bereits werksseitig fertig eingebracht. Wenn man über die gesamte Länge oder Breite des Raummoduls Wände ausspart, um große Räume darzustellen, so werden entsprechende Unter- bzw. Oberzüge oder verstärkte Decken- und Bodenkonstruktionen ausgebildet. In diesen Fällen sind die Wandstärken meist mit 14 cm anzusetzen.

Information



Schnauer Raumzellenbau
GmbH & Co KG
Hafenstraße 57
3500 Krems
Tel.: +43 (0) 2732 / 888-222
Fax: +43 (0) 2732 / 888-17
modulbau@schnauer.at
garage@schnauer.at
www.schnauer.at

Die AZ-Tech lud zur traditionellen Leistungsschau in die Flachau

AZ-Tech Wintertagung – Ein voller Erfolg

Auch in diesem Jahr lud die AZ-Tech Austrowaren Zimmer HandelsgmbH, führender Anbieter für Kommunalmaschinen in Österreich, wieder zur Kommunaltechnik-Wintertagung 2009 in die Flachau. Dort hatten mehr als 300 Anwender aus ganz Österreich die Gelegenheit, das umfassende Angebot an Kommunalmaschinen zu testen und sich einen Eindruck über die Leistungs- und Einsatzmöglichkeiten zu schaffen. Die Vertriebsleiter Hannes Ninaus und Hans Schauer eröffneten die Tagung und präsentierten die Neuigkeiten. Mag. Siegwald Töffler, Geschäftsführer, präsentierte die Zimmer-Gruppe mit allen Geschäftsfeldern und Dienstleistungen und begrüßte den Flachauer Bür-



Mehr als 300 Anwender testeten bei strahlendem Wetter die technisch perfektesten Kommunalmaschinen.



germeister, Herrn Thomas Oberreiter, der seine Region den Tagungsteilnehmern eindrucksvoll vorstellte. Großes Interesse bei

der Demonstration der Maschinen erregten dabei neben den schon eingeführten Maschinen der Marken ISE-

KI, LADOG und MAN auch die neuen Modelle der Firmen Belos und BUCHER Schörling. Im Zuge der Tagung wurde die Firma Gerhard Töffler aus Klagenfurt als erfolgreichster ISEKI Händler Österreichs im Jahr 2008 geehrt. Den Abschluss der Veranstaltung mit Vorführung, Maschinenpräsentation und Praxistests bildete der „Branchentreff“ im Flachauer Gutshof.

Information

AZ-Tech
Austrowaren Zimmer
HandelsgmbH
Tel.: 01/86303-6,
Fax: 01/86303-240
office@az-tech.at
www.az-tech.at

E.E.

City Cat 2020



BUCHER
schörling

INNOVATION, KOMPETENZ UND QUALITÄT

AZ-TECH

Austrowaren Zimmer HandelsgmbH
A-1230 Wien, Carlberggasse 66
Tel.: +43/1/81303-6, Fax: +43/1/86303-240
E-mail: verkauf@az-tech.at, www.az-tech.at

Sichere & saubere Straßen

Burgenländische Kommune trägt zur Energieunabhängigkeit bei

Gemeinde Pama setzt auf Biomasse

Bereits im Jahr 2002 – lange bevor Erdgaskrisen und Energiepreisanstiege ein Thema waren – hat Bürgermeister Josef Wetzelhofer aus der Gemeinde Pama im Burgenland die Zeichen der Zeit erkannt und eine der ersten Pelletsheizungen in der Region im Sinne des Klimaschutzes errichtet.

GILLES hat überzeugt

„Die 15 kW Pelletsheizung ist nach wie vor im Einsatz und wir sind mit GILLES sehr zufrieden“, erklärt Bgm. Wetzelhofer. „Die guten Erfahrungen mit Gilles waren auch ausschlaggebend, dass wir uns auch bei unserem neuen Heizwerk für GILLES entschieden haben“, erklärt der Bürgermeister. Das im Vorjahr eröffnete Heizwerk Pama verfügt über eine Leistung von 240 KW. „Als Gemeinde sind wir sehr stolz, dass wir das Klima mit dem Bau unseres Heizwerkes entlasten konnten und wir zur Energieunabhängigkeit beitragen können“, freut sich Wetzelhofer. Auf der Homepage www.gilles.at finden



Bürgermeister Wetzelhofer (3.v.r.) beim Biomassekessel Gilles HPKI-K 240 bei der Eröffnung des Heizwerkes.



Sie mehr als 3000 Bilder von Referenzanlagen. Informieren Sie sich auf der Energiesparmesse Wels (25. Februar bis 1. März 2009)

bei den Spezialisten von Gilles über mögliche Einsparpotentiale in der Gemeinde. Messestand Halle 20 Stand 520.

Information

Gilles Energie- und Umwelttechnik GmbH&Co KG
Koaserbauerstraße 16
4810 Gmunden
Tel.: 07612/737600
office@gilles.at
www.gilles.at

E.E.

Über 100 ausstellende Firmen, nationale und internationale Fachvorträge

7. ASTRAD Symposium 2009

Straßenerhaltung, Ausrüstung und Straßenwinterdienst

GROSSE FACHAUSSTELLUNG FÜR KOMMUNEN UND STRASSENDIENSTE

22./23. April 2009
Welser Messe
Messezentrum Neu

INFO: peter.mader@astrad.org
www.astrad.org

Freier Eintritt zum Symposium und der Fachausstellung

Österreichisches Nationalkomitee des Welt-Straßenverbandes AIPCR/PIARC, Karlsplatz 5, 1040 Wien



Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau – 2009 beginnt mit Spitzentagung

Veranstaltungshighlight

Sportstättenenquete 2009

von 12. bis 13. März 2009

Thema der kommenden Ausgabe 1/2009 ist die Sportstättenenquete 2009, die in der Sportstadt **Kapfenberg** mit internationaler Beteiligung über die Bühne gehen wird.

Gesellschaftliche Veränderungen wie demografische Entwicklungen, ein verändertes Sport- und Freizeitverhalten der Bevölkerung sowie Bewegungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen machen eine Neupositionierung von Sport und Bewegung in vielen Lebensbereichen notwendig und bedeuten für Gemeinden, Planung und Betreiber von Sportstätten neue Herausforderungen. Diesen neuen Herausforderungen wird die Enquete Menschen bewegen – Sport und Bewegungs(t)räume nachgehen. Sport- und Bewegungsräume sind bedeutende Standortfaktoren für das Gemeinwohl und relevant für die Gesundheit der Menschen sowie für die Tourismusentwicklung der Region. Künftig wird ein Miteinander von klassischen Sportstätten und von informellen und öffentlich zugänglichen Bewegungs-

ÖISS

Information

Das ÖISS lädt Sie herzlich ein, an der Enquete Menschen bewegen - Sport und Bewegungs(t)räume teilzunehmen und mitzuwirken. Näheres dazu erfahren Sie unter www.menschen-bewegen.at



angeboten gefragt sein.

Die Enquete „Menschen bewegen – Sport und Bewegungs(t)räume“ richtet sich an Verantwortliche in den Gemeinden, Planerinnen und Planer sowie Vereine gleichermaßen und möchte mit Ihnen gemeinsam Sportstätten im Spannungsfeld zwischen Nutzerbedürfnissen und Sachzwängen beleuchten und von interessanten Beispielen lernen.

Die Veranstaltung behandelt die Themenbereiche

- ▶ „Gesellschaftliche Veränderungen und ihre Auswirkungen“
- ▶ „Sportstätten im Spannungsfeld zwischen Nutzerbedürfnissen und Sachzwängen“
- ▶ „Best Practice – Von anderen lernen“. Dieser Themenblock befasst sich u. a. mit praxisnahen Konzepten für naturnahe Sportstätten, beispielgebenden Sportgemeinden und Netzwerken für Sport- und Bewegungsinitiativen. Im Mittelpunkt steht eine zukunftsweisende Sportentwicklungsplanung, die den traditionellen Österreichischen Sportstättenplan ablösen soll. Anregungen aus Berlin zur Gestaltung von Bewegungsräumen und die Vorstellung von Bewegungskindergärten durch Steffi Graf runden diesen Themenbereich ab.

Im Rahmenprogramm werden österreichische Preisträger des

IACS/IOC-Award für herausragende Sportanlagen ausgestellt, es präsentieren

sich Fachfirmen für den Sportstättenbau und es gibt es einen Abendempfang auf der Burg Kapfenberg.

Die neuen Impulse werden in einer zukunftsweisenden Resolution für die Entwicklung des Sportstättenbaus in Österreich verankert.

Internet-Plattform: Schützenhilfe für Tiroler Gemeinden

Neue Plattform hilft bei Vergabeverfahren

INNSBRUCK

Im Rahmen einer Pressekonferenz Mitte Jänner 2009 präsentierten Tirols Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf und Jürgen Bodenseer, Präsident der Wirtschaftskammer Tirol, eine gemeinsame Plattform zur Unterstützung der Tiroler Gemeinden in Vergabefragen. Die Gemeinden Tirols aber auch das Land Tirol sind als öffentliche Auftraggeber maßgeblich an der Schaffung und Sicherung von Ar-

beitsplätzen und damit dem Wohlstand in Tirol beteiligt. Das geltende Bundesvergabe-gesetz sieht für die Vergabe öffentlicher Aufträge transparente und allgemein verpflichtende Spielregeln vor. Dabei ist es aber möglich, legale Handlungsspielräume zu nutzen, um so einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung zu bilden. Tiroler Gemeinden sollen so öffentliche Aufträge möglichst an heimische Betriebe vergeben. In Tirol werden pro Jahr öffentliche Aufträ-



Selbst wenn der gute Wille besteht, scheitern kleine Gemeinden ohne eigenen Juristen im Amt mitunter am komplizierten Vergaberecht.

ge um geschätzte 3,5 Milliarden Euro vergeben. In vielen Fällen sind die Gemeinden Auftraggeber, sie könnten im Rahmen bestehender Gesetze durchaus Beiträge zur Wertschöpfung im Land und zur Sicherung von Arbeitsplätzen leisten. Selbst wenn der gute Wille besteht, scheitern kleine

Gemeinden ohne eigenen Juristen im Amt mitunter am komplizierten Vergaberecht. Deshalb bietet die Wirtschaftskammer den Gemeinden ab sofort umfassende kostenlose Beratung sowie Schulungen an.

www.tirol.gv.at/ausschreibungen/gemeindeinfo

Abfallentsorgung: Vorarlberg ist Spitzenreiter

Brave Müllsammler im Land

WIEN

In Österreich wurden im Jahr 2008 insgesamt 817.650 Tonnen Kunststoff, Metall- und Papierverpackungen sowie Altpapier gesammelt. Pro Kopf entspricht das einer Menge von 98,2 Kilogramm. Spitzenreiter beim Trennen waren die Vorarlberger mit 117 Ki-

lo gesammelten Müll pro Kopf. An zweiter Stelle liegt die Steiermark mit 107,3, gefolgt vom Burgenland mit 106,5 Kilo. Unter dem Österreich-Durchschnitt liegen Tirol (93,8), OÖ (93,7), NÖ (91,9), Kärnten (88,1), Wien (85,5) sowie Salzburg (80,8). Näheres auf www.ara.at

Creative Industries 2009

Innovative Ideen gesucht

WIEN

Mit dem „Creative Industries“ werden Projekte von Kleinregionen und interkommunalen Gemeindekooperationen ausgezeichnet. Der Sieger erhält 15.000 Euro. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2009. Mehr auf www.kommunalnet.at

Mobilität: Jugendtaxi

Schon 40 Gemeinden dabei

EISENSTADT

Einen Riesen-Erfolg verzeichnet die Aktion „Jugendtaxi“ der Wirtschaftskammer Burgenland: Das Jugend-Mobilitätsprogramm erreicht mittlerweile schon 40 burgenländische Kommunen. Seit zwei Jahren ist das Taxi unterwegs, um Jugendliche von Diskotheken sicher nach Hause zu bringen.

Zahlenmäßig ist der Bezirk Güssing mit 16 Gemeinden am stärksten vertreten. In den Bezirken Neusiedl am See und Oberwart nehmen jeweils sieben Kommunen teil, im Bezirk Oberpullendorf sind es vier. Im Bezirk Jennersdorf haben sich bisher drei Gemeinden beteiligt, im Bezirk Eisenstadt-Umgebung sind es zwei, in Mattersburg eine. Die Innovation wurde bereits im Jänner 2007 von der Wirtschaftskammer mit Unterstützung der Landesregierung und des Landesjugendreferats gestartet.

Gesellschaft: Frauen wandern wegen männlicher Domäne von ländlichen Raum ab

Drei Prozent der Bürgermeister sind weiblich

WIEN

Besonders auf lokaler und kommunaler Ebene herrschen in Österreich immer noch patriarchalische Strukturen vor. Grund genug für viele Frauen, dem ländlichen Raum den Rücken zu kehren und das berufliche Glück in den Städten Österreichs zu suchen. Vor allem in der politischen Öffentlichkeit sind besonders auf Kommunal-

ebene wenig Frauen vertreten: Drei Prozent der Bürgermeister in Österreich sind weiblich, also 86 von insgesamt 2357. Zum Vergleich: In allen österreichischen Landtagen beträgt der Frauenanteil im Schnitt 31 Prozent, im Nationalrat 28,42 Prozent. Dass der ländliche Raum für viele Frauen immer unattraktiver wird, rührt vermutlich daher, dass sie

kaum eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit finden. Frauen, die in ihrem Heimatort bleiben, sind in einem besonders hohen Maß von Arbeitslosigkeit betroffen. Untersuchungen zeigen nämlich, dass Frauen, speziell Mütter, deutlich weniger flexibel auf dem Arbeitsmarkt sind als Männer. Was das Pendeln betrifft, ist der Radius auf nur 30 Kilometer beschränkt.

Energieausweis: Seit 1.1.2009 Pflicht für alle Häuser

Auch öffentliche Gebäude brauchen den Ausweis

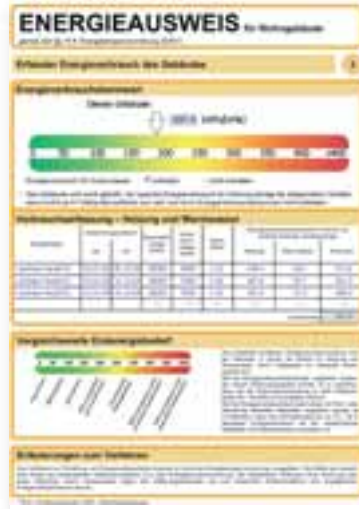
ÖSTERREICH

Seit 1. Jänner 2009 gilt für nahezu alle Gebäude in Österreich der Energieausweis. Je nach Bundesland stehen leicht unterschiedliche Angaben im Energieausweis, auch das Layout unterscheidet sich. Der wichtigste Kennwert, die Energiekennzahl, ist aber in jedem Ausweis vorhanden. Mit dem Energieausweis wird gekennzeichnet, wie viel Energie Gebäude verbrauchen.

In Oberösterreich haben beispielsweise schon rund 100.000 Häuser den Energieausweis. Bisher war der Schein bei Neubauten oder Sanierungen nötig, seit

1. Jänner gilt die Pflicht auch für alle anderen Gebäude.

Die Energieausweis-Pflicht gilt auch für öffentliche Gebäude mit mehr als 1.000 Quadratmeter, also Krankenhäuser, Schulen oder auch Einkaufszentren. Kommunen und Betreiber müssen Energieausweise für Verwaltungsgebäude und auch für Wohngebäude in ihrem Besitz ausstellen bzw. ausstellen lassen. Ab 1. Jänner 2009 muss der Energieausweis an einer gut sichtbaren Stelle ausgehängt werden. Die Gültigkeitsdauer des Energieausweises beträgt



Der Energieausweis zeigt wie viel Energie Gebäude verbrauchen.

zehn Jahre. Mehr auf www.kommunalnet.at

Steiermark: Feuerwehr 1388 gerettete Menschenleben

GRAZ

Der Landesfeuerwehrverband in der Steiermark zieht Bilanz: Im vergangenen Jahr wurden 1388 Menschen, 1.219 Tiere und Sachwerte in der Höhe von mehr als 574 Millionen Euro von den steirischen Feuerwehren gerettet.

„Mit 5.898 Jugendlichen, davon sind 434 Mädchen, verfügen die steirischen Feuerwehren über rund ein Viertel der gesamten Feuerwehrjugend Österreichs, was deutlich für die engagierte Jugendarbeit in der Steiermark spricht“, resümiert Landesfeuerwehrkommandant Albert Kern. Im Jahr 2008 zählten die steirischen Feuerwehren insgesamt rund 49.900 Mitglieder.

Integration: EU fördert Projekte mit 1,5 Mio. Euro Einreichen bis 20. Februar

WIEN

Österreichische Projekte zum Thema Integration werden von der EU mit rund 1,5 Millionen Euro gefördert. Internationale Organisationen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, öffentliche Verwaltungen, Sozialpartner sowie Lehr- und Forschungseinrichtungen sind aufgerufen, bis einschließlich 20. Februar 2009 ihre Projekte beim Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) einzureichen. Gefördert werden Projekte, die die aktive Teilnahme von Migranten am gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Leben unterstützen. Die maximale EIF-Förderquote bewegt sich zwischen 50 und 75 Prozent je nach Maßnahmenbereich. Für die Kofinanzierung von Projekten in Österreich ste-



Der Europäische Integrationsfonds ruft zur Teilnahme auf!

hen für das aktuelle Programmjahr EIF-Mittel in der Höhe von 1.454.866,09 Euro zur Verfügung. Infos und Antragsformulare finden Sie zum Download auf www.integrationsfonds.at oder www.bmi.gv.at/eu-solid-fonds

Kärnten: Gesundheit

Aktion „Gesunde Gemeinde“

KLAGENFURT

Eine Studie der FH Kärnten beweist nun, dass Kärnten mit seinen Bemühungen im Rahmen der noch sehr jungen Gesundheitsförderung auf dem richtigen Weg ist. Kürzlich wurde die Evaluation in Buchform unter dem Titel „Gemeindebezogene Gesundheitsförderung“ veröffentlicht. Die FH-Studie zeigt zusammengefasst, dass das Programm „Gesunde Gemeinde“ einen Rahmen schafft, der die Gesundheitsförderung positiv unterstützt und so maßgeschneiderte Angebote entwickelt werden können. An der Aktion „Gesunde Gemeinde“ sind mittlerweile 81 Kärntner Gemeinden beteiligt.

Niederösterreich Müll und Wasser werden teurer

ST. PÖLTEN

In Niederösterreich zeigt sich von Gemeinde zu Gemeinde überall dasselbe Bild: Wiederverwertbarer Müll wie Altpapier oder Schrott wird immer weniger wert. Die Einwohner müssen im Jahr 2009 mehr Geld für Müll-, Wasser- und Kanalabgaben zahlen, um das Abfallsystem aufrecht zu erhalten. So wird beispielsweise in Hainfeld eine Wassergebühren-Erhöpfung (plus 15 Prozent) vorgenommen. Ebenso beim Müll – plus 25 Prozent – müssen die Bürger tiefer ins Börserl greifen. Auch in Waidhofen gibt es Gebührenerhöhungen: Jeder Haushalt muss hier mittlerweile 60 Euro für den Müll und 70 Euro für das Wasser bezahlen.

Neue Normen legen Sicherheitsstandards für Spielplatzgeräte fest

Sicher spielen auf öffentlichen Spielplätzen

Rutschen, Schaukeln, Klettern – für Kinder aller Altersstufen ist das ein großer Spaß. Doch für rund 6.900 Kinder unter 15 Jahren endete das Spielvergnügen mit so schweren Verletzungen, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Dr. Othmar Thann

Die Verletzungen reichen von Abschürfungen und Prellungen bis hin zur häufigsten Verletzung, dem Knochenbruch: 61 Prozent der Kinder zogen sich eine Fraktur zu. Leichte Verlet-

Bei der visuellen Routine-Inspektion werden offensichtliche Gefahrenquellen wie zerbrochene Teile festgestellt. Alle ein bis drei Monate oder nach Angaben der Hersteller sollte eine operative Inspektion stattfinden.

zungen bei Spiel und Sport sind nicht weiter tragisch und gehören zur kindlichen Entwicklung dazu. Dennoch: Schwere

Verletzungen können verhindert oder zumindest gemildert werden, wenn die Spielplatzgeräte so gestaltet sind, dass Kinder auch bei ausgelassenem Toben, Laufen und Springen

ausreichend geschützt sind. Spielplätze bieten vielseitige Bewegungsmöglichkeiten, die für die kindliche Entwicklung enorm wichtig sind. Viele Unfälle passieren dabei durch übermütiges Verhalten.

Kinder sollen aber in ihrem Bewegungsdrang nicht einge-



Die Spielplatzbetreiber, also Gemeinden, Hotellerie oder Gastgewerbe, müssen dafür sorgen, dass die Geräte in einwandfreiem Zustand sind und keine Gefahr für Kinder darstellen.

Einmal jährlich sollte eine Hauptinspektion vorgenommen werden, in deren Rahmen der allgemeine Zustand der Anlage, Fundamente und Oberflächen vor allem auf Abnutzung und Materialveränderungen geprüft werden.

schränkt werden. Vielmehr müssen Spielplätze so gestaltet und ausgestattet sein, dass das Verletzungsrisiko minimiert wird. Damit Verletzungen vermieden oder möglichst gering gehalten werden, sollten Spielplatzbetreiber und Gerätehersteller Sicherheitsnormen einhalten. Mit der neu bearbeiteten Normenserie ÖNORM EN 1176 (Spielplatzgeräte und Spielplatzböden) und der ÖNORM EN 1177 (stoßdämpfende Spielplatzböden) legt das österreichische Normungsinstitut sicherheitstechnische Anforderungen und Prüfverfahren für Spielplatzgeräte und -böden fest. Die Anforderungen der Normen entsprechen dem aktuellen technischen Stand und beziehen sich auch auf neu entwickelte Spielgeräte. Immer häufiger findet man auf Spielplätzen so genannte vollständig umschlossene Spielgeräte wie beispielsweise Burgen, in die Kinder über Zugänge hinein, hinauf und wieder hinaus klettern können. Laut Norm sollen Erwachsene jeden Punkt im Inneren derartiger Spielgeräte erreichen können. Die Einhaltung dieser Regelung ist wichtig, um dem Kind im Ernstfall helfen oder bei Verletzungen rechtzeitig reagieren zu können. Netze aus beweglichen Elementen wie zum Beispiel Seile oder Ketten sollen normgerechte Durchgangsöffnungen und Fallhöhen aufweisen, um Sturzverletzungen zu vermeiden. Der Fallraum muss von Hindernissen und Gegenständen frei gehalten werden und je nach Fallhöhe mit bestimmten sturzhemmenden Materialien (zum Beispiel bei einer Höhe zwischen 0,60 und 1,50 Meter mit Gras) angelegt sein.

Regelmäßige Inspektion und Wartung notwendig

Die Haftung für Spielplatzunfälle fällt in den Verantwortungs-

bereich des Betreibers. Gemeinden, Hotellerie oder Gastgewerbe müssen dafür sorgen, dass die Geräte in einwandfreiem Zustand sind und keine Gefahr für Kinder darstellen. Die regelmäßige Inspektion und Wartung dienen der Sicherheit und sind Aufgaben des Spielplatzbetreibers. Drei Inspektionsarten werden unterschieden: Bei der visuellen Routine-Inspektion werden offensichtliche Gefahrenquellen wie zerbrochene Teile festgestellt. Je nach Benutzung oder Witterungsverhältnissen kann diese Inspektion täglich erforderlich sein. Alle ein bis drei Monate oder nach Angaben der Hersteller sollte eine operative Inspektion stattfinden. Dabei werden die Betriebssicherheit der Geräte, die Stabilität und ihr Verschleiß detailliert überprüft. Einmal jährlich sollte eine Hauptinspektion vorgenommen werden, in deren Rahmen der allgemeine Zustand der Anlage, Fundamente und Oberflächen vor allem auf Abnutzung und Materialveränderungen (z.B. durch Witterungseinflüsse) geprüft werden. Die Hauptinspektion sollte nur von sachkundigen Personen vorgenommen werden.

Verantwortungsvolle Spielplatzbetreiber halten sich an Normen

Die Einhaltung der Sicherheitsnormen für Spielplatzgeräte ist zwar nicht verbindlich, wird aber dringend empfohlen. Denn die festgelegten Anleitungen für Gestaltung, Wartung und Betrieb von Spielplätzen haben das Ziel, Unfälle zu verhindern.

Für weitere Informationen zum Thema steht der Folder „Checkliste Spielplatz“ kostenlos unter

www.kfv.at zum Download zur Verfügung.



Dr. Othmar Thann ist Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit



Copyright: Kurt Hoerbst / voest

Linz 2009: Die Wiener Philharmoniker spielen vor den Linzer Hochöfen.

Linz ist Kulturhauptstadt 2009

Motto „Einheit in Vielfalt“

LINZ

Europa hat viele Hauptstädte. 2009 kommt Linz als Kulturhauptstadt dazu. Gerade die kulturelle Vielfalt ist eine Qualität, durch die sich Europa besonders auszeichnet. Einheit in Vielfalt, das ist Europas Motto. Linz wurde für 2009 zur europäischen Kulturhauptstadt ernannt. Erste Großereignisse sind bereits angelaufen – insgesamt werden mehr als 300 Künstler aus mehr als 40 Ländern mehr als 200 Projekte im Laufe des Jahres ausrichten. Abgesehen von Ausstellungen, Konzerten, Theateraufführungen, sollen vor allem die Bürger in allen möglichen Formen eingebunden werden.

Linz will das Jahr 2009 für einen bleibenden Imagewechsel nutzen. 2009 wird nicht nur das Jahr der Kulturhauptstadt, sondern auch das Jahr der Nachhaltigkeit. Linz hat noch Potenzial als Aufbaustadt für Kulturtourismus.

Mehr auf www.linz09.at

Fotos: NLK/Schnabl



Eine fröhliche Runde beim VP-Neujahrsempfang bildeten GVV-Präsident Alfred Riedl (links), Gemeindebund-Chef Bgm. Helmut Mödlhammer (3.v.l.), Landeshauptmann Erwin Pröll (5.v.r.) mit den VP-Mitgliedern der Landeregierung und dem Rest des GVV-Teams.

Neujahrsempfang des Gemeindevertreterverbandes der VP Niederösterreich

„Gemeinden sind für Krisenzeit gut gewappnet“

Rund 300 Gäste folgten der Einladung zum bereits traditionellen Neujahrsempfang des Gemeindevertreterverbandes der VP Niederösterreich ins St. Pöltner Landhaus. GVV-Präsident Alfred Riedl forderte ein klares Bekenntnis des Bundes zum ländlichen Raum.

Im Hinblick auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise vertrat Riedl die Überzeugung, dass die Gemeinden gut gewappnet seien. „Natürlich gibt es auch Gemeinden, die Probleme hatten, aber lange nicht so viele, wie in den Medien oft behauptet



GVV-Präsident Alfred Riedl: „Die Kommunen sind auf einem guten Weg.“

wird.“ Als Erfolge für den GVV nannte der Präsident die Kindergartenoffensive, die Maßnahmen zur Erhaltung der Schulstruktur im ländlichen Raum, das neue Entschädigungsmodell für Bürgermeister aber auch die Hochwasserschutz- und Energiemaßnahmen. Die Gemeinden seien auch auf die Unterstützung des Bundes angewiesen. „Was wir jetzt umso dringender brauchen, ist ein klares Bekenntnis des Bundes zum ländlichen Raum. Wenn der ländliche Raum dem Bund etwas wert ist, wird er vor allem für die kleinen Gemeinden mehr tun müssen“, beharrt der GVV-Präsident.

Masterplan gefordert

„Ich fordere endlich einen Masterplan für den ländlichen Raum, in dem die Bedürfnisse

der Bevölkerung in Städten und Gemeinden festgelegt werden sollen“, so Riedl. Dazu zählen nicht nur der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, auch Kinderbetreuung, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen seien notwendig. „Wir erwarten uns aber auch Unterstützung in der Infrastrukturdiskussion, vor allem im Ausbau und der Sicherung des Personennahverkehrs. Es kann ja nicht sein, dass der Bund die Gewinne der Bahn privatisiert und die Verluste dann auf Kosten der Gemeinden sozialisiert“, ärgert sich Riedl. Der Bund müsse seinen Pflichten nachgehen und rechtzeitig die Finanzierung des Nahverkehrs sicherstellen.

Pröll: „Erfolgreiches Jahr“

LH Erwin Pröll wies darauf hin, dass trotz beginnender Krise das Jahr 2008 wirtschaftlich hervorragend gelaufen sei. So gab es etwa einen neuen Rekord bei Betriebsansiedlungen, und erstmals liege NÖ auch bei den Durchschnittseinkommen bundesweit an der Spitze.

„Zukunft gewinnen!“ beim Neujahrsempfang des sozialdemokratischen GVV

SPÖ-Gemeinden investieren rund 340 Millionen Euro

Am 15. Jänner 2009 lud der sozialdemokratische Gemeindevertreterverband im NÖ Landhaus zum feierlichen Jahresauftakt. Beim Empfang vorgestellt wurde dabei eine umweltfreundliche Neuheit: Der „E-Racer“, ein elektrisch betriebener Scooter.



Verbandsdir. Mag. Ewald Buschenreiter, LHStv. Dr. Sepp Leitner, St. Pöltens Vzbgm. Susanne Kysela, GVV-Präsident Rupert Dworak und SPÖ-NÖ-Klubobmann Helmut Cerwenka (v.l.) bei der Präsentation des „E-Racers“.

„Die 148 SPÖ-geführten Gemeinden in Niederösterreich werden im Jahr 2009 rund 340 Millionen Euro in kommunale Projekte investieren, die damit direkt der niederösterreichischen Wirtschaft zu Gute kommen und damit tausende Arbeitsplätze sichern. Dies ist gerade in wirtschaftlich schlechter werdenden Zeiten eine wichtige Maßnahme zur Stützung der Konjunktur“, wies der Präsident des SPNÖ-GemeindevertreterInnenverbands, LAbg. Rupert Dworak, beim traditionellen GVVNÖ-Neujahrsempfang am 15. Jänner im NÖ Landhaus vor 400 Gemeindefunktionären auf die wirtschaftliche Bedeutung der Kommunen hin.

In rund 25 Prozent der Gemeinden Niederösterreichs stellt die SPÖ die BürgermeisterInnen. „In diesen Gemeinden werden bereits fast 60 Prozent des Kommunalsteueraufkommens und rund 50 Prozent des gesamten Steueraufkommens des Bundeslandes erwirtschaftet“, so Präsident Dworak.

Konjunkturpaket wichtig, aber nicht genug

„Unsere Gemeinden werden von der Wirtschaft geschätzt, die Rahmenbedingungen passen“, so Dworak, der die Städte und Gemeinden auch für die Zukunft gerüstet sieht. „Das kommunale Konjunkturpaket ist wichtig und notwendig, allerdings würde es auch helfen, wenn sich das Land mit einklinkt und im Rahmen eines ‚Zukunftsfonds‘ für Projekte zusätzliche Mittel bereitstellen würde.“

Leitner für die Idee eines „Zukunftsfonds“

Das mit den Stimmen der SPÖ NÖ beschlossene Konjunkturpaket sei ein richtiger Schritt, dem allerdings weitere folgen müssten, forderte LHStv. Dr. Sepp Leitner erneut zusätzliche Maßnahmen, um die NÖ-Wirtschaft anzukurbeln. Dem Vorsitzenden

der SPÖ NÖ ist die Förderung regionaler Projekte ein besonderes Anliegen, scheiterte doch die Realisierung mancher engagierter Vorhaben der Gemeinden noch an der Finanzierung. Leitner plädiert für mehr Unterstützung des Landes: „Durch vorgezogene Investitionen, finanziert aus dem von der SPÖ NÖ geforderten Zukunftsfonds, dotiert mit 500 Millionen Euro aus den veranlagten Wohnbauförderungsmitteln, könnten die Gemeinden ihr Angebot optimieren!“

„E-Racer“ präsentiert

Am Neujahrsempfang vorgestellt wurde auch ein besonderes Angebot für die Gemeinden: Der „E-Racer“, ein Scooter mit Elektromotor, der auf umweltfreundliche Weise zwei Personen bis zu 70 km weit transportieren kann. Dafür gibt es eine Förderung von 300 Euro.

Burgenland

Devisenoption: Strengere Auflagen im Burgenland

Beratungspflicht für Gemeinden beschlossen

EISENSTADT

Die burgenländischen Gemeinden Zurndorf, Deutsch Schützen-Eisenberg und Oberschützen haben viel Geld mit Devisenoptionsgeschäften verloren. In den Kommunen fühlt man sich unzureichend von den Risiken informiert. „Diese Geschäfte sind juristisch so gefinkelt gestaltet, dass ein normaler Bürger das nicht verstehen kann“, betont Vizebürgermeister Werner Friedl aus Zurndorf. Die burgenländische Landesregierung hat daher strengere Auflagen für Devisenoptionsgeschäfte von Gemeinden beschlossen:

Die entsprechenden Richtlinien sehen unter anderem eine Beratungspflicht für Kommunen vor, die solche Geschäfte tätigen. Aufgrund der neuen Richtlinien könnten Gemeinden in Zukunft nicht mehr „freihändig“ Aktien kaufen, so LH-Stv. Franz Steindl. Den Gemeinden sollen künftig Beratungshilfen in Finanzangelegenheiten zur Seite stehen. Das Minus, das burgenländische Gemeinden bisher aufgrund von Devisenoptionsgeschäften eingefahren haben, wird mit 355.000 Euro beziffert.



Viele „Zuckerl“ sollen Jungfamilien nach Unterwart locken.

Unterwart setzt Maßnahmen gegen Abwanderung

Gemeinde sucht Jungfamilien

UNTERWART

Unterwart hat schwer mit Überalterung und Abwanderung zu kämpfen. Damit sich künftig viele Jungfamilien niederlassen, wartet die Gemeinde nun mit verlockenden Angeboten auf. Die Kinderbetreuungsmöglichkeiten sollen bis Herbst massiv ausgebaut werden. Auch die örtlichen

Bildungseinrichtungen werden um 1,35 Mio. Euro saniert und ausgebaut. Zudem soll günstiger Wohnraum geschaffen werden. Weitere Zuckerl: Kindergarten gibt es gratis, Friedhofsgebühren fallen aus und für Jugendliche und Senioren gibt es einen Taxifahrt-Zuschuss von fünf Euro.



Kärnten

Erhöhung des Pflegegeldes um vier bis sechs Prozent

Mehr Pflegegeld für Kärnten

KLAGENFURT

In der Sitzung der Kärntner Landesregierung wurde die Anpassung des Landespflegegeldes an das Bundespflegegeld beschlossen. Demnach wurde eine Erhöhung um vier bis sechs Prozent beschlossen. Das teilt die Pressestelle der SPÖ in einer Aus-sendung mit. Sozialreferentin Nicole Cernic hatte zuvor angeordnet, dass die neuen Pflegesätze nicht erst rückwirkend nach In-Kraft-Treten des Gesetzes im April, sondern bereits ab Jänner



2009 in der vollen Höhe ausbezahlt werden. Insgesamt beziehen in Kärnten rund 5500 Personen das Landespflegegeld und 20.000 das Bundespflegegeld. Der Unterschied zwischen beiden liegt in der Versicherungssituation der Betroffenen: Wer eine eigene Pensionsversicherung hat, fällt in die Bundesregelung, alle Mitversicherten ohne eigene Pensionsversicherung, darunter z.B. Kinder, bekommen das Landespflegegeld.

Villach ist Siebergemeinde

Innovativste Gemeinde gekürt

VILLACH

Mit ihrem Projekt „City Service – Das Ende der Behördenrallye“ errang die Gemeinde Villach den ersten Platz beim Verwaltungsinnovationspreis 2008. Dabei zeichnete das Land Kärnten originelle Konzepte zur Sicherstellung einer nachhaltigen Kommunal- und Regionalentwicklung aus. Ziel des Wettbewerbs war es, die Innovationsfähigkeit der Kärntner Gemeinden und deren Bediensteter aufzuzeigen und zu würdigen. Den zweiten Platz belegte die Gemeinde Wernberg, die Stadtgemeinde Feldkirchen belegte den dritten Platz.

Streit beigelegt

Wohnblöcke entstehen

ST.VEIT

Wie die „Kleine Zeitung“ berichtete, konnte der Streit um ein Wasserrecht zwischen Landwirt Veit Prettner und der Stadtgemeinde St. Veit, der ein Projekt mit 150 Wohneinheiten in St. Donat blockierte, jetzt beigelegt werden. „Die Forderungen von Prettner betreffend der Wasserrechte auf zwei Grundstücken waren gerechtfertigt. Wir haben jetzt eine Einigung erzielt. Die ersten 50 der geplanten 150 Wohneinheiten in St. Donat werden heuer noch entstehen“, so Bgm. Gerhard Mock.



Niederösterreich

Neues Betriebsgebiet in Scheibbs erschlossen

„Kleines Erlauftal“ entsteht

SCHEIBBS

Im Bezirk Scheibbs wurde das neue Betriebsgebiet „Kleines Erlauftal“ erschlossen. Das Projekt wird auch aus Mitteln der Regionalförderung unterstützt. Die Gesamtinvestitionen sind mit 3,8 Millionen Euro veranschlagt, die Inbetriebnahme erfolgt im Mai 2009. Im Zuge des Projekts wird auf einem 15.600 Quadratmeter großen Grundstück vom Raiffeisen Lagerhaus Mostviertel Mitte ein Autohaus inklusive Werkstätte und Tankstelle mit 25 Arbeitsplätzen errichtet. „Niederösterreich forciert gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten verstärkt Betriebsansiedlungen, auch

um neue Arbeitsplätze zu schaffen“, betont dazu LH-Stv. Ernest Gabmann. Das Betriebsgebiet „Kleines Erlauftal“ wird in Form einer Kooperation mit den Gemeinden Wolfpassing, Steinakirchen am Forst, Wang, Reinsberg und Gresten geführt. Dieser Verband kauft, plant und erschließt das Betriebsgebiet, siedelt Firmen an und errichtet die dafür erforderlichen infrastrukturellen Einrichtungen. Das Betriebsgebiet hat eine Gesamtfläche von 23.000 Quadratmetern und liegt in der Gemeinde Wolfpassing direkt am Kreisverkehr der Umfahrung Steinakirchen.

Neues Spital in Gemeinde Neukirchen wird errichtet

Nigelnagelneues Krankenhaus

NEUNKIRCHEN

LH Dr. Erwin Pröll bestätigte: Das Krankenhaus in Neunkirchen wird neu gebaut. Dafür wendet das Land Niederösterreich zwischen 100 und 120 Millionen Euro auf. „Sowohl die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten, als auch das

Recht der Patienten auf modernste medizinische Versorgung machen diesen Neubau unbedingt notwendig“, begründet Pröll die Entscheidung. Details zum Neubau, wie etwa der Standort des Krankenhauses, müssen noch geklärt werden.



Oberösterreich

Erfolgreiches Jahr in OÖ

Aufschwung im Tourismus

LINZ

Das Land OÖ kann über das Tourismusjahr 2008 nicht klagen: 2,3 Millionen Gäste verbrachten 6,9 Millionen Nächte im Land ob der Enns. Das bedeutet ein Plus bei Ankünften von 3,2 und bei Nächtigungen von 3,3 Prozent. Vor allem Gäste aus anderen Bundesländern besuchten OÖ, dort gab es 3,9 Prozent Zuwachs bei den Gästen. Bei den ausländischen Gästen gab es 2,5 Prozent mehr Ankünfte und 2,3 Prozent mehr Nächtigungen. Künftig will man v.a. als Thermenland punkten und insbesondere ausländische Gäste aus dem Osten anlocken.

Raumordnung: Vier Gemeinden zusammengeschlossen

Einzigartige Kooperation

EFERDING

Vier oberösterreichische Gemeinden haben sich zu einer oberösterreichweit einzigartigen Kooperation zusammengeschlossen: Die Kommunalsteuereinnahmen aus allen künftigen Betriebsansiedlungen werden nach einem festgelegten Schlüssel auf die vier Gemeinden aufgeteilt. Die Gemeinden Eferding, Fraham, Hinzenbach und Popping haben sich unter dem Namen „Zukunftsraum Eferding“ zusammengefunden. Ziel ist es, neue Betriebsansiedlungen zu halten. Entscheidend soll nicht sein, in welcher Gemeinde das Grundstück für eine Be-

triebsansiedlung liegt, sondern einzig der aus der Sicht des Unternehmens ideale Standort. Die Vereinbarung, die mit 1. Jänner 2009 in Kraft getreten ist, umfasst alle Betriebsbaugelände, unabhängig davon, ob es sich um neue oder bereits bestehende Flächen handelt. Ein Teil der Kommunalsteuereinnahmen wird in einen gemeinschaftlich verwalteten Eferdinger Zukunftsfonds eingebracht, aus dem gemeinsame Raumplanungen sowie Marketing- und Standortentwicklungsmaßnahmen mitfinanziert werden sollen.

Ordnungswache installiert

Polizei in Wels entlastet

WELS

In Wels hallt der Ruf nach mehr Polizeistreifen oder privaten Sicherheitsdiensten, als Zusatz zur örtlichen Exekutive, schon seit längerem. Nun werden nach dem Vorbild der Stadt Graz städtische Ordnungswächter in der oö. Kommune installiert. Die Gemeinde sucht bereits vier Mitarbeiter, die bei der Stadt beschäftigt sind und Erfahrungen im Sicherheitsbereich vorweisen können. Diese Mitarbeiter sollen künftig mit der Welscher Polizei zusammenarbeiten und in Wohngebieten für Ruhe und Ordnung sorgen.



Salzburg



Die Investition soll die Wirtschaft ankurbeln und Arbeit sichern.

Feuerwehrebauten: Salzburg finanziert elf Projekte 6,6 Millionen Euro für Feuerwehr

SALZBURG-STADT

Rund 6,6 Millionen Euro sollen in den nächsten vier Jahren in Salzburger Feuerwehrebauten investiert werden. „Vor allem in einer schwierigen wirtschaftlichen Phase ist dieses Investitionsprogramm ein wesentlicher Impuls für

Wachstum und Beschäftigung“, so LH-Stv. Dr. Wilfried Haslauer. Neue Feuerwehrebauten stehen an in: Fusch, Neukirchen, Niedersill, Puch, Rauris-Wörth, Schleedorf, St. Andrä, St. Georgen-Holzhausen, St. Koloman, Thomatal und Zell am See.

Startschuss für neues Gemeindeentwicklungsprojekt

EU-Projekt: Ortsbelebung

SALZBURG-STADT

Das länderübergreifende EU-Projekt „InnoCité“ soll Gemeinden in Salzburg dabei unterstützen, die Ortskerne zu beleben und die regionale Kaufkraft zu stärken. Besonders stadtnahe Gemeinden haben mit vielen Problemen zu kämpfen: Die meisten Arbeitsplätze befinden sich in den Zentralräumen. Dadurch gibt es besonders viele Pendler, die Gemeinden werden zu sogenannten „Schlafstädten“. Auch große Einkaufszentren verursachen einen Kaufkraft-Abfluss in Großstädte. Ziel dieses EU-Projektes ist es, diesen Problemen effizient entgegen zu wirken. Von Ortsmarketing, leerstehenden Ladenlokalen, Ortskern-

abgrenzung oder Baulandpreise – überall werden neue Maßnahmen gesetzt. Auch Stadt- und Ortskerngestaltung, Kultur und Bürgerbeteiligung sind Bereiche, die mit einbezogen werden sollen. Bis 2012 werden innovative Projekte in der Plusregion (Köstendorf, Neumarkt, Strasswalchen) geplant und ausprobiert. Als erster Schritt wurde von Strasswalchen ein Studentenwettbewerb gestartet. Man erwartet sich davon innovative und visionäre Projekte für das Ortszentrum. Die Präsentation der Konzepte findet Mitte März 2009 statt, die besten Projekte sollen dann prämiert werden.



Steiermark

Steirische Gemeinden kämpfen immer noch gegen Hürden für Behinderte an

Barrierefreie Zukunft in Gemeinden?

GRAZ

Rund 80.000 Menschen in Österreich sind Rollstuhlfahrer. Hinzu kommen Menschen, die an Seh- und Hörbehinderungen, Demenz, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen leiden. Aber auch Familien mit Kleinkindern, Allergie-Kranke und Menschen mit Verständnisproblemen sind auf barrierefreie Angebote angewiesen. Klaus Candussi ist Geschäftsführer des Vereins Atempo und hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Thema Barrierefreiheit ins Bewusstsein der Gesellschaft zu hämmern. „Barrieren gibt es nicht zwangsläufig, sondern sie passieren zu meist aus Unachtsamkeit“,

so Candussi gegenüber der „Kleine Zeitung“. Nach Expertenschätzungen lassen sich 90 Prozent der Barrieren für Behinderte ohne Geld beseitigen. „Barrierefreiheit muss überall selbstverständliches Alltagsprinzip werden“, fordert Candussi. Ein Ziel, dem man im Jahr 2008 bereits ein Stück näher gekommen ist. Zahlreiche steirische Gemeinden haben sich nämlich über das so genannte Cedos-Netzwerk zusammengeschlossen, um das örtliche Leben barrierefrei zu gestalten. Durch genaue Planung können dabei lästige Fehler vermieden werden, wie etwa ein schmaler Lift, durch den kein Rollstuhl passt. Oder

bei Behindertenparkplätzen die Beleuchtung fehlt. Barrierefreiheit ist auch ein Wirtschaftsfaktor, der Kunden bringen kann: Ein Netz-



werk von rund 60 Tourismusbetrieben bieten barrierefreien Urlaub an.

Runder Geburtstag

800 Jahre Gemeinde Fernitz

FERNITZ

Das Jahr 2009 ist ein ganz besonderes in der Geschichte der Gemeinde Fernitz. Zum Startschuss der 800-Jahr-Feierlichkeiten ließ man sich etwas Besonderes einfallen: ein riesiges Gruppenfoto mit allen 3.141 Einwohnern, um so die Dorfgemeinschaft zu symbolisieren. Fotografiert wurde von einem Kran aus, und obwohl es acht Grad minus hatte, kamen fast alle Fernitzer. Das ganze Jahr über wird in Fernitz weiter gefeiert – denn was 1209 begann, wird 2009 sicher nicht enden.



Tirol

„Produktives Altern“

Initiative „fit 45+“ startet

SCHWAZ

Im Raum Schwaz wurde in mehreren Betrieben eine Initiative für produktives Altern gestartet. Der Qualifizierungsverbund „fit 45 +“ unterstützt interessierte Unternehmen bei der Planung und Umsetzung geeigneter Strategien und Maßnahmen für MitarbeiterInnen über 45 Jahre, insbesondere im Bereich der Qualifizierung, mit dem Ziel, ein produktives, gesundes und sinnerfülltes Altern im Betrieb dauerhaft zu fördern. Das Qualifizierungsprogramm „fit 45+“ wird durch das Arbeitsmarktservice (AMS) und den Europäischen Sozialfond (ESF) gefördert.

Wörgl will familienfreundlichste Gemeinde werden

Wörgl vermarktet sich

WÖRGL

Nicht nur die Tiroler Landesregierung hat die Familien ins Zentrum ihrer Politik für die kommenden Jahre gestellt und möchte Tirol zum familienfreundlichsten Bundesland Österreichs machen, auch der Wörgler Bürgermeister Arno Abler hat ein ehrgeiziges Ziel: „Ich möchte Wörgl zur familienfreundlichsten Stadt Tirols machen“, verrät er gegenüber der Tiroler Tageszeitung. Einen Schritt in diese Richtung hat der Ge-



meindechef bereits gesetzt: Alle Wörgler Betriebe wurden angeschrieben und gebeten, im Tiroler Vorteils katalog zu inserieren. In dieser Broschüre des Landes werden nämlich jene Unternehmen angeführt, bei denen Besitzer des Tiroler Familienpasses Vergünstigungen bekommen. Das Ergebnis ist für Abler mehr als erfreulich: „Insgesamt 53 Wörgler Firmen haben unser Angebot angenommen und im Katalog für 2008/09 inseriert“, so Bgm. Abler.

Tirol liegt an der Spitze

Kriminalität bei Jugend steigt

INNSBRUCK

In Tirol sind laut Kriminalstatistik der Tiroler Polizei die Straftaten zwar insgesamt zurückgegangen, die Jugendkriminalität ist hingegen drastisch gestiegen. Jede zweite Straftat passiert dabei in der Landeshauptstadt Innsbruck. Während Einbrüche in Häuser und Wohnungen zurückgegangen sind, wurden 2008 vermehrt Einbrüche in Firmen, Büros und Tankstellen verzeichnet. Besonders junge Straftäter sind im Vormarsch: Die Zahl der 10-14-jährigen straffällig gewordenen Jugendlichen hat sich um 40 Prozent erhöht.



Vorarlberg

46 zusätzliche Kindergartengruppen im Ländle

Großes Kindergartenpaket

BREGENZ

Mit dem Vorarlberger Kindergartenpaket leistet das Land große Unterstützung für die Gemeinden. Das Land Vorarlberg und der Gemeindeverband präsentieren ein neues Maßnahmenpaket, das die Voraussetzung zur Öffnung des Kindergartens für Dreijährige sowie zur Senkung der Kinderhöchstzahl je Gruppe schafft. Für den bedarfsgerechten Ausbau ihrer Kinderbetreuungsangebote werden die Gemeinden kräftig vom Land gefördert. „Mit entsprechend großem Engagement machen sich die Gemeinden nun an die Umsetzung. Im Zeitraum 2008 bis 2010 wird das be-

stehende Angebot um 46 zusätzliche Kindergartengruppen erweitert“, bestätigt Landesrat Siegi Steiner. Je nach Größe und Finanzkraft erhalten die Gemeinden einen großen Teil der anfallenden Personalkosten vom Land ersetzt – jedenfalls 60 Prozent, in den meisten Fällen 70 Prozent, bei einigen bis zu 90 Prozent. Mit einer Tarifharmonisierung werde darüber hinaus Vorsorge getroffen, dass die Eltern dreijähriger Kinder für eine Spielgruppe oder Kinderbetreuungseinrichtung künftig nicht mehr bezahlen müssen als für einen Kindergartenplatz.



Rund 150.000 Besucher sahen bereits die Filmaufnahmen.

Luftaufnahmen der Gemeinden im Internet zugänglich

Vorarlberg präsentiert sich „von oben“

BREGENZ

Der Landesverband Vorarlberg Tourismus und das Land werden in wenigen Monaten Luftaufnahmen aller 96 Vorarlberger Gemeinden anbieten können. Mehr als 200 Videoclips sind bereits im Internet ab-

rufbar. Die Filme sind gratis und frei zugänglich und werden auch auf YouTube und Google Earth eingespielt. Die Projektkosten belaufen sich auf 130.000 Euro. Mehr auf www.vorarlbergvonoben.at





Neue Computer, neue Programme, weniger Zeitaufwand für den Bürger; damit wird sich die EDV-Abteilung des Gemeindenverbandes in diesem Jahr beschäftigen, um die Entbürokratisierung für die Bürger weiter voranzutreiben.

Der Gemeindenverband präsentiert sein Arbeitsprogramm 2009

Das Thema Energie bleibt auch im Jahr 2009 aktuell

BOZEN

Der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Arnold Schuler, hat dem Verwaltungsrat in seiner ersten Sitzung das Arbeitsprogramm für das Jahr 2009 vorgestellt. Dabei bildet die institutionelle Reform einen Schwerpunkt. Ziel soll es sein, bei der Ausarbeitung des Landesgesetzes zur institutionellen Reform auf der Basis der Verfassungsre-

form an. In diesem Zusammenhang wird Präsident Arnold Schuler auf Bezirksebene den einzelnen Bürgermeistern die Auswirkungen des neuen Finanzierungsmodells vorstellen. Im Anschluss daran sollen auch die Gemeinderäte in einer eigenen Veranstaltung darüber informiert werden. Der Gemeindegtag steht in diesem Jahr ganz im Sinne des Tiroler Gedenkjahres.

gen der Pflegesicherung auf die Gemeindehaushalte zu prüfen.

Neue Computer, neue Programme, weniger Zeitaufwand für den Bürger; damit wird sich die EDV-Abteilung des Gemeindenverbandes in diesem Jahr beschäftigen, um die Entbürokratisierung für die Bürger weiter voranzutreiben. Unter anderem wird auf Landesebene ein Programm zur digitalen Erfassung des Fundamentes eingeführt. Durch diese Vernetzung scheinen gefundene Gegenstände landesweit auf. Der Verwaltungsrat hat das vorgestellte Arbeitsprogramm 2009 gutgeheißen.

Ziel soll es sein, bei der Ausarbeitung des Landesgesetzes zur institutionellen Reform auf der Basis der Verfassungsreform von 2001 mitzuarbeiten und einen entsprechenden Vorschlag einzubringen.

Arnold Schuler, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes



form von 2001 mitzuarbeiten und einen entsprechenden Vorschlag einzubringen.

Weiters gilt es, den Rat der Gemeinden aufzuwerten, der außerdem auch auf regionaler Ebene eingerichtet werden soll. In Sachen Gemeindenfinanzierung steht der Abschluss der bereits im Vorjahr eingeleiteten Re-

Eingeladen in die Kurstadt Meran sind dazu Vertreter der Gemeinden Tirols, des Trentinos und Südtirols. Das Thema Energie bleibt auch im Jahr 2009 aktuell. Der Gemeindenverband fordert diesbezüglich eine angemessene Beteiligung der Gemeinden an den Großkraftwerken. Im Sozialbereich sind die Auswirkungen

Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Gen.m.b.H., Kanonikus-
Michael-Gamper-Straße
10, I-39100 Bozen
Tel 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
Email: sgv@gvcc.net



Neu im Amt

► **PUCKING:** Der Gemeinderat in Pucking (Oberösterreich) hat einen neuen Bürgermeister gewählt. Mit 13 zu 12 Stimmen wurde Mitte Dezember 2008 zu Gunsten des Rechtsanwalts **Robert Aflenzner** entschieden. Der VP-Kommunalpolitiker ist ein Quereinsteiger und seit 2003 Gemeindevorstand. Der gebürtige Trauner lebt seit acht Jahren in Pucking. Bisher war der 47-jährige als Gemeinderat, Gemeindevorstand und als Obmann des Kultur- und Sportausschusses politisch tätig. Die Wahl wurde notwendig, weil Aflenzners Vorgänger **Theobald Lummerstorfer**, 68 Jahre alt, von seinem Amt zurückgetreten ist.

► BILDEIN/EISENSTADT:

Nur zwei Tage nach der Berufung von Agrarlandesrat Niki Berlakovich zum Lebensminister hat die ÖVP Burgenland die personellen Weichen für seine Nachfolge gestellt. Der bisherige Landtagsabgeordnete Werner Falb-Meixner wurde Agrar-Landesrat, sein Mandat übernahm Bürgermeister **Walter Temmel**. Der 47-Jährige kommt aus der südburgenländischen Gemeinde Bildein im Bezirk Güssing. Der Landesbedienstete ist seit 1993 sehr erfolgreicher Bürgermeister seiner Heimatgemeinde und hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen zur Stärkung seiner Gemeinde und Region gesetzt. Temmel war Ortsfeuerwehrkommandant, er ist Obmann des Kulturvereins „Grenzgänger“ und hat das Leitbild „Dorf ohne Grenzen“ nicht nur initiiert, sondern durch viele Aktivitäten mit Leben erfüllt. Zudem ist er Obmann der EU-Initiative „Leader Südburgenland“, die zahlreiche Projekte zur Belebung der gesamten Region durchführt.

Aus dem steiermärkischen Gemeindebund

Ehrenurkunde an Vizepräsident Bernd Stöhrmann

Der steirische Gemeindebund hat ein neues Ehrenmitglied

LANNACH

Auf Grund seiner Verdienste um die Mitgliedsgemeinden des Steiermärkischen Gemeindebundes war Vizepräsident und Bgm. a. D. Bernd



Bernd Stöhrmann (Mitte) im Kreise des Landesvorstandes des Steiermärkischen Gemeindebundes.

Stöhrmann durch einstimmigen Beschluss der Delegiertenversammlung am 10. April 2008 zum „Ehrenmitglied“ ernannt worden. Da er leider verhindert war, bei der Urkundenüberreichung an die neuen Ehrenfunktionäre im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung „60 Jahre Steiermärkischer Gemeindebund“ am 19. Juni in Lannach teilzunehmen, wurde ihm die Ehrenurkunde nun im festlichen Rahmen des Schloss-Weingutes Thaller im Kreise des Landesvorstandes überreicht.

Hofrat Heinz Schille im Ruhestand

Ein Urgestein hört auf

GRAZ

Mit Wirkung vom 1. Dezember 2008 ist der Leiter der Fachabteilung 7A des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Hofrat Heinz Schille, in den dauernden Ruhestand getreten. Damit hat sich einer der erfahrensten Beamten nach über 38 Dienstjahren im Landesdienst aus dem aktiven Berufsleben zurückgezogen.

Heinz Schille begann seinen Dienst beim Land Steiermark im Jahre 1970 und war seit 1973 – mit Unterbrechungen als Landesgeschäftsführer des Steiermärkischen Gemeindebundes – in der Gemeindeabteilung tätig, die er seit August 1995 als Leiter führte.



Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 18. Dezember 2008 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an
 ► **Herbert Wurz**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Kaltenberg in Oberösterreich.

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an
 ► **Franz Hehenberger**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde St. Veit im Mühlkreis in Oberösterreich.

Kommunalkredit erweitert Vorstand

Andreas Fleischmann bestellt

WIEN

Die verstaatlichte Kommunalkredit erweitert ihren Vorstand. Ab Februar 2009 wird Mag. Andreas Fleischmann (41) als dritter Vorstand tätig sein, teilte die auf Gemeindefinanzierung am Donnerstag, den 18. Dezember 2008, mit. Der derzeit noch bei UniCredit Markets & Investment Banking tätige Banker wurde vom Aufsichtsrat der Kommunalkredit bis November 2011 als neues Vorstandsmitglied bestellt.



Andreas Fleischmann

„Andreas Fleischmann wird mit seiner breiten beruflichen Erfahrung die Entwicklung und Neuausrichtung der Kommunalkredit wesentlich unterstützen können. Wir begrüßen ihn sehr herzlich in der Kom-

munalkredit“, so Vorstandsvorsitzender Mag. Alois Steinbichler.

Fleischmann ist seit 1990 im Bankgeschäft tätig. Er arbeitete unter anderem für die GiroCredit Bank, die Österreichische Postsparkasse und die Bank Austria Creditanstalt. Seit 2006 ist er in der UniCredit Markets & Investment Banking UniCredit CAIB AG tätig. Derzeit ist

Fleischmann noch als Head of Global ABS und Head of Structured Credit Vienna für die Wertpapier-Portfolios der Gruppe in London, Mailand, München, New York, Singapur, Tokio und Wien verantwortlich.

Neuer Bauernbunddirektor kommt aus Tirol

Johannes Abentung folgt Fritz Kaltenegger nach

WIEN

Der bisherige Sektionschef im Lebensministerium, Johannes Abentung, wird neuer Direktor des Österreichischen Bauernbundes. Der 47-Jährige folgt Fritz Kaltenegger nach. Abentung ist 1961 geboren und wuchs auf dem elterlichen Bauernhof in Götzens in Tirol auf. Er studierte in Innsbruck Jus. Ab 1986 war er Referent im Bau-



Johannes Abentung

ernbund, ab 1988 in der ÖVP-Parteizentrale. Von 1989 bis 1993 arbeitete er im Kabinett des damaligen Landwirtschaftsministers Franz Fischler, zuletzt als Kabinettschef. Seither war Abentung im Lebensministerium als Sektionschef für

Rechtsangelegenheiten verantwortlich. Abentung ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Bauernbundpräsident Fritz Griltsch äußert sich positiv über die Neubesetzung im Bauernbund.

Vorschau auf die Ausgabe 3/2009 (März):

FUHRPARK & GERÄTETECHNIK



Das richtige Auto, das richtige Gerät – das zählt

Alle Räder müssen rollen in den Gemeinden

Bei den vielfältigen Aufgaben, die eine Gemeinde heutzutage zu erfüllen hat, bekommt auch das richtige Handwerkszeug immer größere Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um den Müllwagen, den sich ein Abfallverband anschafft. Der

kommunale Bauhof braucht Traktoren genauso wie Kettenmäher. Fuhrpark ohne Gerätetechnik funktioniert nicht wirklich und umgekehrt.

Damit in den Gemeinden alle Räder rollen können, investieren die 2357 Gemeinden Österreichs jährlich rund **500 Millionen Euro**.

FREIZEIT & TOURISTIK



Damit Urlaub auch Urlaub bleibt

Was nützt das schönste Hotel, wenn es keine Straße dorthin gibt? Was nützt das tollste Urlaubsangebot, wenn es keine Möglichkeit einer Freizeitbeschäftigung gibt? Die Gemeinden schaffen die Voraussetzungen, dass Tourismus funktioniert. Und sie investieren jährlich rund **300 Millionen Euro** in die Schaffung dieser Voraussetzungen.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL, Löwelstraße 6
1010 Wien
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 - 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Gerhard Klodner
Tel: 01/532 23 88 - 14
gerhard.klodner@kommunal.at

Patrizia Poropatits
Tel: 01/532 23 88 - 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

- ▶ aspotec Sporttechnik GmbH 35
- ▶ AZ-Tech Austrowaren-Zimmer HandelsgesmbH 51
- ▶ Bundesministerium für Land u. Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 29
- ▶ BRAMAC Dachsysteme International GmbH 40
- ▶ Familie & Beruf Management GmbH 30
- ▶ Gesundheit Österreich GmbH
Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich 31
- ▶ Gewerkschaft der Gemeindebediensteten 34
- ▶ GILLES Energiesysteme GesmbH&CoKG 54
- ▶ ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung 42
- ▶ IT SV GmbH Globale Services Management integrierte Unternehmenskomm. 49
- ▶ Kasper Technologie Ltd. 48
- ▶ Kommunalkredit Austria AG 43
- ▶ MESSE BERLIN GmbH. 39
- ▶ ÖISS - Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau 55
- ▶ Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach 41
- ▶ Schnauer Raumzellenbau GmbH & Co KG 50

Vorschau auf Ausgabe 2/09 (Februar):

Grünflächen & Parks, Plätze & Strassen

▶ **Die Gestaltung öffentlicher Räume ist mehr als nur ein Stilfrage**

Grünflächen, Parks und Plätze dienen – auch in kleineren Gemeinden – der Erholung, dem Zusammentreffen und der Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger untereinander. Sie sind so etwas wie das Herz jeder Gemeinde, sieht man von den Gemeindeämtern ab. Straßen (und Wege) wiederum gehören wie Strom- oder Wasserleitungen zu den Lebensadern jeder Gemeinde. Die Erhaltung von Grünflächen, Parks, Plätzen und Straße ist den Kommunen jährlich eine Summe von rund **1,5 Milliarden Euro** wert.

Kommunale Beleuchtung

▶ **Nicht nur die schöne Optik, auch die Sicherheit zählt**

Die richtige Beleuchtung ist wichtig für die Vermarktung touristisch bedeutender kommunaler Bauten. Was aber noch mehr zählt, ist die Tatsache, dass die richtige Beleuchtung das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hebt. Die Gemeinden investieren jährlich in diese beiden Bereiche aus verschiedenen Budgetposten rund **eine Milliarde Euro**.

Bild: photocase emoji

Sportstätten-Enquete

12. / 13. März 2009 Kapfenberg

Nähere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter www.menschen-bewegen.at



BUNDESKANZLERAMT  SPORT



Anmeldung Sportstättenenquete

per Fax an +43 (0)1 505 88 99 DW 20

Name

Unternehmen/Organisation

eMail

Telefon

Straße

Plz, Ort

Datum

Unterschrift

Teilnahmegebühr € 150,- | Bei Anmeldung und Einzahlung bis 31. Jänner 2009 reduzierte Teilnahmegebühr von € 120,- | Anmeldeschluss: 15. Februar 2009.
Bankverbindung: Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, Ktn 508.614, Blz 32000, IBAN AT133200000000508614, BIC RLNWATWW.
Ihre endgültige Buchungsbestätigung erhalten Sie nach Einlangen der Teilnahmegebühr.

So gibt Ihre Gemeinde Kindern mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



Jetzt mit Gewinnspiel!

- Die bestens bewährte Info-Broschüre: Jetzt neu erschienen.
- Erstellt von Experten des Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV).
- Bringt Kindern spielerisch und altersgerecht richtiges Verhalten im Straßenverkehr näher.
- Empfohlen vom Österreichischen Gemeindebund
- Eine wirkungsvolle Aktion Ihrer Gemeindevertretung
- Mit Bürgermeister-Foto – ohne Mehrkosten!
- Zum Stück-Preis von € 1,80 zzgl. 10 % MWSt

Bestellungen bitte an: verkehrserziehung@kommunal.at